

fortgesetzt haben. In 25.000 Einsatztagen wurden über 135.000 Einsatzstunden geleistet, bei Krankheit, Spitalsaufenthalt, Todesfall oder Unfall der Besizersleute. Das Mutterhilfswerk der Familienhelferinnen, die heuer ihr 25jähriges Jubiläum gefeiert haben, ist eine Großtat der Menschlichkeit gerade im ländlichen Raum auf diesem Gebiet. Ich möchte bei dieser Gelegenheit gerade auch denen, die sich für dieses Werk verdient gemacht haben, meinen herzlichen Dank sagen. Ich glaube, daß es uns ansteht, weil die Bäuerinnen diese Hilfe am nötigsten brauchen, aber Gott sei Dank auch überall sonst im ländlichen Raum durch dieses Werk echte Hilfe den berufstätigen Frauen, ob sie nun am Bauernhof oder außer Haus berufstätig sind, zuteil geworden ist. (Allgemeiner Beifall.)

Mit diesem Agrarbudget, es beträgt insgesamt 547 Millionen Schilling, tragen wir — wie in allen früheren Jahren — entscheidend zur Förderung der Weiterentwicklung unserer steirischen Land- und Forstwirtschaft bei. Wir tun es in der Gewißheit, glaube ich — und zwar wirklich alle Damen und Herren des Hohen Hauses —, Impulse und Hilfeleistung zu geben, für den Fleiß und für die Kraft der steirischen Bauern und Bäuerinnen, vor allem der Bauernjugend unseres Landes. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7 Fremdenverkehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich heute schon einmal als Vertreter einer Region, die wirtschaftlich schwer zu kämpfen hat, zu Wort gemeldet. Wenn ich mich nun zu Wort melde, dann mache ich es mit großer Freude, denn gerade der Fremdenverkehr hat für die Oststeiermark eine besondere Bedeutung, aber nicht nur für die Oststeiermark, sondern für das ganze Land. Ich glaube, daß gerade auf dem Sektor des Fremdenverkehrs noch viele Fortschritte zu verzeichnen sind und daß gerade bei uns im öststeirischen Raum der Inländerfremdenverkehr besonders in den Vordergrund gestellt werden muß. Es ist in erster Linie der Wiener, der die Oststeiermark besucht. Der Wandel in der Einstellung der Menschen zum Reisen, zum Ferienmachen war von jeher Ausdruck und Folge gesamtgesellschaftlicher Struktur und Bewußtseinsänderungen.

Hier zeichnen sich nun in neuester Zeit tiefgreifende Veränderungen ab, die auch den Tourismus der Zukunft grundlegend umgestalten werden. Es lassen sich vor allem beobachten eine Abkehr von der Überbetonung ökonomischer Werte, eine relative Abwertung der Wirtschaft im Verhältnis zu anderen Lebens- und Interessensbereichen, ein zunehmendes Verständnis für immaterielle Werte, Gesundheit, Umwelt, Natur, Wissen und Bildung, ein wachsender Widerstand gegen die totale Anonymisierung in der Masse, ein stärkeres Unabhängigkeitsstreben, verbunden mit der Befreiung von gewissen gesellschaftlichen Normen und Zwängen.

Bezüglich des Fremdenverkehrs werden diese Wandlungen zu einer Abkehr vom anonymen Mas-

sentourismus, vom programmierten touristischen Gruppenverhalten, vom touristischen Prestigekonsum, von der problemlosen und leicht manipulierbaren Konsumfreude führen.

Das Erlebnismotiv wird wieder zunehmend in ursprünglicher Weise in den Vordergrund gerückt. Das Authentische, Ursprüngliche und Unverdorbene wird wieder entdeckt. Der Trend zurück zur Natur ist nicht nur eine vorübergehende nostalgisch gefärbte Welle. Allein der Individualtourismus ermöglicht es uns, alle diese Aspirationen zu befriedigen und individuelle Selbstverwirklichung auch im Urlaub gerade hier zu gewährleisten. Ihm gehört die Zukunft. Die Entwicklung wird vom fremdgesteuerten über den erfahrenen zum aufgeklärten Tourismus führen. Der Aufbau der neuangedeuteten Reisekultur wird schnelle Fortschritte machen.

Diese Beurteilung und der Wunsch, Zukünftiges auszuleuchten, veranlaßt, diese Konsequenzen für die Fremdenverkehrswirtschaft zu ziehen. Und zwar Qualitätswettbewerb statt nur Preiswettbewerb, Preisdisziplin und Preistransparenz, verstärkte Kooperation im Rahmen privatwirtschaftlicher Anstrengungen zwischenbetrieblich und überbetrieblich, zwischen Privatwirtschaft, den Gemeinden und dem Staat, Ausbau der arbeitsmarktlichen Konkurrenzfähigkeit der touristischen Berufe, permanente Anstrengungen zur Erhaltung der Qualität der Erholungslandschaften, Stabilisierung statt Expansion. Diese Erkenntnisse sollen uns nicht nur mahnen, sondern auch dazu veranlassen, danach zu handeln.

Bei der Betrachtung des Fremdenverkehrs 1975/76 zeigt sich neuerdings, daß große Zuwachsraten nicht mehr zu erzielen sind. Auf der einen Seite eine befriedigende Wintersaison, auf der anderen Seite eine Stagnation im Sommer. Im Winter verzeichnen wir ein Plus von 2 Prozent und im Sommer ein Minus von 2 Prozent. Erfreulich hat der Ausländerfremdenverkehr im Winterhalbjahr neuerdings zugenommen, während im Sommer der Inländerfremdenverkehr seine Stellung halten konnte.

Wenn wir Vergleiche zu den OECD-Ländern anstellen, so müssen wir feststellen, daß eigentlich der Rückgang mit 4,4 Prozent in den OECD-Ländern groß ist im Verhältnis zum Rückgang bei uns, bei uns ist eigentlich kaum ein Rückgang zu verzeichnen. Wir blicken daher voll Freude in die Zukunft in bezug auf den Fremdenverkehr. Sowohl für den Winter, aber noch mehr für den Sommer wirkte sich die ungünstige Wetterlage spürbar aus. Sicherlich gibt es auch eine Reihe von Faktoren, welche auf die Frequenzergebnisse einwirken, die in der Finanz- und Wirtschaftspolitik unserer Besucherstaaten, aber auch unseres eigenen Landes gelegen sein mögen. Jedenfalls, ein Trend, der dem Fremdenverkehr die Chance nimmt, ist nicht zu verzeichnen.

Es gibt Orte mit ganz bedeutenden Steigerungen, sehr häufig von 10 bis 15 Prozent. Für die Frage nach den Ursachen gilt nach wie vor der Grundsatz, wer nicht wirbt, stirbt. In dieser Hinsicht verzeichnen wir zahlreiche Mehrbuchungen bei Orten, die fachkundige und zielführende Werbemaßnahmen ergriffen haben.

Nun zu meinem eigenen Thema. Fremdenverkehr und Gemeinden profitieren sicher am Fremdenver-

kehr, sie haben auch aus dem Fremdenverkehr bedeutsame Einnahmen. Das soll aber nicht heißen, daß die Gemeinden diese Einnahmen für sich und ihre ureigensten Aufgaben verwenden sollen, sondern in erster Linie für die Förderung des Fremdenverkehrs, denn auch der Fremdenverkehr gehört zu den Pflichtaufgaben der Gemeinden. Hier können ganz besonders die Bürgermeister Einfluß nehmen bei der Erstellung des Entwicklungskonzeptes, bei der Raumplanung, bei der Raumordnung, bei der Baugesinnung, Schaffung von Ruhezentren, Abgrenzung zwischen Industrie- und Erholungsraum — bei der Baugesinnung steirisch bauen mit steirischen Baumaterialien, vor allem auch mit Holz, sicher modern bauen —, bei der Infrastruktur — eigentlich kein schönes Wort, sondern die Verbesserung der Straßenverhältnisse —, beim Ausbau der Wege, der Wasserversorgung und der Kanalisation. Das sind in erster Linie Maßnahmen, die unbedingt die Aufwertung und die weitere Belebung des Fremdenverkehrs erforderlich machen. Der Umweltschutz, so sehr man von ihm spricht, er steht auch hier im Vordergrund. Die Reinhaltung der Umwelt, die Lärmbekämpfung, aber auch die Gesundheitsvorsorge. Die Gemeinden haben die Verpflichtung, die Wirtschaft, insbesondere die Zimmervermieter, zu unterstützen, aber vor allen Dingen auch die Zusammenarbeit mit den Kammern und allen Institutionen, die für den Fremdenverkehr förderlich sind, herzustellen.

Eine ganz besondere Sache ist die Schaffung von Freizeitzentren, von Kultur- und Sportanlagen, Mehrzweckhallen, Bädern, Tennisplätzen, Wintersportanlagen. Es sei aber ganz besonders betont, daß nicht jeder Ort seine Schwimmhalle haben kann und jeder Ort eine Tennishalle, nicht an jedem Berg kann ein Schilift sein. Hier soll großräumig zusammengearbeitet werden. Siehe das Beispiel der Oststeiermark: Der Stubenbergsee, der die Nächtigungsziffer enorm erhöhte, die Schilifтанlagen am Marsenberg in Wenigzell in St. Jakob, die Schwimmhalle in Hartberg, also großräumig gedacht. Unsere Fremden sind mobil, sie können die verschiedenen Erholungsstätten aufsuchen, sie sind nicht an einen Ort gebunden. Aber auch Schlechtwettereinrichtungen — es kann nicht immer die Sonne scheinen —, eben Mehrzweckhallen, Tennishallen, Büchereien, aber auch Kurse verschiedener Art sind erforderlich. Der Gast wartet darauf. Er will sich auch während des Urlaubes weiterbilden. Die Durchführung von Veranstaltungen verschiedener Art, gesellschaftspolitische Veranstaltungen, vor allen Dingen auf die Fremden, auf die Gäste abgestimmt, Gemeinschaftsausflüge, Ehrungen und dergleichen. Eine gute Pflege des Gastes soll immer im Vordergrund stehen. Vor allen Dingen Verschönerung des Ortsbildes. Blumenschmuckwettbewerb und derlei Dinge sollen den Gast besonders anziehen.

Die Zusammenarbeit und die besondere Unterstützung des Fremdenverkehrsvereines, das muß eine Einheit sein: Gemeinde und Fremdenverkehrsverein, und hier liegt sehr viel drinnen.

Die Zuwachsrate im Fremdenverkehr dürfte in der nächsten Zeit voraussichtlich doch noch bis zu 5 Prozent im Jahr betragen. Es ist das zu erwarten.

Es werden also im Jahr 2000 wahrscheinlich zweibis viermal mehr Touristen als heute in unserem Land sein. Was bedeutet dies für die Gemeinden in bezug auf die Ausstattung? Neuerliche Anstrengungen.

Aber all diese Anstrengungen könnten die Gemeinden nicht unternehmen, wenn nicht immer wieder die fruchtbringende und große Unterstützung von seiten des Landes gegeben wäre, von seiten der Landesregierung. Es ist an der Spitze dem Fremdenverkehrsreferenten mit seinen Mitarbeitern im Büro, aber auch Hofrat Gaisbacher mit seinen Mitarbeitern ganz besonders zu danken.

Der Fremdenverkehr ist ein besonderer Devisenbringer. Er gleicht das Außenhandelsdefizit weitgehend aus. Er bringt uns mehr an Einnahmen als beispielsweise die Stahlindustrie. Also, wir kennen hier einen ganz gewaltigen wirtschaftlichen Faktor. Die Förderung selbst ist ein Multiplikator. Das Zusammenwirken zwischen Land und Gemeinden ist erforderlich, um weitere Einrichtungen zu schaffen, um noch mehr Gäste zu uns nach Österreich zu bringen, aber auch den einheimischen Gast zu begeistern, daß er seinen Urlaub bei uns in Österreich verbringt. Es darf hier unter keinen Umständen gespart werden, und der Ideenreichtum der Bürgermeister, aller Vertreter der Fremdenverkehrsvereine, ist gut genug, um hier nach weiteren Wegen zu schreiten, um hier weiteres zu erreichen.

Der Fremdenverkehr ist auch ein bedeutender Arbeitgeber. Viele, viele Arbeitsplätze sind damit gesichert. Aber auch die Exportbelebung. Die ausländischen Gäste, die zu uns kommen, kaufen bei uns ein und sehen, daß es in Österreich Qualitätswaren gibt, die man gerne auch im Ausland dann bestellt. Also eine besondere Belebung der Wirtschaft.

Das menschliche Sehnen unserer Mitmenschen nach Kontakten und Gastfreundschaft steht immer im Vordergrund. Hier zeichnen sich die Steirer ganz besonders aus. Auch besonders dazu geeignet für die Pflege dieser menschlichen Kontakte ist der Urlaub am Bauernhof. Denn auch der Bauer soll Anteil haben am Einkommen aus dem Fremdenverkehr. Er ist ja der Hüter und Schützer der Natur. Er stellt dem Fremden ja die Landschaft zur Verfügung. Hoffentlich wird von seiten des Finanzministeriums den Bauern nicht wieder der Erfolg weggenommen.

Die Verbesserung des Verkehrsnetzes ist anzustreben. Ich habe mich diesbezüglich heute schon für den Ausbau der Südautobahn zu Worte gemeldet. Auch die Verbesserung der Verkehrsmittel.

Ich bin schon am Schluß meiner Ausführungen. Ich darf Sie nur bitten, alles daranzusetzen, daß für die Förderung des Fremdenverkehrs auch weiterhin maßgebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden und daß alle Aktionen fortgesetzt werden. Verbringen auch Sie Ihren Urlaub bei uns in Österreich, denn der Fremdenverkehr ist nach wie vor der Motor der Wirtschaft. Erholung und Gesundheit sollen immer im Vordergrund stehen. Der Fremdenverkehr ist dazu angetan, alle Menschen bei uns im Lande glücklich leben zu lassen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Laurich.

Abg. Laurich: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn wir das auslaufende Fremdenverkehrsjahr betrachten, dann ist die Steiermark, gemessen an den Nächtigungsziffern anderer Bundesländer, gerade noch mit einem blauen Auge davongekommen. Es ist aber besorgniserregend und muß uns alle zum Nachdenken zwingen, wenn sich der Schilderwald „Zimmer frei“ nicht nur in den Vor- und Nachsaisonen, sondern auch in der Hauptsaison immer mehr vergrößert.

Das geht sicherlich zum Teil auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der vergangenen Zeit zurück. Sicherlich aber auch darauf, daß in den letzten Jahren weit über die Nachfrage hinaus Fremdenbetten geschaffen wurden. Die Folge davon ist, daß der Auslastungsdurchschnitt in der Steiermark 31 Prozent beträgt und nur für bestimmte Kategorien von Beherbergungsbetrieben etwa 50 Prozent erreicht. Vorgestern fand im Ausseerland die Hauptversammlung des Regionalverbandes Salzkammergut statt, und es wurde dort bekanntgegeben, daß der Auslastungsdurchschnitt 78 Tage oder, in Prozenten ausgedrückt, rund 22 Prozent beträgt.

Hier, meine Damen und Herren, stellt sich die Frage, bis zu welcher Grenze ein derartiger Zustand volkswirtschaftlich überhaupt vertretbar ist und wie eine weitere Vermehrung von Fremdenbetten hintangehalten werden kann. Der Slogan, daß Qualität vor Quantität Vorrang haben muß, ist sicherlich richtig, doch muß dieser Grundsatz auch bei Förderungsmaßnahmen zum Ausdruck kommen. Der österreichische, besonders aber auch der steirische Fremdenverkehr wird nur dann international konkurrenzfähig sein können, wenn wir ein hohes Maß an Komfort unseren Gästen, die Erholung suchen, bieten können.

Dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Feststellung. Die Sozialistische Landtagsfraktion hat schon vor Jahren einen Antrag eingebracht, der eine gesetzliche Basis dafür sein könnte, wie man den Mindeststandard, die Mindestausrüstung von privaten Betten erreichen könnte und wie man dazu mithelfen könnte, den Komfort dieser privaten Betten zu verbessern. Es handelt sich um das Privatzimmer-Vermietungsgesetz, das diese Richtlinien beinhalten soll.

Es ist erfreulich, daß auch das Handelsministerium Förderungsmaßnahmen für den Fremdenverkehr im besonderen Maße unterstützt, und ich möchte hier einige Aktionen besonders hervorheben. Ich darf darauf verweisen, daß die Sonderaktion, nämlich die Gewährung von Prämienzuschüssen für Komfortzimmer, aber auch für die Verbesserung von Sanitärräumen, auch in der Steiermark großen Anklang gefunden hat und viele Betriebe von dieser Möglichkeit einer Förderung Gebrauch gemacht haben.

Da sich aber in der letzten Zeit auch die Urlaubsgewohnheiten der Gäste dadurch geändert haben, daß sie zu jeder Tageszeit warmes Essen haben wollen, hat das Handelsministerium auch diesem

Umstand Rechnung getragen und hat eine neue Prämienaktion unter dem Titel „Jederzeit warme Küche“ beschlossen. Ich bin überzeugt, daß durch diese Maßnahme nicht nur den Fremden gedient ist, sondern daß auch die Leistungsfähigkeit des heimischen Gastgewerbes gehoben werden kann. Allerdings muß der Empfänger einer derartigen Prämie sich verpflichten, an dieser Aktion 3 Jahre lang teilzunehmen.

Neu ist aber auch, daß das Handelsministerium die Schlechtwetterbetreuung für die Gäste dadurch unterstützt, daß im Rahmen der Aktion „Sport unterm Dach“ gewerbetreibende Gastbetriebe in die Lage versetzt werden, für die Schlechtwetterbetreuung der Gäste etwas zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle müssen Überlegungen darüber anstellen, wie das Urlaubsangebot für unsere Gäste vergrößert werden kann. Mehr als bisher muß man dafür Propaganda machen, daß der Hobbyurlaub und der Sporturlaub im eigenen Land verbracht werden soll. Es geht auch darum, den Familienurlaub durch kinderfreundliche Angebote verschiedener Orte zu verstärken.

Hier haben ebenfalls die Sozialisten wiederholt Anträge eingebracht, daß zum Beispiel ein Fremdenverkehrsförderungsgesetz beschlossen werden möge, das mit zum Ziel hat, eine Abrundung der Fremdenverkehrsangebote der Steiermark zu erreichen. Es ist erfreulich, daß in dieser Budgetgruppe ein Resolutionsantrag für das südsteirische Grenzland eingebracht wurde. Ein Resolutionsantrag dahingehend, daß ein Fremdenverkehrskonzept für diese Region erstellt werden soll. Jeder, der unser steirisches Grenzland näher kennt, wird wissen, daß viele Gastbetriebe noch nicht einmal den Mindeststandard, den man für ein derartiges Unternehmen fordern müßte, erreicht haben. Wir müssen auch feststellen, daß es vielfach an der Fremdenverkehrsgesinnung fehlt, und ich möchte hier anregen, daß man schon in der Schule damit beginnen soll. So könnten Lehrer eventuell Seminare besuchen und in Zusammenarbeit mit der Handelskammer oder anderen Einrichtungen geschult werden, damit schon in der Schule den Kindern eine bessere Fremdenverkehrsgesinnung beigebracht werden kann. (Unverständliche Zwischenrufe.) Neigungsgruppe.

Zu diesem Resolutionsantrag möchte ich ferner sagen, daß dieser selbstverständlich nur ein Teilkonzept eines gesamtsteirischen Fremdenverkehrsförderungsgesetzes sein könnte. Herr Landeshauptmannstellvertreter, gestatten Sie mir dazu eine Frage: Gibt es in der Steiermark bereits ein gesamtsteirisches Fremdenverkehrskonzept, und gibt es auch Pläne, die die Schwerpunktförderung für bereits bestehende Fremdenverkehrsregionen oder für Entwicklungsgebiete beinhalten?

Ich möchte gleich bei dieser Wunschliste bleiben, Herr Landeshauptmann. Sie wissen ja, daß sozialistische Anträge wiederholt ein steirisches Fremdenverkehrsgesetz verlangt haben. Sie haben das Thema beim letzten Fremdenverkehrstag angeschnitten und haben dort erklärt, daß der Entwurf eines derartigen Gesetzes einem Gremium zur Begutachtung vorgelegt wurde. Ich möchte Sie dringend er-

suchen, diesen Entwurf auch dem steirischen Landtag, also den Mitgliedern des steirischen Landtages, zugänglich zu machen, damit wir Gelegenheit haben, unsere Vorstellungen für ein Landesfremdenverkehrsgesetz entsprechend zu unterbreiten. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie werden zugeben, daß dieser Wunsch keine politische Forderung ist, sondern, daß bedeutende Orte mit ihren Fremdenverkehrsobmännern und Bürgermeistern wiederholt diesen Wunsch vorgetragen haben und diese Forderung geäußert haben.

Es geht nicht darum, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wie Sie hier angedeutet haben und wie es Vertreter der Handelskammer gesagt haben, daß eine neue Steuer eingeführt werden soll, sondern es geht letzten Endes darum, daß durch dieses Fremdenverkehrsgesetz Mittel aufgebracht werden sollen, die die örtlichen Vereine, überregionale Verbände, aber auch die Gemeinden, für die Zwecke des Fremdenverkehrs dringend benötigen. Es geht doch nicht auf die Dauer an, daß wenige Idealisten in einem Ort eine freiwillige Abgabe, die Mittel für die Werbung und alle anderen Aufgaben, die der Fremdenverkehr erfordert, aufbringen, während andere die Hände in den Schoß legen, wohl aber dann direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr profitieren.

Es ist auch nicht gedacht, Herr Landeshauptmann, daß durch dieses Fremdenverkehrsgesetz die eigenen Leistungen und Bemühungen der örtlichen Vereine oder Fremdenverkehrsregionalverbände sowie der Gemeinden oder gar die Eigeninitiative der Unternehmer unterbunden werden sollten. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben im vorigen Jahr gesagt, daß ein Fremdenverkehrsgesetz eine Fessel sein könnte. Auch das möchte ich ganz strikte verneinen. Wir möchten nur haben, daß durch das Fremdenverkehrsgesetz klare Richtlinien geschaffen werden und daß alle diejenigen, die direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr leben, auch einen entsprechenden Obolus leisten. Es sollen auch keineswegs die Entscheidungen der zuständigen Stellen in irgendeiner Weise eingeengt oder verhindert werden, sondern dieses Fremdenverkehrsgesetz soll eine gute Basis für eine gesunde Zusammenarbeit aller am Fremdenverkehr interessierten Stellen sein.

Durch dieses Gesetz und vor allen Dingen durch die Mittel, die dadurch aufgebracht werden, sollen die Vereine und die Gemeinden in die Lage versetzt werden, neue Ideen entwickeln zu können, Vorhaben durchführen zu können, die bisher mangels finanzieller Mittel nicht durchgeführt werden konnten. Ich denke da an die Bemühungen zur Saisonerstreckung, aber auch daran, daß wir neue Wege in bezug auf die Schlechtwetterbetreuung unserer Gäste gehen müssen. Sehr verehrter Herr Landeshauptmann, ich möchte hier einen Hinweis geben. Sie können aus der heutigen Tagespresse entnehmen, daß man vorgestern bei dieser überregionalen Fremdenverkehrstagung im Salzkammergut um wenige Groschen gestritten hat, die man als Werbeumlage einheben will. Es ist darum gegangen, ob man 4 Groschen pro Nächtigung oder 10 Groschen pro Nächtigung für das gesamte Salzkammergut

eben als zusätzlichen Beitrag für Werbezwecke dem Gast bzw. Vermieter auferlegen soll. Es ist hier noch zu bemerken, daß die Nächtigungsziffer in diesem bekannten Fremdenverkehrsgebiet im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr um rund 200.000 oder 3,7 Prozent zurückgegangen ist.

Abschließend eine Feststellung. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß viele Fremdenverkehrsbetriebe den Ausbau und die Verbesserung ihres Betriebes nur durch Inanspruchnahme hoher Fremdmittel durchführen können. Der Verschuldungsgrad in der Fremdenverkehrswirtschaft ist deshalb, gemessen an anderen Sparten, überaus hoch. Die Rentabilitätsberechnungen vieler neuer oder umgebaute Betriebe basieren auf einer bestimmten Nächtigungszahl oder auf einem bestimmten Umsatz. Werden diese Ziffern durch einen Rückgang der Nächtigungsziffern oder durch einen Umsatzrückgang nicht erreicht, so ist für manche Betriebe — und das sage ich hier in aller Deutlichkeit — eine ernste Gefährdung gegeben. So ist der Wunsch verständlich, daß man zum Beispiel durch eine Verlängerung der Laufzeit für fremdenverkehrsfördernde Kreditaktionen eine echte Hilfe bieten könnte.

Meine Damen und Herren, im Fremdenverkehr sind noch viele Ausbaumöglichkeiten gegeben, und es bedarf daher der Zusammenarbeit aller Kräfte. Bund, Land, Gemeinden, Fremdenverkehrsvereine; alle am Fremdenverkehr Interessierten müssen hier mithelfen.

Die im Haushaltsvoranschlag 1977 für Fremdenverkehrszwecke vorgesehenen Maßnahmen werden mit den Ansätzen einen wichtigen Beitrag für die weitere Entwicklung des steirischen Fremdenverkehrs leisten können.

So möchte ich mit dem Dank an alle, die ehrenamtlich oder beruflich im Fremdenverkehr tätig sind und damit unserer heimischen Wirtschaft dienen, schließen und ein gutes Fremdenverkehrsjahr 1977 wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Bevor ich auf mein eigentliches Thema, Fremdenverkehr und Wirtschaft, eingehe, muß ich doch eine Berichtigung einer Berichtigung eines Zwischenrufes vornehmen. Es hat nämlich heute zu Mittag der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian gemeint, die Sozialistische Partei von Singapur ist nicht Mitglied der Sozialistischen Internationale. Ich weiß, daß das Thema nicht sehr bedeutsam ist, aber doch nicht ganz uninteressant. Nun, meine Damen und Herren, ich muß zugeben, seit neuestem stimmt es.

Ich habe mich über einen Mittelsmann nirgend anders als bei der Parteizentrale der Sozialistischen Partei in der Löwelstraße in Wien erkundigt und dort vom zuständigen Referenten erfahren können, daß sich die Sozialistische Partei Singapurs vor kurzem aus der Sozialistischen Internationale zurückgezogen hat. Das genaue Datum konnte nicht

genannt werden. (Abg. Loidl: „Ja!“) Lassen Sie mich ausreden, Herr Kollege! Das Sekretariat der Sozialistischen Internationale in London zu erreichen, war leider telefonisch nicht möglich. Jedenfalls darf ich feststellen, Sebastian, unser Landeshauptmannstellvertreter, hat recht. Die Sozialistische Partei von Singapur ist nicht mehr Mitglied der Sozialistischen Internationale. Aber es dürfte verständlich sein, daß ich nicht gerade den letzten Stand der Mitgliederbewegung in der Sozialistischen Internationale so genau verfolge.

Aber, meine Damen und Herren, der Abgeordnete Gratsch hat an dieser Stelle hier gesagt, sagen Sie mir ein Land, in dem eine Sozialistische Partei undemokratisch regiert. Mein Zwischenruf war: Singapur. Das, meine Damen und Herren, gilt nach wie vor. Singapur mit seiner Sozialistischen Partei, die alles eher als demokratisch ist, ist nach wie vor eine Schwesterpartei aller anderen in der Sozialistischen Internationale, war viele Jahre hindurch Mitglied der Sozialistischen Internationale, hat dort unter dem Vorsitz des Präsidenten Pittermann Resolutionen gegen die Diktaturen in Griechenland, in Spanien und sonstwo, bitte, ich höre nur weniger von den Diktaturen des Ostens, und ähnliche Resolutionen mitbeschlossen. Nur, weil die Weltpresse, vor allem auch die Presse dieser genannten Länder, die zweifellos nicht demokratisch regiert werden, erwidert hat, daß das Fehlen einer Demokratie in Singapur mindestens so arg sei wie in Spanien oder sonstwo, hat man sich zurückgezogen aus der Internationale. Sie blieb aber nach wie vor eine Sozialistische Partei, und ich darf feststellen, auch die anderen Sozialistischen Parteien haben jene Singapurs niemals ausgeschlossen. Das sei damit klargestellt. (Abg. Zinkanell: „Jetzt gibt es nichts mehr zu lachen. Ich habe gedacht, es wird wieder gelacht!“)

Jetzt, meine Damen und Herren, einige Gedanken zur Fremdenverkehrssituation. Ich glaube, wir können den Spitzenpolitikern aller Parteien recht geben, wenn sie sagen, daß es in Zeiten der Rezession — oder vor allem sagen sie es in Zeiten der Rezession — bei uns immer noch im großen und ganzen besser geht als in den meisten westlichen Wirtschaften, was die meisten Indikatoren für die Wirtschaft betrifft, ob Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Arbeitsmarkt, Inflation. Es stimmt im wesentlichen, daß wir jedenfalls im günstigeren Drittel der westlichen Länder liegen. Aber, meine Damen und Herren, das ist nichts Neues. In jeder Rezessionsphase der Zweiten Republik war es so, daß Österreich im ersten Drittel lag.

Die Frage ist weiters, warum ist das so, und ich könnte diese Frage sicher nicht ganz beantworten. Sicher ist nur eines, es gibt hundert Gründe dafür.

Ein wesentlicher Grund hier ist der Bestand unserer Art von Sozialpartnerschaft, von der ich persönlich überzeugt bin, daß sie ein politischer und wirtschaftlicher Stabilisierungsfaktor in unserem Lande ist. Wenn hier Kompromisse immer wieder auf wirtschaftlichem, aber auch auf politischem Gebiet beschlossen werden, so würde ich glauben, ist es oft ein Zeichen eines zufriedenstellenden Kompromisses, wenn keiner ganz zufrieden ist. Ja, man

könnte sagen, vielleicht ist diese Sozialpartnerschaft eine neue, zusätzliche Wurzel des österreichischen Raunzertums, an sich einer wirtschaftlichen Situation und politischen Stabilitätssituation, die ja sicher nicht die übelste ist. Es hat sich gezeigt: Immer dann, wenn in der Politik alles festgefahren ist, wenn die Parteien nicht mehr zurück können, um ihr Gesicht zu verlieren, immer dann ist eigentlich die Sozialpartnerschaft in den letzten Jahren der letzte Ausweg gewesen und hat eigentlich fast immer zu durchaus vernünftigen Kompromissen geführt. Ich erwähne hier nur die Entstehungsgeschichte des Arbeitsverfassungsgesetzes im Jahre 1973. Ich könnte mir vorstellen, ohne Sozialpartnerschaft hätte das nicht so vernünftig geendet. Ich erwähne hier die heuer festgefahren gewesenen Fronten bei den Marktordnungsgesetzen. Wieder waren es die Sozialpartner, die dann die politische Stabilität trotzdem sichergestellt haben.

Ein weiterer Faktor, warum Österreich den meisten westlichen Ländern in Zeiten der Rezession voraus ist, liegt sicher in einer relativ gesunden mittelständischen Struktur unserer Wirtschaft, die nun einmal um vieles flexibler ist als eine nur industrielle oder nur großwirtschaftliche Struktur. Am Arbeitsmarktsektor ist eindeutig nachgewiesen, daß die verstaatlichte Industrie zwar mit Recht stolz darauf sein kann, daß sie keine Arbeitnehmer entlassen oder kündigen mußte, daß man aber umgekehrt feststellen mußte, daß man insgesamt weniger Arbeitsplätze in diesem Bereich hat, weil man eben praktisch auch einen Aufnahmestopp einführen mußte, so daß also die Arbeitsplätze sich praktisch nur im gewerblich-mittelständischen Bereich vermehren konnten. Ich will Sie mit Ziffern nicht belasten. Fest steht, daß etwa die Betriebsgrößen zwischen 20 und 50 Betrieben am meisten Arbeitsplatzzugänge, auch im Rezessionsjahr 1975, hatten.

Ganz ähnlich ist es auf der Gewinnseite. Die Gewinne bzw. Defizite der Großbetriebe, vor allem der verstaatlichten Betriebe, sind uns hinlänglich bekannt, und es ist ein Glück für den Finanzminister, daß es noch Tausende kleine und mittlere Betriebe gibt, die ihm die nötigen Gewinne bringen, so daß ein Wirtschaftswachstum trotz allem noch möglich ist, daß also auch für den Finanzminister noch etwas abfällt und nicht nur die Arbeitsplätze gesichert sind, sondern diese sogar vermehrt werden können.

Qualität des Lebens schlechthin — und damit komme ich unmittelbar zum Fremdenverkehr — läßt sich nun einmal von mittleren Betrieben und kleinen und mittleren Strukturen in der Wirtschaft nicht trennen. Innerhalb dieser mittelständischen Wirtschaft hat in Österreich der Fremdenverkehr eine hochinteressante, ganz besondere Stellung.

Unsere Handelsbilanz ist klarerweise seit jeher defizitär. In Zeiten der Rezession wird sie besonders defizitär. Hier ist das Faktum einfach das, daß in Zeiten der Rezession der Fremdenverkehr zwar auch stagniert, aber weniger stagniert als die warenausportierende Wirtschaft. Das Handelsbilanzdefizit im ersten Halbjahr 1976 beträgt bereits 25,6 Milliarden Schilling, und es ist leider nur mehr zu 48 Prozent durch Fremdenverkehrsdvisen gedeckt. Im

ersten Halbjahr 1975 war diese Deckung noch 62 Prozent.

Diese Zahlungsbilanz-Ausgleichsfunktion des Fremdenverkehrs in Rezessionszeiten, meine Damen und Herren, ist die wesentlichste und bedeutsamste Funktion unseres Fremdenverkehrs überhaupt, weil wir bedenken müssen, daß wir eine kleine und sehr, sehr außenhandelsorientierte Wirtschaft sind und daher der Fremdenverkehr für uns lebenswichtig ist, wie das mit anderen Worten schon meine Vorredner erwähnt haben.

Man müßte daher glauben, daß die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft von der Regierungsseite her geradezu verwöhnt und umhättselt wird, weil diese Fremdenverkehrswirtschaft doch so eine ungeheure Bedeutung für unsere gesamte Volkswirtschaft hat. Leider ist ganz das Gegenteil der Fall. Es hat schon mein Vorredner Laurich angedeutet, daß die Fremdenverkehrswirtschaft die Sparte mit dem höchsten Verschuldungsgrad in der Wirtschaft ist. Wir haben eine Menge Familienbetriebe sogar im Fremdenverkehr mit Fremdkapitalanteil bis zu 80 Prozent.

Der Steuerdruck steigt ständig, und es ist nicht abzusehen, daß sich diese Entwicklung ändert, obwohl die Folge dieses ständigen Steuerdrucksteigens eigentlich auch für den Finanzminister eine negative ist. Das gilt für die Alkoholsteuer genauso wie für die Mineralölsteuer. Der Kollege Loidl hat heute angezogen, daß auch diese trotz höherer Steuersätze im Grunde genommen für den Finanzminister in summa stagniert. Nun, meine Damen und Herren, wenn schon steuerliche Erleichterungen für die Zukunft nicht zu erwarten sind, weil der Finanzminister mit seiner sozialistischen Schuldenwirtschaft einfach so weit ist, daß er ja nur mehr von der Hand in den Mund lebt. Das ist bestimmt nicht polemisch gesagt oder übertrieben. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Er lebt von der Hand in den Mund, meine Herren Sozialisten!

Fest steht eines, wenn hier nichts zu erwarten ist, das heißt keine Erleichterung, dann gibt es nur eines: Wirtschaftsförderung. Hier darf ich sagen, Investitionsinitiativen und Einrichtungen der Infrastruktur sind zu fördern, und wir können insgesamt sagen, daß die Steiermark hier in summa quantitativ wie qualitativ beispielgebend vorangeht.

Zum Fremdenverkehr noch eines: Die Zukunft im Fremdenverkehr scheint trotz geringerer Konjunkturerwartungen gut zu sein, weil einfach der moderne, in Hektik lebende Mensch einen Urlaub notwendig hat. Allerdings müssen wir darauf achten, daß immer mehr Qualität gefördert wird und weniger auf Quantität Wert gelegt wird.

Wir haben zur Zeit in der Steiermark etwa 100.000 private und gewerbliche Fremdenbetten. Das ist an sich zur Zeit ein ausreichender Stand, denn es ist eine Gefahr gegeben: Es steht immer noch eine sinkende Tendenz der Bettenauslastung einer steigenden Tendenz der Bettenkapazität gegenüber, das heißt, daß immer mehr Betten immer weniger belegt sind.

Dazu noch ein Gedanke zum Privatzimmervermietungsgesetz: Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, ich darf wirklich sehr ersuchen, daß

mit dieser Gesetzesvorlage bald ernst gemacht wird. Ein Privatzimmervermietungsgesetz brauchen wir, wegen der notwendigen Mindestausstattungsrichtlinien, die es enthalten muß und wegen der notwendigen sanitätspolizeilichen Vorschriften, die auch für diesen Sektor kommen müssen. (Abg. Ing. Turnek: „Wehrt er sich so, daß er öffentlich aufgefordert werden muß?“) Der Herr Landeshauptmann Wegart wird uns ja dazu eine Antwort geben. Was der Kollege Laurich zu einem Fremdenverkehrsgesetz gesagt hat, so würde ich sehr vorsichtig meinen, Illusionen haben wir davon sicher nicht zu erwarten, sondern zusätzliche Mehrbelastungen der Wirtschaft. Trotzdem darf ich meine private Meinung dahingehend äußern, schaden könnte es nicht, denn unsere Fremdenverkehrsinstitutionen brauchen Geld, um die nötigen Initiativen für den Fremdenverkehr zu setzen.

Nun, in der Wirtschaftsförderung, Hohes Haus, ist die Steiermark, ich möchte sagen, vorbildlich für ganz Österreich, das ist keine Übertreibung. Ich habe nicht nur zu danken dem Fremdenverkehrsreferenten Landeshauptmannstellvertreter Wegart und dem Referenten für die übrige gewerbliche Wirtschaftsförderung, Landesrat Peltzmann, sondern vor allem auch Landeshauptmann Niederl als dem Obmann der Mehrheitspartei dieses Landes, weil er letzten Endes die Schwerpunkte jedes Budgets und jeder Wirtschaftsförderung, vor allem des freiwilligen Rahmens im Budget festsetzt und weil er Jahr für Jahr zu erkennen gibt, daß ihm an einem Schwerpunkt in der Wirtschaftsförderung gelegen ist, weil er weiß, daß es hier letzten Endes um Arbeitsplätze und damit um Menschenschicksale geht.

Der Grundsatz für unsere Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, muß sein, insgesamt Unternehmerinitiativen zu fördern. Wenn Unternehmerinitiativen nicht vorhanden sind, nützen uns alle materiellen Mittel überhaupt nichts. Auch die übrige Wirtschaftsförderung ist gut in der Steiermark, vor allem hat sich sehr gut das Jungunternehmer-Förderungsgesetz angelassen; es ist ein Vorbild, darf ich sagen, für ganz Österreich geworden, und man ist auf Bundesebene dabei, hier — in Plagiatform möchte ich sagen — der Steiermark einiges nachzuahmen. Leider, Hohes Haus, sind unsere Initiativen für ein begünstigtes Ansparen zwecks Gründung eines selbständigen Unternehmens auf Bundesebene bislang auf taube Ohren gestoßen. Der Finanzminister und die Bundesregierung haben derartige Bemühungen bisher zumichte gemacht.

Zum Mittelstandsförderungsgesetz, das wir nächstes Jahr in diesem Hohen Haus beschließen werden, darf ich nur eine Anmerkung machen, vor allem zu seiner Notwendigkeit: Die Zielsetzung soll sein, der Umstrukturierung der mittelständischen Wirtschaft Erleichterungen zu geben, damit sie sich besser als bisher an die modernen Erfordernisse umstrukturieren kann. Gefördert soll nicht nur mit finanziellen Hilfen werden, sondern gefördert sollen vor allem alle Ausbildungshilfen und alle Benennungshilfen in der Wirtschaft werden. Das Wirtschaftsförderungsinstitut in der Handelskammer, der Verein für praktische Betriebsberatung,

der Gewerbeunterstützungsverein, der Exportring, der Lehrlingsunterstützungsverein, die Jungunternehmerförderungsgesellschaft, sie alle beraten und unterstützen beileibe nicht nur selbständige Unternehmer, sondern zum größeren Teil solche, die es werden wollen oder die als Mitarbeiter in den Unternehmungen tätig sind. Denn wesentlich ist, daß wir zu jenem flexiblen Unternehmer, Unternehmensleiter und Mitarbeiter kommen, der der Entwicklung der Zeit gewachsen ist und die Zeichen der Zeit auf dem wirtschaftlichen Sektor erkennt.

Eine Bemerkung, Hohes Haus, muß ich zur Lkw-Steuer machen, die, wenn es nach Verkehrsminister Lanc geht, mit 1. Jänner 1978 Wirklichkeit sein soll. Das heißt, jeder Lkw ab 7 Tonnen soll je Tonne, je Kilometer 25 Groschen jährlich bezahlen, was eine jährliche Gesamtsumme von einer Milliarde Schilling für den Finanzminister ergeben würde. Verkehrsminister Lanc meint, das würde zum Ausbau des Huckepackverkehrs und der Alpenübergänge verwendet werden. Ich darf erwähnen, daß wir solchen Zweckbindungen in verbalen Feststellungen gegenüber in höchstem Maße mißtrauisch sind, weil schon die Erhöhung der Mineralölsteuer gezeigt hat, daß sie dem Finanzminister zwar 2,3 Milliarden Ertrag bringt, davon aber 1,7 Milliarden, also der allergrößte Teil, nicht für den Bundesstraßenbau verwendet werden, sondern zum Stopfen verschiedener anderer Budgetlöcher.

Diese Lkw-Steuer bringt zweifellos eine beachtliche Anheizung der Inflation, wenn sie Wirklichkeit werden sollte. Sie erhöht die Transportkosten um zirka 40 Prozent. Zu zahlen hat diese Transportkosten letzten Endes immer der Konsument. Es wird also ein beachtlicher Inflationsschub die unmittelbare Folge sein, eine entsprechende Erhöhung des Lebenskostenindex muß geradezu eine Folge dieser neuen Steuer sein. Und vor allem, was für die Steiermark besonders bedenklich ist, diese Lkw-Steuer würde zweifellos schlecht erschlossene Entwicklungsregionen benachteiligen, und es würden weniger Industrieansiedlungen in diese Regionen gehen, weil nur Lkws die Verkehrsmittel für die Waren dorthin und zurück sein können.

Eine Gefährdung der Arbeitsplätze im Verkehr insgesamt mit fast 17.000 Beschäftigten könnte die Folge sein, weil es ja zu einem zusätzlichen Substanzverlust dieser Betriebe kommen würde, ist klar, und unbestritten ist, daß die Gewinner einer solchen zusätzlichen Steuer die Oststaaten sein würden, weil nämlich dort staatliche Wettbewerbsvorteile bestehen und die miesigen Speditionen, vor allem Bulgariens und anderer Ostländer, dann das Geschäft machen würden, weil österreichische Verkehrsfirmer im internationalen Wettbewerb zwangsläufig dann schon gar nicht mehr mitkommen könnten, wobei sie jetzt schon größte Schwierigkeiten haben.

Unser Vorschlag ist daher — und wir haben es ja hier beantragt, zweifach sogar — eine Begrenzung der abgabenfreien Einfuhr von Treibstoffen mit 50 Liter, das ergäbe allein an der Grenze in Spielfeld jährlich eine Summe von mindestens 60 Millionen Schilling. Das geschieht auch in der Bundesrepublik Deutschland und ist technisch öhne-

weilers durchführbar. Es ist unverständlich, daß unsere Transitstraßen von ausländischen Lkws zerstört werden sollen, ohne daß diese dazu einen Beitrag leisten. Bislang ist weder der Verkehrs- noch der Finanzminister auf unseren Vorschlag eingestiegen.

Abschließend, Hohes Haus, nur eine Feststellung noch: Offensichtlich können Sozialisten nicht wirtschaften. Seit 1970 sind die Steuern in Österreich insgesamt um 135 Prozent angestiegen, obwohl die Zuwachsrate des nominellen Bruttonationalprodukts nur 117 Prozent betragen hat seit diesem Jahr, also zweifellos eine wesentliche Mehrbesteuerung. Die Lohnsteuer stieg seit der sozialistischen Regierungszeit zweieinhalbmal so stark wie die Löhne und Gehälter selbst, eine Folge der Inflation, und achtmal so rasch wie von 1966 bis 1970. Die Umsatzsteuer stieg von 1966 bis 1970 um zirka 8 Milliarden Schilling, in Prozenten 44 Prozent, von 1973 bis 1977, also auch wieder vier Jahre sozialistische Regierung, stieg sie nicht um 8 Milliarden oder 44 Prozent, sondern um 35 Milliarden, das sind 97 Prozent, und der Finanzminister hat trotz aller gegenteiligen Beteuerungen im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer sich im ersten Mehrwertsteuerjahr ein Körpergeld von mindestens 6 Milliarden Schilling gemacht, das weist er ja selbst in seinem Budget und in seinem Rechnungsabschluß für 1973 aus. Der Konsument zahlt das alles, Konsumenten sind wir alle, und die Belastungslawine, Hohes Haus, läuft weiter.

Es gibt zurzeit im Bundesbudget praktisch nur einen Schwerpunkt, und dieser Schwerpunkt heißt Schuldendienst. Der Schuldendienst im Bundesbudget beträgt bereits 11 Prozent des gesamten Bundesbudgets. Täglich zahlen wir 70 Millionen Schilling für Tilgung und Verzinsung.

Die Bundesschulden haben sich seit 1970 vervierfacht. Wenn man die Aussagen des Bundeskanzlers oder Finanzministers seit 1970 mit ihrem tatsächlichen Handeln und der Entwicklung gerade auf diesem Sektor gegenüberstellt, muß man sich gelinde gesagt als Staatsbürger gefrotzelt fühlen. Eine Budgetwahrheit gibt es auf Bundesebene überhaupt nicht mehr. Wollte das jemand bestreiten, könnte ich Ihnen mit näheren Ziffern durchaus dienlich sein.

Wer ordentlich wirtschaftet, wird bestraft. Das haben wir als Land für den nächsten Finanzausgleich zu befürchten. Eindeutige Aussagen in der Richtung hat der Herr Finanzminister schon getroffen. Sie standen auch groß zu lesen in der „Arbeiterzeitung“ in Wien, und ich will sie Ihnen vorenthalten, weil das sonst zu lange werden würde.

Zum Abschluß, Hohes Haus, eine Bemerkung zur Frage, die der Abgeordnete Gratsch in seiner Generalrede aufgeworfen hat. Er hat gemeint, die ÖVP habe keine Ideologie. Nun, ich will keine Ideologiedebatte aufwerfen, sondern hier nur zu Fragen der Ideologie und Wirtschaft — oder Wirtschaftsideologie — ganz wenige Sätze sagen. Die Sozialistische Partei hat entweder die Ideologie der zentralen Wirtschaftslenkung, oder aber sie ist höchst daran interessiert, viele Unklarheiten in ideologischen Fragen zu schaffen. Die SPÖ redet

ständig von Mitbestimmung. Was sie will, ist genau das Gegenteil von Mitbestimmung, ist nichts als die zentrale Lenkung der Arbeitnehmer genauso wie der Arbeitgeber. Das läßt sich nicht bestreiten, weil der Häuser-Entwurf als einstimmige Regierungsvorlage im Parlament gelegen hat, und alle Presseorgane dieses Landes, die nicht rein sozialistisch waren, sind gegen diesen Häuser-Entwurf Sturm gelaufen, weil sie erkannt haben, daß das keine Mitbestimmung ist.

Oder, wenn Gratsch in seiner Generalrede gemeint hat, der AAB in der ÖVP sei ein Linksüberholer, um so ein bißchen den Keil hineinzutreiben zu versuchen, so darf ich eines wohl klar feststellen: Ein Mehr an Sozialpolitik ist höchstens nicht immer praktikabel, aber nie links. Ein Mehr an Sozialpolitik ist nie links. Links ist vielmehr, wenn der Mensch auch in der Wirtschaft gegängelt werden soll, egal ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber. Und diese Versuche werden von sozialistischer Seite ständig gemacht. Ich will die Beispiele nicht aufzählen, die sich in der praktischen Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung tun. Denn links ist niemals ein quantitatives, sondern immer nur ein qualitatives Problem. Ich sage noch einmal, die Sozialistische Partei ist in diesen Fragen im höchsten Maße an Begriffsverwirrung interessiert.

Jede Ideologiediskussion muß der ÖVP und kann der ÖVP nur recht sein. Wir haben nur eines zu wünschen, daß diese Ideologiediskussion mehr an die Basis geht. Denn zugegeben, wir haben es taktisch schwerer, weil wir eine pluralistische Partei sind, eine Partei aller Berufsgruppen, während die Sozialistische Partei im Kern ein monolithischer Klasseblock ist mit rein äußerlich liberalem Anstrich durch einige Persönlichkeiten dieser Partei. Sicher ist auch, daß unser Volk die Ideologie der Sozialistischen Partei ablehnt. Uns muß es nur gelingen, in einer sprachlich verständlichen Ideologiediskussion an der Basis, der SPÖ das Fischeln im Trüben schwieriger zu machen. Es gibt neueste Anzeichen, Hohes Haus, daß uns dies früher gelingen wird, als die meisten in diesem Haus vielleicht heute noch glauben. Dankeschön. (Beifall bei der ÖVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf ganz kurz ein paar Sätze zu möglichen Naherholungsgebieten für die Grazer Bevölkerung sagen, und zwar konkret:

Erstens. Zum Thalersee, der ein wunderschönes Naherholungsgebiet wäre: Er ist schnell erreichbar, und befindet sich in landschaftlich herrlicher Lage. Wir alle wissen, daß Aufschließungsmaßnahmen notwendig sind, daß es notwendig ist, die Ufer zu sanieren, den See auszubaggern, die Sanitäreinrichtungen rings um den See auszubessern. Wir wissen genauso, daß die Gemeinde Thal allein nicht in

der Lage ist, diese Aufwendungen zu tragen, daß die Gemeinde Thal aber sehr wohl eine Reihe entsprechender Vorleistungen gesetzt hat, zum Beispiel den Ausbau der Straße, die ja dann dem Land übergeben wurde und auch die sonstige Aufschließung des Gebietes. Nun hat die Gemeinde Thal erfahren müssen, daß es wohl eine ganze Menge Broschüren, Studien, Reden gibt zur Frage der Naherholungsgebiete, aber daß, wie so oft, auch hier offenbar das Geld fehlt. Was ich damit ausdrücken möchte ist, daß wir niemandem einen See neiden, daß wir aber der Meinung sind, daß es zumindest ebenso wichtig wäre, schon bestehende, natürliche Seen auszubauen, wie neue Seen künstlich zu gestalten.

Als zweiten Punkt ganz kurz und konkret, ebenfalls ein Thema, das nicht unbekannt ist: Im Norden von Graz liegt die Weihermühle. Sie ist nicht nur von Bedeutung für die dortigen vier Gemeinden Gratwein, Rein, Judendorf-Straßengel, Gratkorn, sondern ist auch eine natürliche Badegelegenheit für die Bewohner der Stadt Graz, welche die Weihermühle über die Schnellstraße in kurzer Zeit erreichen. Das Bad unterliegt aber der Gefahr, weil der jetzige Eigentümer sich mit dem Gedanken trägt, es zu verkaufen, der Erholung suchenden Bevölkerung — darunter viele hunderte Schichtarbeiter der Firma Leykam-Josefstal — verlorenzugehen. Die vier Gemeinden werden nicht allein in der Lage sein, dieses Bad anzukaufen und auszugestalten. Ich richte daher an dieser Stelle, die dringende Bitte an das Land und die zuständigen Referenten, beim Ankauf und bei der Ausgestaltung dieses Bades behilflich zu sein.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, daß die Schotterseen im Süden von Graz ebenfalls eine gute Naherholungsmöglichkeit wären. Wir haben einen diesbezüglichen Antrag eingebracht und den zuständigen Referenten ersucht, ein Gesamtkonzept vorzulegen, welche Möglichkeiten es überhaupt gäbe, was die Dinge kosten, in welcher Reihenfolge man sie am besten in Angriff nehmen müßte. Allerdings bezog sich unser Antrag nicht nur auf diese Schotterseen, sondern wir meinen die gesamten Naherholungsmöglichkeiten für den Bereich der Landeshauptstadt Graz. Ich darf diesen Antrag hiemit nochmals in aller Form und Bescheidenheit in Erinnerung bringen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß nicht allzu viele Sommer durch die steirischen Lande ziehen, bis diese Wünsche einer guten Erledigung zugeführt sind. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr, erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart das Schlußwort.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist 17 Uhr und eine Minute. Es ist unfassbar, daß der Fremdenverkehr zum erstenmal nicht zu mitternächtlicher Stunde im Schlußwort an die Reihe kommt und fast wäre ich geneigt zu sagen, wäre es Mitternacht, dann würde ich versprechen, daß

mein Schlußwort sehr kurz ausfallen würde. Zumal aber der Erholungsgrad des Hohen Häuses noch strapazierbar erscheint, bitte ich um Nachsicht, wenn ich doch auch in aller Form davon Gebrauch mache, daß ich gerade zu dem Referat, das zu meinen Lieblingsaufgaben in der Landesregierung gehört, etwas länger spreche.

Das muß ich auch bei der Gelegenheit bemerken, es gibt ja schönere und weniger schöne Aufgaben, aber die kann man sich ja nicht aussuchen, sondern die werden einem zugeteilt, ich wäre ja auch bereit gewesen, dem Kollegen Sebastian das Spitalsreferat abzulösen, er hat es nicht wollen. (Heiterkeit) Also wie gesagt, es ist ein Traumreferat, das stelle ich ausdrücklich fest, ein Traumreferat. (Abg. Ing. Turek: „Das ist weniger öffentlichkeitswirksam!“) Ich beneide in aller Kollegialität den Kollegen Bammer, der jetzt zu einer wunderbaren Aufgabe kommt und von dem ich glaube, daß wir uns auch sehr gut reden werden. Da gibt es gewisse Möglichkeiten, aber das gehört ja nicht zur Beantwortung und zur Frage, die ich jetzt zu behandeln habe.

Meine Damen und Herren, anfangen muß der Fremdenverkehrsreferent damit, daß es um Zahlen geht. Nicht ums Zahlen, sondern um Zahlen. Die Übernachtungen im Fremdenverkehrsjahr 1975/76 liegen nun zur Gänze vor und ich darf bei der Gelegenheit mitteilen, daß wir in der Zeit vom 1. November 1975 bis 31. Oktober 1976 insgesamt 8.917.000 Übernachtungen erreicht haben, das ist ein Minus von 105.000 Übernachtungen oder 1,2 Prozent, wobei wir zu unserem — würde ich sagen — Bedauern feststellen müssen, daß das Minus vor allem im Sommerhalbjahr des heurigen Jahres zu suchen ist. Es ist ein schwacher oder überhaupt kein Trost, daß davon auch andere und potentere Bundesländer betroffen sind.

Es würde jetzt sehr reizvoll sein, darauf einzugehen, welche Ursachen es dafür gibt. Es gibt eine Reihe von Ursachen. Der Wettergott hat uns im heurigen August übel mitgespielt. Aber, meine Damen und Herren, nicht nur das. Bei einer näheren Untersuchung dieser Ziffern hat sich nämlich herausgestellt, daß es nicht nur das Wetter war. Zum Beispiel durch das innerdeutsche Abkommen können jetzt viele Bundesbürger in die DDR fahren, mir liegt eine Statistik vor, daß im Jahre 1976 immerhin nahezu fünf Millionen Bundesbürger ihre Verwandten in der DDR besucht haben. Das ist sicherlich zu Lasten des österreichischen und naturgemäß auch des steirischen Fremdenverkehrs gegangen. Das ist eine Ursache, die wir gar nicht übersehen sollten.

Aber — und ich glaube, das muß man sagen, weil wir ja sonst gerne in eine bestimmte Raurei verfallen — vergessen wir nicht, daß der österreichische und der steirische Fremdenverkehr im letzten Jahrzehnt jährliche Zuwachsraten in der Größenordnung von acht, zehn und fünfzehn Prozent zu verzeichnen hatte. Das heißt, wir haben ein unglaublich hohes Niveau erreicht, ein Niveau, wenn ich es vergleiche etwa mit unseren Konkurrenten, mit der Schweiz mit Italien, mit Frankreich

und mit Jugoslawien, oder mit Spanien, meine Damen und Herren. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet hat Österreich die höchste Übernachtungskapazität aller europäischen Fremdenverkehrsstaaten. Wir sind das Fremdenverkehrsland Nummer eins mit weitem Abstand vor all den genannten, die ich bei dieser Gelegenheit angeführt habe.

Ich glaube, man muß noch etwas sagen. Es hat sich herausgestellt, daß trotz einer wirtschaftlichen Abschwächung, die unverkennbar war und die uns vor allem 1974 und dann in weiterer Folge 1975 so entscheidend getroffen hat, sich der Fremdenverkehr als außerordentlich stabil erwiesen hat. Das ist nämlich auch ein Umstand, der bisher eigentlich in unserer Betrachtung und Beurteilung nicht gegolten hat. Man darf doch davon ausgehen, wenn die Wirtschaft oder Konjunktur eine Talfahrt ansetzt, man darf davon ausgehen, wenn es unter Umständen sogar Arbeitslosenziffern gibt, und ich bitte, man soll nicht übersehen, daß sie immerhin in vielen Ländern eine tragische Situation aufzeigt, daß dies natürlich auch das Urlaubsverhalten und die Urlaubsmöglichkeiten beeinflusst. Trotzdem hat es sich gezeigt, daß die Menschen bereit sind, vieles einzuschränken, daß sie aber in der Frage ihrer Ferien und ihres Urlaubs zweifelsohne nach wie vor ein Bedürfnis an den Tag legen, das uns auch mit Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Interessen mit Genugtuung erfüllen kann. Ich darf also sagen, von der Tendenz her gesehen würde ich trotz dieser Abschwächung mit dem Ergebnis, zumindest soweit man bei wirtschaftlichen Fragen das Wort Zufriedenheit gebrauchen kann, doch einverstanden sein, immer von der Beurteilung her, wo sind wir vor zehn Jahren, wo wir vor fünf Jahren gestanden und wo stehen wir heute.

Meine Damen und Herren, wir haben immerhin in der Steiermark innerhalb eines Jahrzehnts unsere Übernachtungskapazität nahezu verdreifacht, von drei Millionen sind wir auf neun Millionen angestiegen. Das ist immerhin auch ein Ergebnis, auf das ich zumindest bei dieser Gelegenheit gebührend hinweisen möchte. Ich darf aber auch die drei großen Schwerpunkte nennen.

Weil immer wieder nach einem Konzept in der heutigen Diskussion gerufen wurde, möchte ich doch eines bemerken, ohne daß ich langatmig darauf eingehe, meine Damen und Herren: Eine solche Aufgabenstellung kann nicht dem Zufall überlassen werden, oder daß uns in der Früh was einfällt, daß wir sagen, am Nachmittag werden wir es machen. Hier geht es um Fragen, nicht nur eines Konzeptes, auch eines Programms, aber, meine Damen und Herren, nicht nur im Fremdenverkehr, auch in allen übrigen Bereichen unseres Lebens ist alles in Bewegung und in Fluß. Wenn wir vor zwei oder drei Jahren bestimmte Dinge geplant haben, dann merken wir, wie schnell wir umdenken, wie schnell wir einrenken, wie schnell wir unsere Kompaßnadeln neu zu orientieren haben. Das gilt für alle Bereiche des Lebens. Wer nicht bereit ist, mir das abzunehmen, dem würde ich sagen, er soll an sein eigenes Schicksal denken, um zu wissen, daß sich nichts im Leben so planen läßt. Ich glaube, Lord Keynes hat einmal gesagt: „Langfristig“ —

weil immer von langfristigen Dingen die Rede ist — „sind wir alle tot“. Das heißt also mit anderen Worten, es geht um die Dinge, die überschaubar sind, es geht um die Dinge, die wir in den Griff bekommen und es geht um die Dinge, wo auch andere bereit sind, mitzutun. Es hätte keinen Sinn und keinen Zweck, zu sagen, da muß das gemacht werden, da muß das gemacht werden. Zum Beispiel Fremdenverkehr läßt sich nicht im Grazer Landhaus machen, da müssen in den Gemeinden jene bereit sein einzusteigen, die diese Aufgabe auch gerne machen.

Wenn der Fremdenverkehr wirtschaftlich gesehen wirklich ein so lukratives Geschäft wäre, dann müßte es in diesem Lande von Gastwirten und Hoteliern wimmeln, denn dazu gehört viel Liebe, dazu gehört viel Überwindung. Da ist nicht die Möglichkeit der 5-Tage-Woche und der 40-Stunden-Woche, nicht einmal für die Bediensteten, die dort tätig sind. Da ist die Arbeit rund um die Uhr und rund um die Woche. Das wollen wir auch bei der Gelegenheit sagen, sie hat sehr viel Ähnlichkeit mit der bäuerlichen Arbeit, die herausgefordert wird in der 7-Tage-Woche. Sind wir froh, daß es noch genügend Leute in diesem Lande gibt, die bereit sind, eine solche Herausforderung und eine solche Belastung auf sich zu nehmen, meine Damen und Herren. Denn es ist sehr schön, wenn wir von Zahlen reden, wenn wir reden, was da alles geschieht und was da möglich ist. Wieviel persönliches Opfer dabei steht und drinnensteckt —, ich muß das sehr leidenschaftlich sagen —, das wissen nur diejenigen zu beurteilen, die täglich mit dieser Frage konfrontiert sind. Wir nehmen es als selbstverständlich hin, daß wir zu Mittag etwas bekommen, am Abend etwas bekommen, in der Nacht etwas bekommen, wir nehmen es als selbstverständlich hin, daß das alles geregelt ist, aber für den, der sich dort zu stellen hat, für den ist das etwas anderes.

Daher glaube ich also auch, meine Damen und Herren, sagen zu dürfen, daß wir allen Grund haben, allen jenen in diesem Lande sehr, sehr dankbar zu sein, die sich auf diesem Gebiet voll und ganz einsetzen, die dort ihr täglich Brot suchen, die dort ihr Schicksal haben und die sich dort bemühen, mit ihrer Arbeit der österreichischen Wirtschaft, der steirischen Wirtschaft und vielen anderen zu helfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren — ich sage das sehr deutlich, ich glaube, diese Ziffer muß man sagen —, wenn der gesamtösterreichische Fremdenverkehr im Jahre 1976 — jetzt haben wir die Zahlen zur Verfügung — nahezu 15 Millionen gemeldeter Gäste aufzuweisen hatte, die doppelte Einwohnerzahl Österreichs in einem Jahr, dann mögen Sie ermessen, welche Bedeutung er hat, nicht nur für die Fremdenverkehrswirtschaft, auch für unsere Vollbeschäftigungspolitik, auch für unsere Währungspolitik, auch für unsere Agrarpolitik, auch für unsere Investitionspolitik, für alle die Fragen, die heute in einer Wirtschaft ineinandergreifen müssen. Ich freue mich, daß das heute von allen Rednern übereinstimmend festgestellt wurde.

Wir haben zum Glück noch eine mittelständische Wirtschaftsstruktur, die uns vor diesen Krisen verschont hat, die wir in europäischen Ländern feststellen, wo die Strukturen sich wesentlich verschoben und verändert haben. Das ist einer der entscheidenden Gründe dafür, daß wir vor Einbrüchen in größerem Umfange bewahrt geblieben sind. Ich würde hinzufügen, diese mittelständische Struktur ist auch ein Stabilitätsfaktor unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren, und wir werden ihn dringender brauchen denn je.

Wir brauchen auch eine Abkehr gegenüber jedem Radikalismus, den wir am wenigsten brauchen könnten im Fremdenverkehr und ich stelle es mit Genugtuung fest als ein Anhänger der Sozialpartnerschaft. Was ist denn auch das Geheimnis des österreichischen Fremdenverkehrs, daß man in diesem Lande keine Streiks, keine Demonstrationen erlebt, daß man in diesem Lande, meine Damen und Herren, aufgehoben und sicher ist, daß man pünktlich alle Dinge bekommt und daß wir das als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen, ohne daß es je so sein müßte. Auch das sage ich in diesem Zusammenhang, weil ich der Meinung bin, daß es dazugehört.

Nun, meine Damen und Herren, zu diesen Feststellungen vielleicht auch ein paar Bemerkungen zu unseren Aktionen in den letzten Jahren und zu den Dingen, von denen wir glauben, daß sie für die weitere Entwicklung so notwendig sind. Da lassen Sie mich auch eine grundsätzliche Vorbemerkung machen. Ich halte die Frage der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung eigentlich für das A und O all unserer Aufgaben. Da kommt es auf eines an, daß die Wettbewerbsfähigkeit, nicht nur der österreichischen Wirtschaft unisono, auch der Fremdenverkehrswirtschaft in jeder Hinsicht gefördert wird.

Ohne das Bestehen des Wettbewerbs, und zwar gegenüber unseren Konkurrenten in aller Welt, würden wir abgehängt sein und es gibt Signale dafür — täuschen wir uns nicht darüber hinweg —, daß die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, auch der Fremdenverkehrswirtschaft, da und dort in Frage gestellt ist. Die Folgen, die sich damit einstellen würden, von denen können sich nur die eine Vorstellung machen, die schon einmal in diesem Lande ähnliche Erscheinungen in den 30er Jahren erlebt haben.

Meine Damen und Herren, wir leben davon, was wir in das Ausland verkaufen, ob direkt oder indirekt. Davon leben wir, das ist unser wirtschaftlicher Erfolg. Ein so kleines Land ist daher abhängig von so vielen Dingen. Aber wenn auf den ausländischen Märkten viele andere auftreten, dann ist es gar keine Frage, daß nur der im Vordergrund stehen wird und daß nur dem abgekauft wird, der besser und der billiger anbietet. Ohne diese beiden Faktoren kann er einpacken. Daher ist es gar keine Frage, daß auch für den Fremdenverkehr alle Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit diese Wettbewerbsfähigkeit erreicht wird, damit wir besser und billiger verkaufen können, damit wir nicht nach dem Grundsatz Quantität,

sondern Qualität vorgehen, oder noch besser mit einem sehr einfachen Wort, nicht mehr in allem, sondern besser. Das ist, glaube ich, für mich die Maxime und auch für meine Freunde und Mitarbeiter im steirischen Fremdenverkehr im wahrsten Sinne des Wortes vom Dachstein bis zu den Rebenhängen, die allé hier mittun.

Wir haben daher nicht nur unsere Infrastruktur ausgebaut, wenn ich von den drei großen Aufgabenstellungen des steirischen Fremdenverkehrs reden will, von der Förderung, von der Kreditaktion und von der Werbung. Das sind die drei, würde ich sagen, Heeressäulen, auf denen der steirische Fremdenverkehr marschiert und mit denen er sich täglich auch auseinandersetzen hat. Wenn es die Infrastrukturen sind, ob es unsere Hallenbäder, unsere Freibäder sind, ob es unsere Badeseen sind, unsere Tennisplätze, unsere Freizeitzentren. Da bin ich bereits bei einer Beantwortung, die hier gestellt wurde.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren eine Reihe von Hallenbädern gebaut. Neu hinzugekommen sind Mariazell, Murau, Bad Aussee und nun jüngst Feldbach. Ich darf aber auch zu den Hallenbädern das sagen, was ich am Landesfremdenverkehrstag gesagt habe. Wir können investieren und die Investitionskosten mitfordern, aber niemals wäre es denkbar, aus Landesmitteln die Folgekosten mitzutragen. Das ist nicht möglich und nicht denkbar. Wir sagen das auch jedem Investor. Wir werden das in Zukunft auch so beibehalten. Es muß daher jeder wissen, was der Betrieb kosten wird. Wir verlangen ohnehin sehr kritische Rentabilitätsberechnungen, wir verlangen genaue Planungen, und wir schleppen das manchmal sehr lange hin, so daß jeder verpflichtet ist, sich auch selber mit der Materie zu beschäftigen, damit er spürt: „Hoppla, in der Frage muß ich durchziehen, ehe ich Landesmittel in Anspruch nehmen kann.“ Aber auch diese Hallenbäder sind mit ein Teil des Bestehens der Konkurrenzfähigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit.

Es sind ein paar Projekte im Gange. Wir werden zum Beispiel das Schotterabbaugelände im Leibnitzer Feld in einen großen, vielleicht den größten künstlichen Badensee der Steiermark verwandeln mit einer Wasserfläche von 100 ha und mit etwa 50 ha Freizeitfläche für alle übrigen Versorgungsanlagen und was wir dazu brauchen. Es ist ein mehrjähriges Projekt. Wir haben bereits die notwendigen Vorplanungen eingeleitet, die notwendigen Gespräche abgeführt und auch, was ich mit Dankbarkeit vermerke, die ersten finanziellen Mittel im Landesvoranschlag 1977 eingesetzt. Ich verspreche mir von diesem Projekt, meine Damen und Herren, gerade auch am Rande der Landeshauptstadt nicht nur einen Naherholungsraum, sondern selbstverständlich ein ganz modernes Fremdenverkehrszentrum, das in meinen Augen die gleiche wirtschaftliche Bedeutung hat wie das Philips-Werk, das daneben steht. Das wage ich heute schon zu prophezeien, und wenn Sie nicht bereit sind, mir das abzunehmen, dann sage ich ein Beispiel aus der Oststeiermark.

Wir haben den Stubenbergsee hingebaut. Stubenberg hatte im Jahre 1970 kaum 8000 Übernachtungen, sechs Jahre später, nämlich im heurigen Jahr, und zwar im Sommer, hat die Gemeinde Stubenberg mit diesem See die 100.000er-Übernachtungsgrenze erreicht. Eine Verzehnfachung der Kapazität.

Das heißt, wir haben eine wirtschaftliche Ausrüstung betrieben, meine Damen und Herren, die in nichts einer Ausrüstung auf dem industriellen Sektor nachsteht, im Gegenteil, sogar in vielen Dingen diese Dinge überholt hat.

Es wird sehr oft immer wieder gesagt, ja wo kann man das ablesen. Am sichersten kann man es ablesen an der Steuerkraftkopfquote, und ich sage Ihnen, zugegeben, daß es ein Extrembeispiel ist, daß etwa im Jahre 1975 die Steuerkraftkopfquote einer bedeutenden steirischen Stadt wie Kapfenberg, mit einem der, würde ich sagen, bedeutendsten Stahlwerke, das es in Mitteleuropa gibt, bei etwa 4500 Schilling gelegen ist. Die Steuerkraftkopfquote der Bergbauern- und Fremdenverkehrsgemeinde Ramsau hat im gleichen Jahr 1975 6200 Schilling betragen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Antwort gegeben, welche Bedeutung der Fremdenverkehr auch für in Gemeinwesen hat und warum wir uns sagen: Dort, wo er sich anbietet und wo wir die Chance besitzen, werden wir ihn selbstverständlich aufrüsten. Wir können ihn nicht überall und in jeder Gemeinde aufrüsten, weil es gar nicht wünschenswert erschiene. Aber dort, wo er sich anbietet, werden wir selbstverständlich so verfahren.

Wir haben weiters vor, und das war die Frage, glaube ich, vom Herrn Abgeordneten Dr. Strenitz, auch im Grazer Feld diese Schottergruben zu Badeseen zu gestalten. Es ist hier übrigens bereits ein Projekt voll im Gange, von dem ich glaube, daß wir es, wenn es halbwegs klappt, bereits im nächsten Frühjahr, und zwar in einer Größenordnung von 30 ha Wasserfläche, in Betrieb werden nehmen können. Hier hat sich allerdings ein Privater exponiert. Ein Schotterwerksbesitzer, dem ich den Rat gegeben habe: „Probieren Sie es, Sie könnten hier“ — auch weil er an seine Kinder gedacht hat — „sogar selbst ein wirtschaftliches Zentrum, ein Erholungszentrum aufbauen, das Bedeutung hat.“ Er ist das voll angegangen. Also auch hier ist etwas in Entwicklung. Damit rekultivieren wir auch ein Gebiet, von dem ich glaube, daß wir es so nicht stehenlassen können. Das nächste wäre, daß der Müll hingeschüttet wird, und das nächste wäre, daß das eine entsetzliche Gstätten ist. Damit ist es rekultiviert, und ich glaube, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Nun, was die Frage des Thalersees anlangt, darf ich Ihnen dazu folgendes sagen: Auch hier ist bereits die zuständige Fachabteilung am Werk. Sie erarbeitet jetzt ein Projekt. Ich bin — es ist das ja ein privater Besitzer —, wenn die Gemeinde Thal bereit ist, in dieser Frage mit uns gemeinsam etwas zu unternehmen, dann zu einer Förderung auch auf dem Gebiet bereit. Aber ich darf nur eines

sagen, es wäre nicht denkbar, daß das Land Steiermark diesen See kauft oder ihn betreibt, sondern das müssen die machen, die dort in der Gemeinde über den See verfügen, und er ist zweifelsohne eine Attraktion, er gehört nur veredelt und verbessert. Wenn wir das Projekt haben — ich hoffe, daß das innerhalb der nächsten Monate der Fall sein wird —, werden wir die notwendigen Gespräche führen.

In der Frage der Weihermühle, darf ich Ihnen mitteilen, haben wir bereits die notwendigen Gespräche vor allem mit der Frau Bürgermeister Zirngast geführt. Obwohl die Weihermühle nicht in ihrer Gemeinde liegt — weil das zur Gemeinde Eisbach-Rein gehört —, ist sie bereit, in dieser Frage etwas zu unternehmen, und ich habe ihr auch die Unterstützung des Referates in dieser Frage, und zwar auch die finanzielle Unterstützung zugesagt, weil ich der Meinung bin, es gehört zum Naherholungsraum, und wir wollen darauf nicht verzichten.

Nun zur Frage weiterer Projekte, wie etwa der Ausbau des Kurzentrums Loipersdorf. Meine Damen und Herren, hier sind die notwendigen Planungen im Gange. Wir hoffen, daß wir, wenn alles halbwegs klappt, im Frühjahr mit dem Baubeginn einsetzen können. Wir werden damit in der Oststeiermark in einem Gebiet, das wirtschaftlich aufzurüsten ist, zweifelsohne eine neue Attraktion zur Verfügung haben. Ich lege Wert auch auf die Feststellung, gerade auch von hier aus: Das ist keine Konkurrenz gegenüber bestehenden Kurorten, weil die Möglichkeiten, die wir dort anbieten, keine gleichen sind, sondern, ich gebe zu, wir denken dabei, bestimmt eine gewisse ausländische Konkurrenz ein bisserl zu bekämpfen. Mir wäre es wünschenswert, wenn dieselben Fahrzeuge, die wir, zu 80 Prozent von Steirern bevölkert, nicht weit von der Staatsgrenze sehen, sich dann in Loipersdorf sehen lassen würden. Ich glaube, daß das möglich sein wird.

Wir haben weiters in Vorbereitung, meine Damen und Herren, den Ausbau des Asthmastollens in Oberzeiring. Auch hier sind die finanziellen Voraussetzungen geschaffen. Sie sind auch im Budget 1977 enthalten. Mit dem Bürgermeister und der Gemeinde ist die Gründung einer Gesellschaft abgesprochen, und ich glaube, daß wir auch hier eine neue Attraktion dem steirischen Fremdenverkehr zur Verfügung stellen werden können.

Im Winterfremdenverkehr geht es um die Frage der Abrundung des Angebotes. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß wir nicht mehr uns danach reißen werden, neue Gebiete zu erschließen oder weitere Anlagen, sondern nur mehr Anlagen dort, wo wir es zur Abrundung unseres Angebotes benötigen.

Es werden demnächst in Betrieb genommen ein neuer Doppelsessellift in Aflenz Kurort auf die Bürgeralm, übrigens ein traumhaft schönes Projekt, und der neue Doppelsessellift auf das Karnock auf der Turracherhöhe.

Überlegt haben wir in der letzten Aufsichtsratsitzung vor wenigen Tagen auch die Frage einer weiteren Erschließung der Planai. Ich würde sagen,

das ist ein Riesenprojekt, auch im Investitionsvolumen, aber ich glaube, daß wir bei kritischer Prüfung sagen müssen, und es besteht hier weitgehend Übereinstimmung, daß wir in dieser Frage zweifelsohne auch die Bettenkapazität in der Dachstein-Tauern-Region damit auch im Auslastungsfaktor heben können. Das ist ein Wunsch, von dem ich glaube, daß er sich mit der weiteren Erschließung der Planai treffen wird.

Meine Damen und Herren, damit darf ich vielleicht noch ein Wort sagen zu den Fragen, die von Diskussionsteilnehmern hier angeschnitten wurden. Ich bin dem Abgeordneten Bürgermeister Lind sehr dankbar, wenn er ein Wort zum oststeirischen Fremdenverkehr gesagt hat. Es ist erstaunlich, daß die Oststeiermark innerhalb der letzten Jahre im Fremdenverkehr einen sehr bedeutsamen Aufschwung genommen hat. Wir haben im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr in der Oststeiermark die 2-Millionen-Übernachtungsgrenze überschritten. Das ist ein Erfolg, von dem ich sagen kann, daß er gerade der Oststeiermark auch weitere wichtige wirtschaftliche Impulse verliehen hat, und hier zeigt sich das auch, obwohl es überwiegend nur ein-saisonal ist, bitte das zu bedenken. Wir haben hier kein Winterangebot, sondern nur im bescheidenen Umfange, es ist in der Hauptsache die Sommersaison, es ist in der Hauptsache vor allem der Naherholungsraum unserer Bundeshauptstadt.

Ich glaube, wir können sagen, daß die Oststeiermark hier zweifelsohne alle Chancen genützt hat, die überhaupt möglich und denkbar sind. Ich kann nur sagen, daß es ein Gebiet mit Bürgermeistern, mit Fremdenverkehrsbetriebsinhabern, mit Fremdenverkehrsobmännern, die man nicht anschieben muß, sondern die man unter Umständen eher in der Aktivität da und dort bremsen müßte, hier geschieht unendlich viel, das Ergebnis zeigt es auch sehr deutlich.

Was nun die Frage der Arbeitsplatzsicherung anlangt, meine Damen und Herren, ich darf heute dem Landtag auch eine Mitteilung mit großer Freude machen. Ich gehöre einer Generation an, die sehr bewußt die dreißiger Jahre erlebt hat, und für mich wird es ein Traum bleiben, solange ich lebe. Es gibt nichts Schrecklicheres, als zu wissen, daß Hunderttausende, die arbeiten wollen und arbeiten können, das nicht können, weil uns einfach eine Tragödie damals erreicht hat. Ich glaube, es ist unsere gemeinsame Aufgabe, und da kann jeder Wettbewerb und jeder edle Wettstreit einsetzen, daß wir unsere Kraft einsetzen, daß wir Arbeitsplätze sichern, Arbeitsplätze schaffen und daß wir alles tun, um jedem in diesem Lande eine Chance zu geben, daß er sich bewerben kann und daß er einer Arbeit nachgehen kann. Auch wir mit der Fremdenverkehrspolitik, meine Damen und Herren, haben in den letzten Jahren 3600 Arbeitsplätze im steirischen Fremdenverkehr neu geschaffen. Auch ein Erfolg, auf den ich in diesem Zusammenhang gebührend hinweisen möchte, weil ich glaube, daß wir damit auch einen sehr entscheidenden Beitrag für die steirische Arbeitsplatzsicherung geleistet haben.

Nun ein Wort zu Ihnen, Herr Abgeordneter Laurich, zur Frage der Bettenkapazität. Ich darf Ihnen sagen, daß ich der Meinung bin, mit 104.000 Betten haben wir auch hier ein sehr beträchtliches Kontingent erreicht. Auch hier geht es uns darum, wir steuern Kredite und Förderungen, soweit wir das beeinflussen können, darnach, daß wir auch hier nicht: „Mehr!“, sondern „Besser!“ sagen. Wir werden das auch — das zeigt sich ja auch in den Budgetansätzen — weiter verfolgen, weil es immer wieder darum geht, die Qualität Zug um Zug zu verbessern.

Da geht es naturgemäß um den Auslastungsfaktor, das ist das A und O. Ich darf nur eines sagen, hier kann man keine landeseinheitliche Betrachtung vornehmen, weil ich Ihnen sofort zehn Gemeinden nennen kann, wo wir einen Auslastungsfaktor von 50, 60 Prozent haben, und leider auch Gemeinden, wo wir kaum auf 20 Prozent kommen. Aber das hängt von der Möglichkeit zweier Saisonen oder nur einer Saison, und es hängt natürlich — ich muß es leider sagen —, auch zum Teil von der Meldedisziplin ab. Da und dort stimmt es leider auch nicht. Ich würde sagen, wenn wir halbwegs auf dem Gebiet Ordnung hätten — ich weiß schon, was die Ursachen sind —, dann, glaube ich, hätten wir die Zehnmillionengrenze schon längst amtlich auch überschritten. Aber ich sage nur, es ist das nur eine Feststellung und ich glaube, daß wir sagen müssen, auch hier gilt dasselbe.

Was die Frage der Mindestausstattung anlangt, so darf ich Ihnen eines sagen. Da gibt es erstens einmal die Verordnung des Handelsministeriums, und wir haben bei der Privatzimmeraktion auch Richtlinien, die die Landesregierung beschlossen hat, in denen eindeutig festgehalten ist, welche Auflagen man erfüllen muß, wenn man in den Genuß einer Förderung kommen will. Das ist gegeben.

Hier wurde der Wunsch nach einem Privatzimmervermietungsgesetz angemeldet. Ich bitte schön, ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich bin kein Freund von vielen Gesetzen. Es nützt nichts, alles zu reglementieren, das entspricht nicht meiner Lebensphilosophie. Ich kann also nur sagen: Ich gebe zu, man wird darüber reden müssen, ich will das nicht bestreiten, aber ich habe einen Horror, wenn alles gesetzlich geregelt werden muß. Aber bitte die persönliche Auffassung in der Demokratie darf man doch sagen, ohne Gefahr zu laufen, daß sich der Polizist um die Ecke meldet.

Was die Frage, Herr Abgeordneter Laurich, anlangt, des Fremdenverkehrskonzeptes, ich habe mit dem, was ich jetzt schon gesagt habe, mehr beantwortet, als in dieser Fragestellung drinnen gelegen ist. Ich darf daher sagen, hier kann nichts dem Zufall überlassen werden und ich stütze mich dabei — sehr unbescheiden — auf eigene Erfahrungen und natürlich auch erfreulicherweise auf die Erfahrungen bewährter Mitarbeiter, nicht nur in der Abteilung, sondern bewährter Mitarbeiter überall im Lande. Ich kann sagen, da habe ich es mit einem sehr begeisterten Korps zu tun. Ich glaube, das darf ich bei dieser Gelegenheit vermerken, wobei

ich aber immer gerne bereit bin zu sagen: (Abg. Laurich: „Herr Landeshauptmann, wir würden gerne mitsingen, es soll kein Solo sein!“) Ich verstehe schon, es ist nur ein Glück, daß ich durch eine Kriegsverletzung links so schlecht höre (Heiterkeit — Abg. Laurich: „Bedauerlich!“) Jeder Mensch soll ein vorteilhaftes Leiden haben. (Heiterkeit)

Nun zur nächsten Frage, die ja hier gestellt wurde und die ich auch in meinem Manuskript drinnen habe, in meinem Drehbuch. Es ist die Frage des Fremdenverkehrsgesetzes. Meine Damen und Herren und Herr Abgeordneter Laurich, ich darf sagen, der Entwurf des Fremdenverkehrsgesetzes ist fix und fertig, ich habe bereits Gelegenheit gehabt, ihn dem Herrn Landeshauptmann vorzutragen. Wir haben ihn in einer Vorstandssitzung des Fremdenverkehrsverbandes diskutiert, haben auch dort eine Reihe von Anregungen aufgenommen, aber — jetzt kommt es —, meine Damen und Herren, der harte Kern dieses Gesetzes ist die Einführung einer neuen Abgabe. Da hat es keinen Sinn, herumzudeuten und herumzureden, das ist der Fall. (Abg. Pözl: „Das sind die Roten eh gewohnt!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Du, Pözl, aber wir nicht!“) Nun ist mir folgendes aufgefallen. Zuerst haben sie alle nach diesem Gesetz gerufen, verständlicherweise, und dann, als wir bei dieser Vorstandssitzung zusammengesessen sind und darüber diskutiert haben, habe ich auf einmal gemerkt, wie bei einem Teil der Mitglieder des Vorstandes das Thermometer, die Temperaturen etwas heruntergegangen sind und am Ende habe ich gemerkt, das ist sehr abgekühlt.

Auch am letzten Fremdenverkehrstag in Radkersburg wurden von den Vertretern der gewerblichen Wirtschaft, vor allem von der Sektion Fremdenverkehr, in der Kammer die Bedenken angemeldet. Ich teile diese Bedenken, ich kann das nicht bestreiten, weil ich zur Frage weiterer Abgaben gerade auch in der Fremdenverkehrswirtschaft auch sage, man kann nicht auf die Dauer verlangen, haltet Preisdisziplin, macht's nichts auf dem Gebiet, aber nehmt auf der anderen Seite unentwegt neue Belastungen hin. Das geht nicht und das ist nicht möglich.

Ich habe so deutlich und so leidenschaftlich gerade die Frage der Wettbewerbsfähigkeit zum Ausdruck gebracht. Das ist auch ein Bestandteil davon, daß wir, wo es möglich ist, Belastungen wegnehmen und nicht neue Belastungen auferlegen. Das nutzt einmal nichts, da stehen wir harten wirtschaftlichen Realitäten gegenüber und daher, bitte, sage ich gleich, es wird die Frage der Einbringung dieses Gesetzes noch einer sehr kritischen Prüfung unterzogen, denn ich bin der Meinung, daß wir das nicht übersehen sollen. (Abg. Ing. Turek: „So kann man ein Gesetz umbringen!“)

Nun ein Wort, meine Damen und Herren, zu den Werbemaßnahmen, und damit bin ich in der Zielgeraden. Ich will nicht meine Zeit überschreiten. Ich halte mich hier doch an eine Ordnung und auch an Vorbilder. Meine Damen und Herren, wir haben auch in den Werbemaßnahmen nicht nur verstärkt Verschiedenes eingesetzt. Wir haben für 1977 rund

30 Millionen Schilling für den Werbeeinsatz des steirischen Fremdenverkehrs zur Verfügung. Das ist auch ein Wesentliches an Mehr, weil wir auch verstärkt auftreten müssen und zwar nicht nur im Inland. Wir werden verstärkt auftreten in der Bundeshauptstadt, in Oberösterreich, in Niederösterreich, in Salzburg. Es hat sich nämlich sehr deutlich gezeigt, daß der innerösterreichische Gast einen Trend in die Steiermark aufweist. Warum? (Abg. Hammerl: „Wir haben so viele Gewerkschaftsheime da!“) Auch, selbstverständlich. Wir haben noch nie einen Gast nach dem Parteibuch empfangen. (Heiterkeit — Abg. Ileschitz: „Das ist kein Parteibuch das ist eine Rolle!“) Selbstverständlich, da bin ich absolut konform.

Ich darf also sagen, daß wir gerade auch hier in diesem Zusammenhang deshalb darauf Wert legen, ein Inländerfremdenverkehrsland zu sein, weil wir seit neuestem durch eine Aktion des Handelsministeriums die Vergleichszahlen anderer europäischer Fremdenverkehrsländer zur Verfügung haben. Ich habe immer die Meinung gehabt, obwohl ich mich damit sehr intensiv befasste, daß in Frankreich der Inländerfremdenverkehr keine Rolle spielt oder in der Schweiz oder in Italien. Ich habe zu meiner Überraschung festgestellt, in Frankreich, in der Schweiz, in Italien ist der Inländerfremdenverkehr vorrangig, vor dem Ausländerfremdenverkehr. Selbstverständlich. Sie finden auch nichts daran. Aber bei uns hat sich da und dort in bestimmten Bundesländern eine Einstellung eingeschlichen, ein innerösterreichischer Gast hat dort eigentlich nichts verloren. Da darf ich eines sagen: Den Fehler werden wir nicht begehen, sondern gerade hier werden wir den Inländerfremdenverkehr, und ich lege Wert auf diese Feststellung, kultivieren. Auch mit der Unterstützung, die wir erfreulicherweise in diesem Zusammenhang aus allen Möglichkeiten, die sich uns bieten, erfahren. Wir werden daher verstärkt werben, verstärkt antreten, und ich glaube, daß wir in diesem Zusammenhang zweifelsohne neue wirtschaftliche Impulse in der Steiermark setzen können.

Meine Damen und Herren, das war im Schnellzugstempo. (Abg. Gerhard Heidinger: „Was?“ — Heiterkeit — Abg. Dr. Heidinger: „Kollege Heidinger, das war der Oststeirer!“ — Abg. Ing. Turek: „Das war mit dem Peltzmann seinen Landesbahnen!“) Eine Vorlage dessen, was uns im steirischen Fremdenverkehr bewegt. (Abg. Ing. Turek: „Das war mit den Landesbahnen vom Peltzmann! Alles nur relativ!“ — Landesrat Peltzmann: „Keine negativen Äußerungen!“) Ich will jetzt keine unfreundliche Bemerkung machen, weil ich gerade eine so persönliche Note angeschlagen habe, weil der Fremdenverkehr alle angeht. Aber, wie gesagt, mit dem Tempo aufzunehmen, bitte, da nehme ich jede Herausforderung an.

Und nun, meine Damen und Herren, darf ich von dieser Stelle aus am heutigen Abend einer bewährten Mitarbeiterin der Fremdenverkehrsabteilung ein herzliches Danke sagen, der Frau Oberregierungsrat Dr. Erna Prokl, die mit Ende des Jahres in den wohlverdienten Ruhestand tritt. Sie

ist seit mehr als zweieinhalb Jahrzehnten in der Fremdenverkehrsabteilung und ich gestehe, daß sie nicht nur eine exzellente und mit reichen Fachkenntnissen ausgestattete Mitarbeiterin war, sondern ich gestehe auch, daß sie eine Mitarbeiterin war, wie ich sie nur jedem wünschen kann, der in der Landesregierung Mitarbeit sucht und Mitarbeit braucht. Nicht nur an Können, an Fleiß, sondern auch an Loyalität, mit einem Wort, eine vorbildliche Mitarbeiterin, der ich von dieser Stelle aus ein herzliches Danke sagen möchte. (Allgemeiner Beifall.)

Auch in der Zielgerade ein herzliches Danke nicht nur den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung, ich stehe nicht an, auch einen herzlichen Dank vor allem dem Herrn Landeshauptmann, der mir da und dort ein Äuglein zgedrückt hat, (Abg. Gerhard Heidinger: „Sonderklima!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Ich bin ja ein vom Fremdenverkehr Betroffener!“) und Herrn Kollegen Dr. Klausner im Sinne guter konstruktiver steirischer Zusammenarbeit, ich bin ein Anhänger davon. (Heiterkeit) Ja, miteinander geht es leichter, ihr werdet schon daraufkommen, wie wir das noch brauchen werden, braucht's gar nicht lachen, ihr werdet noch staunen. (Landesrat Dr. Klausner: „Ich werde gleich in volle Deckung gehen!“) Auch ein herzliches Danke dem Finanzreferenten für so manches Verständnis. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das kostet immer etwas, wenn du ihm dankeschön sagst. Da muß ich aufpassen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Was hat er angestellt, daß Sie ihn so behandeln?“ — Heiterkeit — Landesrat Peltzmann: „Ich habe gar nicht gewußt, daß wir einen zweiten Finanzreferenten haben!“ — Abg. Pözl: „Das seid ihr anscheinend nicht gewohnt!“ — Landesrat Dr. Klausner: „Das sind die Hackl ins Kreuz!“) Ich beantworte das wie folgt: Solche Beziehungen können keine Einbahnstraße sein. Nun, meine Damen und Herren, bin ich am Ende. Ich danke sehr, daß Sie mir zugehört haben. Was ich Ihnen wünsche, ist gute Erholung in der Steiermark. Komm gut heim. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Wir kommen zum dritten und letzten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Ich erteile dem Abgeordneten Pözl das Wort.

Abg. Pözl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat uns mitgeteilt, wie wichtig die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr sind, vor allem aus dem Ausländerfremdenverkehr, und welcher großen Wirtschaftszweig der Fremdenverkehr darstellt. Ich kann es nur bestätigen.

Die Einnahmen aus dem Ausländerfremdenverkehr müssen vorhanden sein, damit Österreich überhaupt in der Lage ist, seine Einfuhren zu bezahlen. Denn das Exportieren österreichischer Waren in das Ausland ist schwieriger geworden. Seit über einem Jahr verkaufen österreichische Produzenten, darunter vor allem auch die verstaatlichte Industrie in

Osterreich, zu niedrigeren Preisen als ein Jahr vorher. Von Jänner bis Ende September 109.600 Millionen Schilling. Eine gigantische Zahl. Aber die Einfuhren waren im gleichen Zeitraum um 26.000 Millionen größer. Daher die Notwendigkeit der Mittel aus dem Ausländerfremdenverkehr.

Die Gesamteinfuhr von Jänner bis September des heurigen Jahres ist Gott sei Dank steigend. Aber ich wiederhole noch einmal. Es ist alarmierend, denn die Preise sind gefallen. Unsere österreichische Exportindustrie verkauft zum Teil mit Preisen aus dem Jahre 1973. Wenn das nicht der Fall wäre, dann wäre der Umsatz zurückgeblieben und es würde die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr noch größer geworden sein.

Laut OECD-Bericht und einem Bericht des Institutes für Wirtschaftsforschung trägt die Währungspolitik der Bundesregierung die Hauptschuld dafür. Das ist ohne Vorwurf gesagt, es ist eine sachliche Feststellung.

Wo liegt die Ursache? Unsere Exportstruktur ist in Osterreich eine sehr einseitige, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, 100 Firmen exportieren fast zwei Drittel österreichischer Waren ins Ausland. Die zehn größten Firmen Osterreichs, das sind 0,2 Prozent der Exportfirmen, haben im Vorjahr 25,8 Prozent exportiert. In der Steiermark befinden sich von den 4790 Exportfirmen, die die österreichische Statistik 1973 ausgewiesen hat, 497. Auch hier haben wir eine Struktur, die sehr auffallend ist. Aus der Statistik 73 ist ersichtlich, daß in der Steiermark ein überdurchschnittlicher Anteil an Großexportfirmen vorhanden ist. Und zwar befinden sich von den zehn größten österreichischen Exportfirmen sechs in der Steiermark. Mit einem Wort, zirka 100 Firmen oder 0,2 Prozent aller Exportfirmen Osterreichs haben im Vorjahr fast zwei Drittel des Exportes durchgeführt. Es ist sehr interessant, wenn man sich die Ziffern genau ansieht, daß 1900 Firmen, das sind 41 Prozent, bis zu einer Million Schilling exportieren und es nur wenige Firmen gibt, die über 100 Millionen exportieren. 136 solche Firmen hat Osterreich.

Diese Struktur ist es, die uns ja auch so zu schaffen macht, weil sie dadurch viel empfindlicher wird, als wenn es eine breite Basis an Mittelstandsbetrieben gibt, die sich am Export besonders beteiligen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe schon eingangs erwähnt, daß in den ersten neun Monaten des Jahres 109 Milliarden Schilling exportiert wurden. Dabei möchte ich nicht verhehlen, daß wir in einigen Ländern wesentliche Rückgänge zu verzeichnen hatten, und zwar in Finnland 2 Prozent, in Großbritannien 3 Prozent, in Ungarn 3 Prozent, in der Tschechoslowakei 4 Prozent, in Jugoslawien 12 und in Ostdeutschland 19 Prozent. Der Rückgang des Exportes nach England hat beinahe fünf Milliarden Schilling ausgemacht.

Man sieht daraus, wie abhängig die Währungspolitik Osterreich beim Export macht. Von allen Waren, die in Osterreich erzeugt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden rund 22 Prozent ins Ausland verkauft. Das heißt, jeder

fünfte Arbeitsplatz nach der Statistik in der Warenproduktion ist für den Export tätig, oder der Arbeitsplatz ist unmittelbar von den Vorgängen um den Export berührt. Daher ist der Export keine einseitige Frage der Unternehmer oder der gewerblichen Wirtschaft, sondern Export ist sehr eng mit dem Arbeitsplatz und mit dem Mitarbeiter im Betrieb verbunden und darf unter gar keinen Umständen ein politisches Problem werden.

Der Exportring der gewerblichen Wirtschaft in der Steiermark bemüht sich gerade für Mittelstandsbetriebe in der Steiermark um die Förderung des Exportes. Besonders im EWG-Raum, unser größter Partner, größte Abnehmer Osterreichs, befindet sich auch der größte Abnehmer, die Bundesrepublik Deutschland. Der Steiermärkische Landtag hat neun Jahre hindurch im Landesbudget mit der Beschlußfassung über die Zuweisungen den Exportring und dessen Bemühungen unterstützt. Ich möchte daher den Damen und Herren Abgeordneten, aber auch den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung, an der Spitze dem Landeshauptmann Dr. Niederl, für diese tatkräftige Unterstützung im Namen des Exportes herzlich danken.

Landeshauptmann Dr. Niederl hat keine Gelegenheit versäumt, wenn österreichische Handelsdelegierte bei ihren Firmensprechtagen in Graz waren, um sich mit diesen Herren, ob sie nun Länder des Ostens oder des Westens vertreten, ob sie in Asien oder in Afrika oder im arabischen Raum ihre Dienststellen haben, zu unterhalten, um sich über die Situation des österreichischen Exportes, aber auch über die Situation der einzelnen mittelständischen steirischen Exportfirmen in diesem Raum, aus dem die Herren gekommen sind, zu informieren.

Der Herr Landeshauptmann hat sich aber auch vor allem über die Auswirkung der österreichischen Währungspolitik auf den verschiedenen Märkten informiert. Vor einigen Wochen waren die Handelsdelegierten aus Mitteleuropa hier und haben genau die Situation geschildert, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, in Holland, in der Schweiz gesehen wird, damit Osterreich in Zukunft die Möglichkeit hat, diesen Exportanteil zu halten. Der handwerkliche Export, also der mittelständische Export, im Jahre 1975 war etwas über neun Prozent oder zirka zwölf Milliarden Schilling. Hier geht es besonders darum, das zu fördern.

Der Exportring bemüht sich im kommenden Jahr, dank der Unterstützung durch den steirischen Landtag, in der Bundesrepublik Deutschland mit der Errichtung einer Verzellungs- und Verkaufsstelle für österreichische Waren günstigere Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Dies könnte für den EWG-Raum ein Stützpunkt werden, gerade ein Stützpunkt für die mittelständischen Betriebe. Die Kosten sind noch nicht ganz bekannt. Meine Damen und Herren, es ist möglich, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei im Laufe des nächsten Jahres um eine Erhöhung der heute zu bewilligenden Mittel für die Errichtung dieser Verzellungs- und Verkaufsstelle ansuchen. Ich bitte

Sie jetzt schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Ihre Unterstützung, und ich bin gewiß, daß alle Parteien in diesem Hohen Haus von der Notwendigkeit der Sicherung der Arbeitsplätze gleich überzeugt sind. Wir vom Exportring werden uns bemühen, das in unserer Macht Stehende hiebei beizutragen. (Beifall)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Abgeordneten Pinegger.

Abg. Pinegger: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Immer, wenn die drei Tage der Budgetdebatte ausklingen, steht das Kapitel Wirtschaft hinsichtlich seiner Betrachtungsweise am Ende, obgleich die Wirtschaft der Motor ist, der unser soziales Gefüge trägt und für unseren Lebensstandard bestimmend ist.

Meine Damen und Herren, muß es uns nicht beunruhigen, wenn das spärliche grüne Licht, das im ersten Quartal des Jahres 1976 hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung aufleuchtete, nun allmählich wieder verblaßt, denn die Ankündigung der EG-Gemeinschaft in Brüssel deutete, bezogen auf das Wirtschaftswachstum 1977/78, darauf hin. Diese Wirtschaftsexperten zeichnen absolut kein Bild, das uns berechtigt, große Hoffnungen zu hegen.

Nunmehr, meine Damen und Herren, was den Bezirk Voitsberg und die weststeirische Region anbelangt, reagiere ich sehr empfindlich auf diese Ankündigungen, was ja nicht verwunderlich ist, nachdem wir ja diese Situation der Rückschläge registriert haben und verschiedentlich leider schon damit vertraut sind. Ich glaube, auch die Ankündigung des Herrn Landesfinanzreferenten, der in seiner Budgeteinbegleitungsrede die Bemerkung machte, daß der Slogan „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ längst schon in die Schublade gehöre, hat uns erregt, und ich glaube, daß gerade die Stadtgemeinde Köflach und Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, die Sie sich ja an Ort und Stelle erkundigt haben, sicher von diesen Sorgen informiert sind. Sie spiegeln sich wider in unserem Heimatblatt. Die Erhaltung der Arbeitsplätze ist vorrangig.

Bei uns geht es gar nicht mehr um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern überwiegend um die Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze. Der Bezirk Voitsberg hat seit dem Schließen der Juniorwerke und anderer kleinerer Unternehmungen längst schon diese Hoffnung auf Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten aufgegeben. Nunmehr geht es, wie ich angedeutet habe, um die Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, Sie haben ja selbst, und ich habe es vorhin schon angedeutet, anlässlich eines Besuches nicht en detail, sondern das erste Mal, meine lieben sozialistischen Kollegen, en gros unseren Bezirk bereist und haben auch die Erkenntnis gewonnen, daß diese Schwierigkeiten echt gegeben sind. Meine Damen und Herren, Sie haben anlässlich des Besuches der Glashütten in unserem Raum sowohl mit den Arbeitnehmerver-

tretern als auch mit den Unternehmensleitungen Kontakt aufgenommen.

Sie haben die Information erhalten, daß nach wie vor, lieber Herr Kollege Hammerl, als lieber Gast in unserem Bezirk, die Situation längst nicht bereinigt ist. Ich glaube, es wäre sicher für den Bezirk erfreulich gewesen, wenn Sie anlässlich Ihrer Erkundungsfahrt dort auch die Aussage machen könnten, daß die ERP-Mittel für Investitionen in der Glasindustrie vom Bund her gesichert seien und daß diese 40 Millionen ERP-Mittel, die beantragt wurden, für 70 Prozent der Investitionen im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen, der Glasindustrie zur Verfügung stünden.

Ich darf hier auf ein Schreiben unseres geschätzten Herrn Landeshauptmannes Dr. Niederl, das an Bundeskanzler Kreisky ergangen ist, verweisen, nur einen kurzen Satz daraus: „Selbstverständlich werde auch ich in der Steiermark Vorsorge treffen, daß die Landesförderung für diese Hilfestellung angeboten wird.“ In einem weiteren Schreiben von Staatssekretär Veselsky lautete es, daß in der 78. Sitzung der ERP-Kreditkommission am 8. April des Jahres 1976 absolut die Möglichkeit in Frage gestellt wurde, diesen Kredit zur Verfügung zu stellen. Das ist die Tatsache. So schwebt also nach wie vor diese Schließung der Glashütte im Raum.

Ich darf aber weiter, meine Damen und Herren, auch darauf hinweisen, daß die Ziegelwerke in diesem Raum auf Grund des Rückganges der Auftragslage in Schwierigkeiten geraten. Das Bau- und Nebengewerbe, auf Grund einer letzten Information, kämpft um Aufträge, zumal die Aufträge der öffentlichen Hand in dem Ausmaße nicht gegeben sind. Ich darf hier als Bürgermeister nur erwähnen, wie schwer man es hat, wenn es zum Beispiel zur Vergabe eines Schulprojektes, und dies bezogen auf meine Gemeinde, kommt. Es bereitet Schwierigkeiten, diese Arbeit in Entsprechung des Landesvergabegesetzes durchzuführen. Darf ich mit aller Vehemenz auch auf Grund dieser schwierigen Situation anmelden, daß wir auch in diesem Zusammenhang um die fünf Prozent Begünstigungsklausel vorstellig werden, um hier in unserem Raum die Möglichkeit zu schaffen, eben diesem Bau- und Baunebengewerbe eine Hilfestellung zu gewähren.

Der Bergbau ist in unserem Bezirk seit urdenklichen Zeiten eine Domäne, die von Generationen herauf Menschen Brot und Arbeit gab. Im Zuge der Prospektion wurde geklärt, daß mit der Aufschließung neuer Gruben hier eine Hoffnung besteht. Wenn tatsächlich 1,3 Millionen Jahrestonnen gefördert werden können, und das hinein bis in die Jahrtausendwende, dann haben wir auf diesem Sektor tatsächlich eine große Sorge los. Wenn verbunden mit dieser Fündigkeit in unserem Raum auch die dritte Ausbaustufe des ODK in Angriff genommen werden kann, so hoffen wir, daß eine Belebung eintritt. Es ist in dem Zusammenhang interessant, daß man aus einer Statistik entnehmen kann, daß bei einem Rückgang von 10,3 Prozent an Beschäftigten im Bergbau nur ein Produktions-

rückgang von acht Prozent registriert werden mußte, so daß also echt eine Produktivität von plus 2,3 Prozent gegeben war.

Ich darf hier, meine Damen und Herren, bemerken, daß es zwischen dem Lande Steiermark und den Knappen in unserem Raum kein gestörtes Verhältnis gibt, und ich darf hier als Beispiel anführen, hier glaube ich, muß ich wieder das steirische Klima hervorheben: Damals war diese Verbindungnahme Landeshauptmann Krainer — Zentralbetriebsratsobmann Zwanzger gegeben. Diese gute Verbindungnahme war auch zwischen Landeshauptmann Niederl und dem Zentralbetriebsratsobmann Glantschnigg gegeben, und nunmehr möge dieses gute steirische Verhältnis zwischen Landeshauptmann Niederl und dem nunmehrigen Zentralbetriebsratsobmann Siegfried Heri gegeben sein, den ich ja auch sehr schätze, nachdem er in meiner Gemeinde mein Vorstandsmitglied ist. Wir haben dort nicht das steirische Klima, sondern wir haben dort unser arteigenes Stallhofer Klima. Möge nun, meine Damen und Herren, und dies sage ich angesichts dessen, daß wir am Vorabend der Barbarafeiern stehen, dieses Zusammenwirken von Land, Bund und in weiterer Folge unserer Gemeinden, bezogen auf unseren Raum, gegeben sein.

Ich möchte heute von dieser Stelle aus den Bergknappen danken für den Einsatz in schwieriger Zeit nach 1945, möchte ihnen danken in dieser Phase, als die Kohlenkrise unseren Raum erfaßt hat, die heute längst überholt ist, für diesen Einsatz, Energien zu heben und somit der Gemeinschaft dienlich zu sein.

Meine Damen und Herren, es ist auch angeklungen, daß im Zusammenhang mit den Sorgen in dieser weststeirischen Region die Autobahn, ob Pyhrnautobahn oder Südaubahn, mit den nötigen Zubringerstraßen in unseren Industrieraum eine große Rolle spielt. Ich möchte auch das vordringlich deponieren.

Ich möchte aber um eines, meine Damen und Herren, im besonderen bitten, daß durch das bestehende Zusammenarbeiten versucht wird, die Probleme zu lösen. Ich möchte recht eindeutig hier festgestellt wissen, daß wir nicht nur dann, wenn Schwierigkeiten gegeben sind und es sogar zu Liquidationen kommt, wir mit von der Partie sein dürfen, sondern, ich würde bitten, daß wir auch in dieser Phase des Bemühens um die Erhaltung dieser Arbeitsplätze mit dabei sein dürfen. Ich möchte nunmehr die SPO-Fraktion zur Zusammenarbeit einladen. Ich habe nie einen treffenderen Satz gefunden, als den, ausgesprochen vom lieben Kollegen Heidinger, der sich so herrlich geäußert hat, er werde auch in unserem Räume die Kastanien aus dem Feuer holen. Ich möchte ihn also einladen, auch mit von der Partie zu sein, wenn solche Kastanien aus dem Feuer zu holen sind.

Meine Damen und Herren, ich darf feststellen, daß das Land die Bereitschaft, unserem Raum die Hilfestellung zu gewähren, stets bewiesen hat. Die Ansätze in dem Kapitel Wirtschaftsförderung sind bedeutend, und das Zusammenwirken zwischen Land und Bund für unseren Bezirk wird das Ge-

spenst der Sorge um den Arbeitsplatz schwinden lassen.

Abschließend darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, stellvertretend für die Bergknappen unseres Raumes den weststeirischen Gruß zurufen, „Glückauf!“ (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Nigl das Wort.

Abg. Nigl: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist feststellbar gewesen, daß sowohl in der Generaldebatte als auch in anschließenden und späteren Wortmeldungen seitens der sozialistischen Fraktion dieses Hauses das Thema der Mitbestimmung insbesondere bei der Wirtschaftsförderung ein zentrales Thema war. Ausgangslage zu diesem Wunsch und zu dieser Forderung ist eigentlich eine Resolution der Landeskonferenz der Landesexekutive des OGB 1975, in der es damals noch geheißen hat, daß in diesem Zusammenhang, wenn ich wörtlich zitiere, die Landeskonferenz des OGB verlangt, daß bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln des Landes Steiermark für wirtschaftsfördernde Maßnahmen die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer angehört werden sollen. Ich möchte ausdrücklich festhalten, daß diese Resolution ein einvernehmlicher Beschluß aller Fraktionen in der Landeskonferenz des OGB war.

Lassen Sie mich einen kurzen Blick zurück machen. In den letzten Tagen des April 1945, also noch bevor der zweite Weltkrieg sein Ende gefunden hat, haben sich Männer zusammengesetzt und den überparteilichen Einheitsgewerkschaftsbund in Österreich errichtet. Sicher ist die Erfahrung, die diese Männer auch aus der ersten Republik mitgebracht haben, Pate gestanden. Seit diesem Zeitpunkt hat es immer und überall, vor allen Dingen in den entscheidenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung, ein Einvernehmen gegeben. Ich muß sagen, daß wir uns auch stets bemüht haben, gemeinsam die Aufbauarbeit miteinander zu bewerkstelligen, wenn sie auch unsererseits nicht immer — wenn ich unsererseits sage, meine ich die Fraktion christlicher Gewerkschafter — in jenem Maße ausgesprochen wurde, als das den tatsächlichen Verhältnissen entsprochen hat.

Nun wieder zurück zur Landeskonferenz 1975 und den folgenden Monaten, bzw. der folgenden Zeit. Offensichtlich hat es die sozialistische Fraktion in der Steiermark für notwendig erachtet, diesen gemeinsamen Weg zu verlassen. Ich bedauere das, und ich halte das auch nicht für glücklich, um so mehr als auch der zuständige Referent und andere zu erkennen gegeben haben, daß man über alles und daher auch über diese Frage reden kann. Aber wir haben auch noch heute, anläßlich der Landeskonferenz der Privatangestelltengewerkschaft, einen Antrag gemeinsam verabschiedet, wo wir auch in dieser Frage unsere Zustimmung gegeben haben. In der Meinung auch, daß sich vielleicht doch einmal auch ein Einvernehmen über die Frage finden läßt. Was wollen wir nun wirklich in diesem Zusammen-

hang? Nämlich, wollen wir „anhören“, wie es die Landeskonferenz des ÖGB 1975 sagte, wollen wir Mitsprache, wollen wir Mitbestimmung, wollen wir mitentscheiden, wollen wir Mitwirkung, oder wollen wir Mitberatung, wie es in diesen Tagen vom Kollegen Premsberger in einem Zwischenruf gesagt worden ist? Aber inzwischen bin ich daraufgekommen, was die sozialistische Fraktion wirklich will.

Der Herr Landesrat Dr. Klauser hat noch bei der Budgeteinbegleitungsrede gemeint — in der Frage der Wirtschaftsförderung war in der „Neuen Zeit“ als Überschrift zu lesen: „Ausschluß von ÖGB und Arbeiterkammer — ein Kurzschluß“ —, daß das sicher eine wichtige Frage für die Arbeitnehmervertreter sei. Allerdings habe ich am 22. November in der „Kronen-Zeitung“ einen geistigen Ausfluß des Kollegen Dr. Gmoser gelesen, der im Zusammenhang mit dem „Profil der Sozialistischen Partei“ in der Steiermark gemeint hat, daß die SPO schwer kämpfen werde, um ihr verwaschenes Profil zu beseitigen: „Die Partei wird sich in Sachbereichen profilieren müssen.“ (Landesrat Dr. Klauser: „Was dem einen sein Gmoser ist, ist dem anderen sein Schilcher!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Ein Glaserl Schilcher ist manchmal sehr gut!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Nur ist der Schilcher im Landtag und der Gmoser nicht! Das ist der Unterschied! Das habt ihr euch doch nicht getraut!“ — Heiterkeit) Nun hat der Herr Dr. Gmoser daran auch die Auffassung geknüpft, daß ein guter Start dazu, nämlich, dieses verwaschene Profil zu beseitigen, die Mitbestimmungsdebatte der Arbeiterkammer um die Wirtschaftsförderung sein könnte, nur müsse man auch echte Alternativen vorlegen, meinte Gmoser, der selbst im Sold der Arbeiterkammer steht. So steht es nämlich da in der „Kronen-Zeitung“. (Abg. Ing. Turek: „Sie werden ihm schon die Wadl vürichten!“) Bitte sehr, die Sozialistische Partei bedient sich also hier eines Profilwaschers, Reinigers und versucht nun darzustellen, wie wichtig das ist, weil quasi auf der ÖVP-Seite ohnedies keine Arbeitnehmervertreter seien. (Landesrat Bammer: „Nigl ist keiner. Das ist ein Lakai!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Dann ist der Ileschitz auch keiner!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der Ausdruck war aber sehr passend! Wenn Sie schon jemand beleidigen wollen, dann von oben und nicht von unten!“) Herr Landesrat Bammer, darf ich Ihnen jetzt etwas sagen von da aus. Wenn Sie Lakai sagen, ich nehme an, daß Ihnen das herausgerutscht ist, ich nehme das nicht als eine persönliche Beleidigung, aber wenn Sie Lakai sagen, dann frage ich Sie, mit welcher Begeisterung Sie dem Referatstausch zugestimmt haben. Suchen Sie einmal selber in Ihrer eigenen Wohnung, ob nicht dort auch einer von solchen Lakaien wohnt (Landesrat Bammer: „In meiner Wohnung nicht!“) und halten Sie sich bitt schön mit solchen Bemerkungen zurück, weil sie zu nichts führen. Das sind immer diese persönlichen Spitzen, die zu nichts kommen und zu nichts führen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Noch dazu soll er sich hinaufbegeben auf die Regierungsbank!“) Aber ich komm schon auf das, was ich will, nämlich die sozialistische Fraktion.

Ich sage noch einmal: Ich bedaure das, weil wir im Jahre 1975 begonnen haben, in dieser Frage einen gemeinsamen Weg zu beschreiten. Aber einige Tage nach der lichtvollen Äußerung zur Profilsache der SPO seitens Dr. Gmoser's ist ein Flugblatt von der sozialistischen Fraktion im Gewerkschaftsbund erschienen, und ich nehme an, auch in der Arbeiterkammer, denn beides ist ja genannt, nämlich: „ÖGB und Arbeiterkammer fordern in der Steiermark Mitbestimmung bei der Vergabe von finanziellen Mitteln der Wirtschaftsförderung.“ Das Flugblatt schließt: „Nur die Sozialisten vertreten die Interessen der steirischen Arbeitnehmer.“ Ich bitte sehr. Der Herr Generalredner der SPO, Gratsch, hat vorgestern das Wort Überheblichkeit und ich weiß nicht was, in den Mund genommen. Ich bitte einmal, sich zu überlegen, ob das nicht ein solcher Ausfluß ist. Denn ich habe ausdrücklich gesagt, wir haben seit dem Jahre 1945 gemeinsam im Österreichischen Gewerkschaftsbund gearbeitet. Wir haben gemeinsam diesen Aufbau vollbracht, wir haben ein Erbe übernommen von Böhm und Kollegen, und ich glaube, daß es nicht angebracht ist, in diesem Zusammenhang ein solches Flugblatt herauszugeben. (Abg. Pözl: „Das hat ja nicht die alte Garde, sondern die Jugend gemacht!“) Ich sage, daß das auch ein Mißbrauch ist, meine Herrschaften. (Abg. Gratsch: „Wie ist das zu verstehen?“) Denn die sozialistische Fraktion kann nicht sagen, ÖGB und Arbeiterkammer, sondern sie kann höchstens sagen, die sozialistische Fraktion im ÖGB und in der Arbeiterkammer. Wenn das da im Kleindruck steht, dann ist das nicht in Ordnung, meine Herrschaften.

Aber bitte sehr, ich muß das auch einmal sagen, weil ja die Frage dieser Mitbestimmung ohnedies in den Landtag hereingebracht wurde. Wenn der Herr Kollege Zinkanell — ich glaube, es war im Zusammenhang mit dem Landwirtschaftlichen Schulgesetz — am 23. November gemeint hat, daß dieses Schulgesetz die Möglichkeit biete, Demokratie zu üben und auch auszuüben im Zusammenhang mit der Mitbestimmung, dann glaube ich, daß es auch angebracht ist, daß man sich zum Beispiel im Österreichischen Gewerkschaftsbund als überparteiliche Einrichtung überlegen müßte, ob man nicht besser auch in diesen Fragen etwas demokratischer vorgeht. (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn sie in der Mehrheit sind, nehmen sie es nicht mehr so genau!“)

Vielleicht schließe ich mit dem Satz, daß überhaupt insgesamt die Frage der Machtausweitung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, und das überlegen sich viele Mitglieder und auch solche, die es werden möchten, auch innergewerkschaftlich ständig einer Überprüfung unterzogen wird. Es gibt nämlich sehr viele Einflußbereiche, wo die Mitglieder die Meinung vertreten, daß das gar nicht gut sei, weil sich damit die Interessenvertretung in eine Abhängigkeit bringe. Beispiel: Wenn ein Gewerkschafter in einer Regierung oder sonstwo verantwortlich sitzt, kann er ja nicht gegen sich selbst eine Forderung erheben, dadurch kann der Eindruck entstehen, daß dieser Gewerkschaftsbund eigentlich die Interessen der Arbeitnehmer nicht mehr in jenem Maße vertritt, wie die Mitglie-

der das in Zeiten vorher gewohnt waren. (Landesrat Dr. Klausner: „Wenn wir das nicht gegründet hätten, hätten wir englische Zustände! Danken wir Gott, daß wir ihn haben!“ — Abg. Pözl: „In England regieren ja die Sozialisten!“)

Herr Dr. Klausner, ich sage Ihnen, wenn man den Gewerkschaftsbund nicht hätte, müßten wir ihn erfinden. Das ist gar keine Frage, und müßten wir ihn errichten. Ich bin ein begeisterter Gewerkschafter, sage ich Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Premsberger: „Die Mehrheit haben aber die Sozialisten! Als Fraktion lassen wir uns vom ÖAAB nicht abdrängen!“) Aber ich sage auch, daß der Gewerkschaftsbund nicht vergessen sollte, daß er eine überparteiliche Einrichtung ist. Diese überparteiliche Einrichtung verpflichtet auch, daß man sich innerhalb dieser Organisation daran hält und nicht vergißt, daß es auch hier demokratische Spielregeln gibt und man nicht einfach überheblich sagt: „Die Interessen der Arbeitnehmer vertreten nur die Sozialisten.“ In diesem Zusammenhang sage ich daher auch, ich lade Sie ein, meine Herrschaften in der Gewerkschaft, denkt darüber nach, es ist sehr wichtig, wenn wir uns dieses Instrument auch in der Zukunft einheitlich so erhalten wollen, wie wir es in der Vergangenheit gewohnt waren. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmeler, ich erteile es ihm.

Abg. Wimmeler: Herr Präsident, meine Damen und Herren, zu einem anderen Thema.

Die Überwindung der wirtschaftlichen Rezession des Vorjahres wird sehr häufig so dargestellt, als ob die verstaatlichte Industrie allein für die Erhaltung der Arbeitsplätze gesorgt hätte. Ich ziehe die Leistungen der verstaatlichten Industrie auf diesem Gebiet in keiner Weise in Zweifel, denn ich weiß, daß die verstaatlichte Industrie ihre Arbeitsplätze nur durch den Einsatz ihrer Reserven gesichert hat. Wenn man aber die Verdienste dieses Zweiges würdigt, dann soll man nicht vergessen, daß auch die kleinen und mittleren Betriebe unter nicht geringen Opfern dazu beigetragen haben.

Ich darf darauf verweisen, daß von den 16.739 Betrieben der Steiermark mit dem Stand Juli 1975 rund 90 Prozent einen bis 20 Beschäftigte aufweisen. Wenn wir die vergangene Rezession ohne schwerwiegende Folgen überwinden könnten, dann haben auch diese 15.000 kleinen und mittleren Betriebe vielleicht unter größeren Opfern ihren Beitrag dazu geleistet. Die engeren menschlichen Beziehungen im kleineren Betrieb und die besseren Anpassungsmöglichkeiten an geänderte wirtschaftliche Situationen helfen diesen Betrieben über die Schwierigkeiten ohne Unterstützung von außen hinweg.

Wenn uns, meine Damen und Herren, zudem klar ist, daß diese Betriebe auch ihren Beitrag zur Nahversorgung unserer Bevölkerung leisten, dann ergibt sich daraus wohl, daß eine entsprechende Förderung der kleinen und mittleren Betriebe auch von gesetzgeberischer Seite am Platz wäre. Denn viele von ihnen sind derzeit durch die ständige Steigerung ihrer Unkosten tatsächlich in ihrer Exi-

stenz gefährdet. Die kleinen Betriebe werden gegenüber den größeren mancher Steuerbegünstigung nicht teilhaftig, weil sie infolge ihrer Ertragslage eben keine Ausnützung, keine gänzliche Ausnützung der Abschreibungsmöglichkeiten zum Beispiel, haben und weil überhaupt die sehr komplizierte Steuergesetzgebung ihnen manche Nachteile bringt. In vielen Fällen, meine Damen und Herren, macht ihnen auch die Tatsache zu schaffen, daß größere Auftraggeber Haftrücklässe einbehalten und sich nicht nur mit der Einbehaltung dieser Haftrücklässe begnügen, sondern daß sie den Zinsenertrag dieser Haftrücklässe meines Erachtens widerrechtlich in ihre Tasche stecken.

Wenn man bedenkt, daß mehr als die Hälfte aller unselbständig Beschäftigten in kleineren Betrieben bis zu 100 Beschäftigten sind, wenn man weiter bedenkt, daß fast die Hälfte der gesamten Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft in Betrieben bis zu 99 Beschäftigten, ein Fünftel in Betrieben unter zehn Dienstnehmern erbracht wird, dann, glaube ich, meine Damen und Herren, stellt eine Förderung dieser kleineren Betriebe keinen verlorenen Aufwand dar. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile es ihm.

Abg. Marczik: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist heute unter dieser Budgetgruppe bereits sehr viel zu einzelnen wirtschaftlichen Problemen gesprochen worden. Ich glaube, es ist daher sinnreich und auch wichtig, daß wir gerade in der Jetztzeit auch einiges zum Thema der verstaatlichten Industrie sagen. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß ich mich nicht nur aus einem „Muß“ heraus, sondern, ich möchte sagen, aus größtem Interesse seit vielen Jahren mit dieser Problematik beschäftige. Ich will mich bemühen, möglichst kurz einige wesentliche Dinge, die gerade in unserem Raum, der Obersteiermark, gegeben sind, aufzuzeigen.

1974, meine Damen und Herren, war zweifellos auf dem Eisen- und Stahlsektor bereits ein Bedarfsrückgang festzustellen. Trotzdem brachte dieses Jahr hinsichtlich der Produktionszahlen, aber auch hinsichtlich der Umsätze ganz großartige Erträge. Eine rückläufige Beschäftigungstendenz setzte sich dann 1975 verstärkt fort und erreichte, wie wir wissen, am Ende dieses Jahres 1975 einen Tiefstand. Allerdings zeigen dies, nachdem es sich um weltweite Erscheinungen handelt, auch die Geschäftsberichte der ausländischen Konkurrenten.

Auf die VEW bezogen, die besonders im Murtal, also bei uns oben, aber auch im Mürztal eine große Rolle spielt, ist es jedenfalls eine der vorrangigsten Aufgaben gewesen, den Beschäftigungsstand trotz dieses Auftragsrückganges halten zu können. Es wurde das in der Form erreicht, daß man zunächst einmal die Fremdarbeiter — in der VEW allein waren es 866, das entspricht einem Prozentsatz von 4,3 Prozent der Beschäftigten — nach Hause geschickt hat. Wir haben aber daneben ebenfalls

sogenannte Schulungen durchgeführt und nur an vier Tagen der Woche effektiv in den Werken gearbeitet. Das hat im Februar des Jahres 1975, meine Damen und Herren, immerhin 3826 Beschäftigte allein in den Vereinigten Edelstahlwerken betroffen.

Ich möchte jetzt dazu noch etwas sagen: Um diese Schulungen durchführen zu können, mußte von der Arbeitsmarktförderung ein entsprechendes Kontingent an Mitteln bereitgestellt werden, das letzten Endes aus Steuermitteln kam. Wir freuen uns darüber, daß es gelungen ist, auf diese Weise nicht abbauen zu müssen. Trotzdem möchte ich in dieser Stunde darauf hinweisen, daß es nicht allein die Arbeitsmarktförderungsmittel waren, sondern daß diese Schulungen daneben die Betriebe ein Vielfaches dessen gekostet haben, was aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung gegeben wurde. Ich nenne hier nur das Weiterlaufen der Region, die Unlaubszuschüsse und, und, und. Also eine Reihe von Dingen, die letzten Endes eine sehr wesentliche Anforderung auch an die Betriebe gestellt haben.

Meine Damen und Herren, nun lassen Sie mich noch folgendes sagen: Am Ende des vergangenen Jahres — trotz aller Schwierigkeiten 1975 — haben VOEST-Alpine und auch die VEW praktisch ausgeglichen bilanziert. Was heißt das aber? Das bedeutet, daß zum Beispiel bei den VEW eine Bilanz mit einem Verlust von 1,3 Millionen Schilling ausgewiesen wurde, während man aber, bitte sehr, die Rücklagen immerhin schon im Jahre 1975 um 199,3 Millionen aufbrauchen bzw. vermindern mußte.

Jetzt möchte ich etwas sehr Ernstes sagen: Meine Damen und Herren, dieses Aufbrauchen der Rücklagen — ich glaube, es ist also die Stunde der Wahrheit, wir freuen uns alle miteinander nicht darüber, wir wollen alle mithelfen, daß es wieder aufwärts geht — aber dieses Auflösen der Rücklagen kann man einmal, das kann man, bitte sehr, im Höchstfalle ein zweites Mal machen. Es ist aber nun die ernste Frage: „Was dann?“ Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung und auch aus langjähriger Tätigkeit im Aufsichtsrat folgendes sagen: Meine Damen und Herren, dort ist es dann zweifellos so, daß sich diese Betriebe im kommenden Jahr, sollte diese schlechte Rezessionslage anhalten, an die „Mutter“, sprich VOEST wenden müssen, aber die wird auch nichts haben. Meine Damen und Herren, dann ist die Stunde dafür gekommen, daß wir erstmals seitens der verstaatlichten Industrie den Staat ersuchen werden müssen, diese verstaatlichte Industrie zu stützen und entsprechend zu erhalten bzw. über die Runden zu bringen. Das sollte und muß man, glaube ich, einmal ganz ernst auch in diesem Raume aussprechen.

Ich möchte dann ganz kurz noch folgendes anführen, weil es einige Kollegen schon getan haben: Natürlich hat uns die Währungsabwertung in einigen Ländern sehr weh getan. Ich möchte hier feststellen, daß der verstaatlichten Industrie auf Grund dieser Tatsache im Italien zum Beispiel oder in Frankreich pro Jahr Hunderte Millionen Schilling verlorengegangen sind. Andererseits sind wir aber auch durch die DM-Aufwertung in ganz große Schwierigkeiten beim Export gekommen.

Ich möchte jetzt sehr verwegen etwas sagen: In Spanien — um nicht nur die Ostländer, lieber Kollege Preamsberger, zu nennen — ist es seit langem der Fall, daß der Staat zum Beispiel die Stahlindustrie oder den Export der Stahlindustrie fördert. Kollege Pölzl hat hinsichtlich der Privatindustrie festgestellt, daß gesamt gesehen eine Exportquote von ungefähr 20 Prozent besteht, bei den Vereinigten Edelstahlwerken, meine Damen und Herren, ist diese Quote — wie wir wissen — rund 80 Prozent — 79,5 Prozent sind es. Es ist daher gar keine Frage, daß ich in diesem Moment, und zwar wirklich überlegt, mit aller Entschiedenheit fordern möchte, daß dieser österreichische Staat, damit wir auf den Weltmärkten in diesen Sparten konkurrenzfähig bleiben, unter allen Umständen eine Exportförderung für diese Edelstahlindustrie bewilligen muß. Das ist überhaupt keine Frage, sonst werden wir uns dort nicht mehr behaupten können. Ich wage das also mit allem Nachdruck zu sagen und weiß, daß so auch Kollegen anderer Fraktionen und Lager denken. Es ist das unbedingt notwendig.

Lassen Sie mich aber nun, um nicht allzulang zu sein — ich könnte nun auf die einzelnen Auftragsrückgänge eingehen, ich will mir das ersparen — ein paar Worte, meine Damen und Herren, zur Region Aichfeld-Murboden sagen. Dort bin ich Abgeordneter, dort komme ich her, dort trifft uns diese Problematik mit aller Stärke und Härte. Das Programm Aichfeld-Murboden wurde, wie wir wissen, vorrangig deshalb geschaffen, um primär Ersatzarbeitsplätze für den Bergbau Fohnsdorf zu schaffen. Es wurde von der Sozialistischen Partei, das ist kein Angriff, sondern eine Feststellung, sehr häufig bei diesem Landtag immer wieder auf Jahreszahlen zurückgegriffen, ich habe gestaunt, daß Sie nicht auf 30 und 40 Jahre zurückgehen, aber 20 Jahre sind Sie nahezu bei allen Ihren Berichten zurückgegangen. Ich möchte sagen, daß bereits 1958 der damalige Vorstandsdirektor Brandstätter erstmalig einen Schließungsantrag für Fohnsdorf gestellt hat. Meine Damen und Herren, es war dann ein ständiger Kampf, 1961 verstärkt, und es war in all diesen Zeiten der damalige Landeshauptmann Krainer im Verein auch mit den Kollegen der anderen Seite und mit der Steiermärkischen Landesregierung, die alles darangesetzt haben, damit Fohnsdorf nicht geschlossen wird. Es sind hier Verdienste genauso beim damaligen Abgeordneten Vinzenz Lackner wie bei Keiber und bei all diesen Leuten, möchte ich gar nicht verschweigen, aber es ist gelungen, in einem echt föderalistischen Denken sich auch gegen die Wiener Bestrebungen durchzusetzen. Ich muß Ihnen offen sagen, das geht mir nun seit Jahren bereits ab, ich habe wirklich das Gefühl, daß die Kollegen der sozialistischen Fraktion entweder einen Befehl haben, nichts sagen zu dürfen, oder es nicht tun.

Nachdem diese Sache sehr prekär ist, möchte ich ganz konkret folgendes dazu sagen: Schauen Sie, es kommt nicht darauf an, daß man hergeht und sagt 0,7 bis 1,2 Prozent des Energiebedarfes, sondern es geht also hier um viel mehr. Vor allem geht es mir in Fohnsdorf darum: Dieses Regionalprogramm Aichfeld-Murboden, das geschaffen wur-

de, um Ersatzarbeitsplätze zu bringen, hat jedenfalls bisher eine Reihe von Betrieben gebracht, die aber alle — das wissen Sie genauso gut wie ich — nur Zusatzbetriebe waren, aber kein einziger war Ersatzbetrieb. Bitte sehr, das ist ein Unterschied. Wir freuen uns zwar sehr über die Firma Bauknecht, sie expandiert, es ist großartig. Es hat ja auch das Land hier Barmittel bezahlt, und der Bund hat über den ERP-Fonds versucht, hier zu sagen, was er alles geleistet hat. Herr Präsident, bitte um Entschuldigung, aber so ist es, das muß ich Ihnen sagen. Wir freuen uns darüber, über eine Reihe solcher Betriebe. Aber, meine Damen und Herren, echte Ersatzbetriebe sind jedenfalls bis jetzt nicht gekommen.

Es soll nun Eumig kommen. Ich möchte gar nicht sagen, daß sich nur der Herr Landeshauptmann hier bemüht hat und der Herr Landesrat Peltzmann, sondern ich möchte sehr, sehr herzlich danken! Ich weiß auch, daß sich andere Stellen bemüht haben, möchte das auch dankbarst anerkennen, ich möchte das gar nicht für irgend jemanden so quasi „ad personam“ buchen, wir freuen uns darüber. Nur, meine Damen und Herren, jetzt eine Frage an Sie: Warum wehrt man sich denn eigentlich so gegen diese zwei, nicht nur von uns, bitte sehr, oder primär von uns, beantragten Überprüfungen. Herr Präsident Gross, ich schätze Sie als sehr sachlichen Mann und habe immer Ihre Stellungnahme in der Presse dazu gelesen, es ist auch beim Herrn Generalberichterstatter Ihrer Fraktion, beim Herrn Kollegen Gratsch, herausgekommen, daß wir die Bösen seien, die nun den Menschen da oben Hoffnung machen.

Meine sehr Verehrten, ich möchte noch einmal sagen, das geht nicht primär von uns aus, aber ich bekenne mich dazu, mit aller Verantwortung. Erstens haben die Belegschaftsvertreter eine korrekte Überprüfung der wirtschaftlichen Situation durch eine unabhängige Kommission verlangt, nicht durch irgendwelche VOEST-Vertreter, die hereingeschickt werden mit irgendwelchen Papieren, sondern durch eine unabhängige Kommission, und haben dieses Verlangen auch den Wiener Stellen vorgelegt. Ich habe mich allerdings dann gewundert, als der Herr Staatssekretär Dr. Veselsky, mit dem ich ja sehr häufig zusammenkomme, auf eine Anfrage unseres Kollegen Burger, nicht im Parlament, sondern persönlich, gesagt hat, das sei noch nicht eingetroffen. Ich hoffe, daß unser Verlangen inzwischen dort liegt. Unser Verlangen, bitte sehr, zu dem ich mich vollinhaltlich bekenne, auch für die Menschen dort.

Ich sage noch einmal und bitte Sie darum um Ihr Verständnis und um Ihre Mitwirkung, wir haben viel gemeinsam erreicht. Warum soll denn das nicht überprüft werden, ob die Möglichkeit etwa einer Weiterführung im Karl-August-Schacht gegeben ist? Nicht schwarze Funktionäre, sondern Fachleute, meine Damen und Herren, die keinen Parteistempel tragen und sagen, das ist rot, schwarz, grün, gelb. Die sagen uns, dort sind Kohlenvorräte vorhanden. (Abg. Heschütz: „Wer sind die?“) Eine ganze Reihe, Herr Präsident. Bitte sehr, darf ich jetzt einmal etwas sagen, Sie haben mich etwas gefragt, und Ihre abwehrende Handbewegung, Herr Präsident, kann

mich keinesfalls überzeugen, die kann mich höchstens anspornen, noch ein bißchen deutlicher zu wenden. (Abg. Heschütz: „Ja, wer?“)

Ich muß Ihnen nur folgendes sagen: Es ist signifikant für Sie, daß Sie nichts tun wollen, als Namen wissen, wer hat hier irgendwo den Mund aufgemacht und etwas gesagt? Darum, bitte sehr, geht es uns nicht. Es soll überprüft werden, ob dort die Kohlenflöze in der behaupteten Ausdehnung und auch in der Qualität vorhanden sind und ob es auf diese Weise möglich ist, diese 400 Leute weiter zu beschäftigen. Wenn diese zwei Überprüfungen durchgeführt sind, wird man sehen. Ich bin durchaus sachlich bereit, die objektive Überprüfung zu akzeptieren. (Zweiten Präsident Gross: „Herr Kollege Marczik, Sie haben die Kommission angesprochen. Es kann sich dabei nur um die Anrufung der staatlichen Wirtschaftskommission handeln, die in der Arbeitsverfassung vorgesehen ist.“) Richtig! (Zweiter Präsident Gross: „Sie kann vom Betrieb beantragt werden, aber der Antrag an die Bundesregierung kann nur die Landesexekutive des Gewerkschaftsbundes stellen, und die hat eine Woche später diesen Antrag gestellt! Ich habe mich erkundigt, wo dieser Antrag liegt, den hat sich der Bundeskanzler selbst vorbehalten, weil das Problem Fohnsdorf so wichtig erscheint. Er ist auch dabei, die entsprechenden Vorbereitungen für diese Kommission zu treffen!“) Herr Präsident Gross, ich möchte dazu sehr sachlich sagen (Abg. Gross: „Ich habe mich beim Bundeskanzler erkundigt, und er hat gesagt: „Das ist so eine wichtige Sache. Ich werde alles tun, damit alles in Ordnung geht!“): Bitte sehr, ich danke jedenfalls für diesen Zwischenruf, ich nehme das sehr gerne zur Kenntnis, möchte nur dazu feststellen: Das ist wunderbar, ich hoffe nur, daß diese Überprüfung ehestens erfolgt, denn wir glauben echt, daß das möglich wäre.

Nun, meine Damen und Herren, aber noch ein Wort. Nichts anderes hat ja auch, das möchte ich schon sagen, unser Herr Landesrat Peltzmann in seiner Sorge für dieses Gebiet und auch der Herr Landeshauptmann und letztlich die ganze Landesregierung bewogen, uns hier oben diesbezüglich zu unterstützen. Ich möchte dafür danken. Mir ist es zu ernst, um daraus irgendwelches kleines parteipolitisches Kapital zu schlagen. Das möchte ich Ihnen wirklich sagen. Das ist mir eine ganz tiefe Angelegenheit.

Aber zum Schluß noch etwas. In dieser Region Aichfeld-Murboden gibt es — wie ich gesagt habe — eine Reihe von Zusatzbetrieben. Da schaut es in der Verstaatlichten so wie auch in den VOEST-Betrieben, Herr Präsident, Sie wissen es, derzeit so aus — es ist eine Geschichte und nicht einfach —, daß halt nicht nur die Auftragsrückgänge sehr stark sind, sondern vor allem die Ertragslage hundsmiserabel ist. Das bedeutet aber, bitte sehr, und jetzt noch einmal kurz auf Fohnsdorf bezogen, daß es gerade in dieser Rezessionsphase äußerst schwierig sein wird, Bergleute, unsere Kumpel aus Fohnsdorf, dieser verstaatlichten Hüttenindustrie aufzupropfen. Ich möchte das ausdrücklich sagen. Die Lage ist nicht danach. Sie wissen alle, daß wir heuer einen längeren Weihnachtsurlaub haben werden. Wir hof-

fen, daß es zu keiner Kurzarbeit kommt. Ich möchte hier gar nichts anzünden. Sie wissen, daß die Lage sehr schwierig ist, aber bitte sehr, es wird in der jetzigen Situation nicht leicht sein, diesen anderen Betrieben das auszupfropfen. Jetzt sage ich Ihnen menschlich noch etwas. Wenn es dort noch schwieriger wird, dann dürfen Sie dreimal raten, wer die ersten sind, die dort wieder gehen müssen. Natürlich die, die zuletzt hingekommen sind. Das ist überall, bitte sehr, ohne Gehässigkeit, so gewesen.

Daher zum Schluß noch eine Bitte: Zunächst ein Dank. Ich habe alle Jahre hier über die Styria gesprochen. Ich möchte Ihnen folgendes sagen. Ich möchte wirklich allen dieses Hohen Hauses, links und rechts und auch den Kollegen der Freiheitlichen Partei danken. Ich habe so lange, aber auch Sie, meine Damen und Herren, die Sie Einfluß haben, immer wieder hingewiesen, daß wir etwa in bezug auf die Finalindustrie gegenüber Schoeller und Böhler, die jetzt in der VEW zusammengeschlossen sind, weit nachhinken. Es ist also eine Finalisierung in der Styria ganz dringend notwendig. Hier haben wir Nachholbedarf. Ich möchte aber darüber hinaus sagen, ich habe immer von der ESU-Anlage gesprochen. Meine Damen und Herren, das ist etwas Positives. Einige Investitionen in diesem Werk sind durchgeführt worden. Es wurde die Verlegung der Versuchshärtereier durchgeführt, immerhin mit einem Aufwand von zirka 8 Millionen Schilling. Es wurde des weiteren diese ESU-Anlage in Bau genommen. Sie wird im Frühjahr in Betrieb gehen. Das ist auch ein Investitionsaufwand von 22 Millionen Schilling.

Aber, meine Damen und Herren, zum Schluß, das wäre eine Bitte, eine ganz große: Was wir dringend in diesem arbeitsplatzmäßig gefährdeten Gebiet brauchen, ist, daß man diese Styria stärkt und hier bitte primär durch die Bewilligung des Elektrolichtbogenofens, der vom Aufsichtsrat längst bewilligt worden ist, das ist ein Projekt, Herr Präsident, Sie wissen es, von 34 Millionen Schilling. Gerade jetzt, wo wir mit Fohnsdorf diese Sorgen haben, wäre es notwendig, in der Styria primär, und zwar ganz entschieden, diese Investition durchzuführen. Sie wissen, Zeltweg liegt auf Grund des Streckenvortriebsmaschinenprogramms noch tadellos in der Auslastung, aber wegen des Rückganges beim Weichenbau stehen wir auch ein bißchen einbeinig da. Wir alle hoffen, daß es jedenfalls im nächsten Jahr ein bißchen besser wird. Cui bono, wem würde es nutzen, meine sehr Verehrten, wenn man sich das vielleicht zu leicht nehmen würde?

Ich möchte also abschließend für Ihr stetes Verständnis danken! Dir, verehrter Herr Landesrat Peltzmann, für deine unmittelbare Hilfe, unserem verehrten Herrn Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter Wegart, der gesamten Landesregierung. Ich möchte auch sagen, meine Damen und Herren, in dieser Stunde, da sind Sie mit mir, glaube ich, einer Meinung, um zum Abschluß noch einmal auf Fohnsdorf zu kommen. Diese Leute dort haben jahrzehntelang brav ihre Pflicht erfüllt. Sie sind nicht schuld, daß diese Kohle in Fohnsdorf nie den gerechtfertigten Preis bekommen hat. Bitte sehr, der wurde woanders ausgemacht. Ich stelle nur fest, daß die ausländische Kohle, die wir aus

Polen teuer beziehen müssen, das Dreifache dessen ungefähr kostet, was für die Fohnsdorfer Kohle bei der ODK dafür bezahlt wurde. Ich möchte also Dank sagen den Kumpeln, den Arbeitern und Angestellten, den Ingenieuren und dem Management und allen, die Verantwortung tragen, ich glaube, in unser aller Namen. Von dieser Stelle aus möchte ich nicht nur den herzlichen Dank für ihre muster-gültige Betriebstreue und Arbeit sagen, sondern auch das Versprechen abgeben, daß wir uns gemeinsam bemühen wollen, auch im Steiermärkischen Landtag alles zu tun, um diese schwierigen strukturellen Probleme gemeinsam positiv lösen zu können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Hleschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Hleschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist in der Familie immer so, und die Familie ist gesund, wenn das, was sich in einer Familie abspielt oder abzuspielden hat, auch dort bereinigt wird, also mit anderen Worten gesagt, wo es hingehört. Mein Freund Nigl hat es nicht unterlassen können, an einem, ich glaube, in dem Fall ungeeigneten Ort über Gewerkschaftsprobleme zu sprechen, die keine Probleme sind, die er vielleicht so sieht oder aus irgendwelchen Erwägungen heraus zur Sprache gebracht hat. Ich möchte sagen, Kollege Nigl, wir werden uns in der Landesexekutive darüber unterhalten. Dort gehört das Ganze hin (Abg. Schrammel: „Dort seid ihr stärker!“), was du heute hier an Klagen vorgebracht hast über mangelnde Demokratie in dieser Organisation, Übervorteilung usw. usw. Ich habe mir da verschiedene Notizen gemacht. Wir werden also dort sehr oft noch über die Probleme reden, nicht fraktionell, sondern eben, wie wir es gewohnt waren seit Jahrzehnten, in freier und offener Aussprache.

Mich bewegen aber ganz andere Probleme. Und wenn man aufgefordert wird dazu, dann werde ich auch hier dazu Stellung nehmen. Probleme, die vielleicht bei weitem darüber hinausgehen. Ich möchte sagen, daß wir bis vor kurzem noch immer alle gehofft haben, daß unsere Wirtschaft das tiefste und längste Konjunkturtal der Nachkriegsjahre durchschritten hat, und daß wir uns doch wieder auf dem Weg nach oben befinden. Nun müssen wir aber leider feststellen, daß die internationale Konjunktur immer stärker abzuflauen beginnt, und es drohen damit auch der österreichischen Wirtschaft, wie international gesehen, denn die Zeichen mehreren sich, Schwierigkeiten in der Zukunft. Wir haben zwar nach wie vor eine gute Inlandskonjunktur, doch die Auslandsnachfrage nach Produkten nimmt rapide ab. Wir sehen die Konkurrenzverhältnisse, wir sehen, wie auf den Weltmärkten immer mehr und immer mehr zu Dumpingpreisen Waren angeboten werden, vor allen Dingen auf dem Eisen- und Stahlsektor. Die Auftragsbestände unserer Großunternehmungen schrumpfen. Wenn es aber zu einem Wirtschaftsaufschwung kommen sollte, dann ist zu befürchten, daß es uns in der Steiermark

genauso unvorbereitet treffen wird, wie dies in den Jahren 1974 und 1975 der Fall gewesen ist. Im Jahre 1975 schrumpfte die Industrieproduktion der Steiermark um 11,5 Prozent. Damit war die Steiermark auch das schlechteste Bundesland in Österreich.

Ich kann es mir daher nicht ersparen, nochmals darauf hinzuweisen, daß unser Bundesland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung seit jeher weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, und ich muß nochmals aussprechen, daß aus der Konjunkturlaute des Jahres 1967, welche die Strukturschwächen unseres Bundeslandes voll und ganz aufdeckte, die Wirtschaftspolitik unseres Landes durch deren Verantwortliche noch nicht voll erkannt wurde. Es ist diesen Versäumnissen zuzuschreiben, daß die Steiermark auf Grund der schlechten Wirtschaftsstruktur bei Konjunkturrückgängen am ersten und stärksten getroffen wird und am längsten braucht, um sich wieder aus diesem Wellental herauszuarbeiten. Es waren die OVP-Landespolitiker, welche mit ganzer Kraft verhinderten, daß der Kernbereich der steirischen Wirtschaft, die verstaatlichten Betriebe, rechtzeitig die Produktion von Finalgütern aufnehmen konnten. Ich erinnere zurück an Oberegger (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das war kein Politiker!“), an Diskussionen hier im steiermärkischen Landtag, wo — ich komme noch darauf zurück, Herr Landeshauptmann — immer wieder gegen die Ausweitung der verstaatlichten Industrie, Richtung Finalindustrie, gewettert wurde. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das waren bestellte Funktionäre!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Die SPO ist eine erkonservative Partei, sie lebt nur von der Vergangenheit!“) Daß ein Vordringen in den Finalbereich auch in der Steiermark erfolgreich gewesen wäre, beweist eben das Werk Zeltweg, welches durch die Finalproduktion sich als konjunkturunempfindlich erwiesen hat. (Landesrat Peltzmann: „Und einen OVPler habt ihr drin!“)

Diese Versäumnisse und der Rückstand, in welchen wir durch die verfehlte Landespolitik gekommen sind, schadet uns heute, sowohl den steirischen Arbeitnehmern wie auch den steirischen Unternehmungen des gewerblichen und mittelständischen Bereiches, welche durch die erhöhten Zuliefermöglichkeiten und weitere Verflechtungen mit einer starken Finalindustrie nur profitiert hätten. (Abg. Ing. Stoisser: „Herr Präsident, das hängt ja wohl vom Produkt ab, das man verkaufen muß!“) Ich habe vorhin gesagt, die Finalindustrie, die Ausweitung in Blick auf Finalindustrie. Wenn Sie wollen, bringen wir Ihnen Protokolle aus Landtagssitzungen, wo sie unisono dagegen Stellung genommen haben. (Abg. Ing. Stoisser: „Das hängt von der Art der Produktion ab!“) Aber ich komme noch darauf zurück.

Eines der schwerwiegendsten Versäumnisse in der Vergangenheit muß in der Vernachlässigung der Forschungsförderung gesehen werden. Hier hat das Land für die steirische Wirtschaft so gut wie fast nichts getan. (Abg. Pözl: „Wir sind das einzige Bundesland, das das eingeführt hat!“) Wir haben in der Steiermark Betriebe, welche Forschung und

Entwicklung betreiben, und diese hätten vom Land in ihrem Bemühen, neue Produkte zu entwickeln, nachhaltig unterstützt werden müssen. Viele gute Betriebe in der Steiermark klagen heute darüber, daß sie weit produktiver und krisensicherer produzieren könnten, wäre ihnen rechtzeitig durch das Land in ihren Forschungs- und Entwicklungsbemühungen die entsprechende Unterstützung zuteil geworden. (Abg. Ing. Stoisser: „Das kann aber auch eine Ausrede für das Nichtkönnen sein!“) Für alles mögliche ist in den vergangenen Jahren im Landeshaushalt eine Förderung vorgesehen gewesen. Für die Forschung und Entwicklung der Industrie hat man wenig oder fast nichts übrig gehabt.

Im Landeshaushalt sind für den sogenannten steiermärkischen Wissenschafts- und Forschungslandfonds für das kommende Haushaltsjahr rund 9,9 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Ausgabenhöhe erscheint in Anbetracht der Kostspieligkeit wissenschaftlicher Forschungsaufgaben jedoch sehr gering. Vor allem deshalb, weil die ausgewiesenen Mittel für diesen Fonds sowohl für die Industrie als auch für die Hochschulforschung verwendet werden.

Der Rechnungshof zum Beispiel greift in seinem Bericht 1976 über den Zeitraum 1971 bis 1974 die Gebarung des steiermärkischen Wissenschafts- und Forschungslandfonds sehr scharf an, da über die Verwendung der Mittel zum großen Teil die Nachweise fehlen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Da können Sie jederzeit Einsicht nehmen! Kommen Sie zu mir!“) Herr Landeshauptmann, ich habe es ja hier. (Abg. Pözl: „Die Nachweise hat er in der grünen Mappe der Gewerkschaft!“) Ich kann Ihnen dann nach der Reihe, wenn Sie wollen, Einblick geben. (Abg. Dr. Schilcher: „Jetzt holt er die Nachweise heraus!“) Soll ich vielleicht vorlesen, was da drinnen steht? (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist mein Referat, ich weiß es ja!“)

Seite 26. 1., 2., 3., 4. Soll ich es vorlesen, wörtlich habe ich das übernommen, was der Rechnungshof festgestellt hat. (Abg. Pözl: „Nur das, was rot unterstrichen ist!“) Ja das ist es ja, das ist das Entscheidende. (Heiterkeit)

Die Vernachlässigung der Steiermark durch den Bund in den sechziger Jahren im Bereich der Infrastruktur hat unser Land im Vergleich zu anderen Bundesländern in einen Rückstand gebracht, den nun aufzuholen seit 1970 die Bundesregierung sich zum Ziel gesetzt hat. Es ist jedoch schwer in 25 Jahren Versäumtes nachzuholen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Schon wieder die alte Walze!“)

Es hätte in diesen Jahren für die verantwortlichen Landespolitiker erstes Ziel sein müssen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Steiermark aus ihrer Randlage zu den europäischen Wirtschaftszentren durch die verkehrsmäßige Einbindung an diese Räume herauszubringen. Die westlichen Bundesländer jedoch forcierten in diesen Jahren rechtzeitig den Bau von Autobahnen und Straßen. Die Steiermark blieb weit zurück. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das darf doch nicht wahr sein, Herr Präsident!“)

Viel zu wenig ist vom Land unternommen worden, um die ungünstige Wirtschaftsstruktur in der Steiermark zu verbessern. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:

„Herr Präsident, wer hat Ihnen die Rede gemacht?“) Die Landespolitik hat sich nicht in der Lage und Willens gezeigt, strukturpolitische Konzepte zu erarbeiten.

Eine Bemühung von seiten des Landes möchte ich aber doch in Erinnerung rufen. In Vollziehung eines Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 8. April 1968 hat der damalige Landeshauptmann Krainer versucht, einen Verein zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung und regionalen Strukturforchung der Steiermark zu gründen. Aufgabe dieses Vereines, der auf eine sozialpartnerschaftliche Basis gestellt hätte werden sollen, wäre es gewesen, Vorschläge an die mit der Wirtschaftsförderung befaßten Gebietskörperschaften zur Bewältigung der steirischen strukturellen, wirtschaftlichen Wachstums- und Entwicklungsprobleme zu erstatten, weiters, konkrete Förderungsprojekte zu begutachten und auch unter anderem Investorenwerbung zu betreiben.

Als der Nachfolger des Landeshauptmannes Krainer, Dr. Niederl, keinerlei Anstalten machte, diesen Beschluß der Landesregierung in die Tat umzusetzen, wurde an ihn die Anfrage gerichtet, ob die Gründung dieses Vereines weiter beabsichtigt sei. Am 14. Dezember 1972 teilte Landeshauptmann Niederl der Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark mit, daß weiter an die Gründung gedacht sei, aber noch gewisse Vorfragen zu klären seien. Das war Anfang 1972. Und bis heute ist in dieser Angelegenheit nichts mehr geschehen. Ich frage Sie daher, Herr Landeshauptmann, müssen Sie in dieser Sache noch immer Vorfragen klären, es sind schließlich schon acht Jahre über diesen Beschlußzeitraum vergangen? (Landesrat Peltzmann: „Acht Jahre?“) Ich möchte noch einmal betonen, der Beschluß wurde gefaßt im Jahre 1968, jetzt haben wir 1976.

Ich glaube, dieser Fall ist symptomatisch für die Einstellung der Landespolitik zu strukturellen und regionalen Fragen der steirischen Wirtschaft. Wir Sozialisten haben daher immer wieder gefordert, daß die Verantwortlichen des Landes diese Passivität zu den dringendsten Problemen unseres Landes ablegen und endlich aktiv an die Bewältigung dieser Fragen herangehen. (Abg. Pözl: „Daher der Ressorttausch!“) Leider, muß ich sagen, hat sich bei der OVP an dieser Einstellung bis heute fast nichts geändert.

Neben dem Infrastrukturbereich ist für die Beeinflussung der regionalen und strukturellen Entwicklung wohl zweifellos das Instrument der Wirtschaftsförderung das wirksamste. Das Land Steiermark hat im Landeshaushalt im Vergleich zu allen anderen Bundesländern für die Wirtschaftsförderung die größten Mittel vorgesehen. (Beifall bei der OVP.) Wenn man alle in Betracht kommenden Ansätze zusammenzieht, kommt man zu einer Summe für 1976 von 409 Millionen Schilling und für 1977 zu einer solchen von 376 Millionen Schilling. Das sind Beträge, bei welchen die anderen Bundesländer vor Neid erblassen. (Abg. Ing. Stoisser: „Obwohl der Bund vor Neid erblaßt, gibt er nur 300!“) Doch welche Wirkung hat die Landespolitik, welche nach dem Prinzip der Gießkannen-

und Verzettelpolitik betrieben wurde, damit erzielt? Leider nur jene, daß wir heute nach wie vor weit unter dem Bundesdurchschnitt liegen, bei der Einkommensentwicklung an der achten Stelle sind und bei der Industrieproduktion den letzten Rang einnehmen. (Abg. Ing. Stoisser: „Wenn Sie mitbestimmt hätten, wäre es anders!“ — Abg. Doktor Schülcher: „Das Rotkäppchen im steirischen Märchenwald!“)

Wir Sozialisten sind nicht länger bereit, diese Förderungspolitik in dieser Form hinzunehmen. Es ist das legitime Recht der Arbeiter und Angestellten dieses Landes, von der Landesregierung zu verlangen, daß die mit ihren Steuermitteln aufbrachten Beträge für eine Förderungspolitik verwendet werden, welche sich die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zum obersten Ziel gesetzt hat und nicht die Verteilung von Unternehmergeschenken. (Abg. Pözl: „Wer hat diese Rede gemacht?“)

In der 8. Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 30. April 1975 haben wir Sozialisten einen Antrag eingebracht, bei der Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln den gesetzlichen Interessensvertretungen der Arbeitnehmer ein Mitwirkungsrecht einzuräumen. Mit einer fadenscheinigen rechtlichen Begründung, wie Amtsverschwiegenheit, glaubte die Mehrheit der Landesregierung, sei die Forderung von uns Sozialisten abgetan. Das waren Sie, Herr Landesrat.

Im Oktober dieses Jahres haben wir Sozialisten an Herrn Landesrat Peltzmann die dringliche Anfrage gerichtet, ob er bereit wäre, dafür zu sorgen, daß in der Steiermark den Interessensvertretungen der Arbeitnehmer und der Arbeitsmarktwirtschaft bei der Wirtschaftsförderung ein Mitspracherecht eingeräumt wird. An diesem Tag hat es Herr Landesrat Peltzmann vorgezogen, nicht im Hohen Hause anwesend zu sein. (Landesrat Peltzmann: „Das ist eine Gemeinheit!“ — Zahlreiche Zwischenrufe bei der OVP.) Landeshauptmann Niederl hat seine Funktion übernommen, und ich möchte nur sagen, daß nicht wir, sondern eine Zeitung — nicht die „Neue Zeit“ — (Landesrat Peltzmann: „Ich lüge nicht!“ — Unverständliche Zwischenrufe. — Landesrat Peltzmann: „Wer einmal lügt dem glaubt man nicht. Merken Sie sich das! Das ist eine Tour!“) Herr Landesrat, noch einmal, nicht wir, sondern eine „Kleine Zeitung“, ein kleinformatiges Blatt, hat geschrieben, Sie seien auf Tauchstation gegangen. Das waren nicht wir und auch nicht die „Neue Zeit“. (Abg. Zinkaneil „Der Herr Landeshauptmann hätte sagen können, wo er war!“ — Landesrat Peltzmann: „Ich bezichtige Sie. Ich habe keine Immunität. Sie können mich jeden Tag klagen gehen, Herr Abgeordneter!“) Aber das werde ich doch nicht. Sie können alles sagen. (Unverständlicher Zwischenruf des Landesrates Peltzmann.) Ich bin auch neugierig. Jedenfalls war es sehr bezeichnend, und nicht wir, ich betone noch einmal, eine Zeitung hat darüber geschrieben. Wir haben das der Zeitung entnommen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Beim Landeshauptmannstellvertreter Sebastian war es denselbe Fall, da hat auch niemand etwas gesagt!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Das ist dasselbe wie

beim Sebastian!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten. — Abg. Jamnegg: „Das ist ein trauriges Kapitel, das sage ich Ihnen!" — Landesrat Peltzmann: „Sie müssen einen Klub haben! Das lasse ich mir nicht bieten!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) In einer, wie man es wohl bezeichnen kann, Kurzschlußhandlung hat die ÖVP-Mehrheit diese berechnete Forderung, welche von den Sozialisten in Vertretung für alle steirischen Arbeitnehmer vorgebracht wurde, wieder abgelehnt.

Ich möchte hier an dieser Stelle auch etwas zu dem Vorwurf sagen, welcher immer wieder im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung vorgebracht wird, daß nämlich die sozialistischen Regierungsmitglieder bei allen Förderungen mitgestimmt hätten. Hier ist eines einmal mit aller Deutlichkeit klarzustellen: Fast alle Förderungsfälle werden von Landesrat Peltzmann erledigt, und die sozialistischen Regierungsmitglieder werden stets vor fast vollendete Tatsachen gestellt. (Abg. Marczik: „Die stimmen ja zu!") Ich möchte ausdrücklich sagen, daß es keinem möglich ist, wenn Landesrat Peltzmann 50 Prozent der vorgesehenen Mittel aus eigenem Machtbereich Gemeinden für Ankauf von Gründen, für verschiedene andere Dinge zur Verfügung stellt, das im nachhinein noch abzulehnen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Das ist eben politische Nötigung.

Wir Sozialisten sind trotz des Widerstandes der ÖVP-Fraktion nicht bereit, von unserer Forderung nach einer zielführenden Struktur- und Regionalpolitik durch qualifizierte Wirtschaftsförderung abzugehen. (Abg. Jamnegg: „Herr Kollege, Gross, was heißt denn das?") Wir haben einen Gesetzesentwurf zu einem Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetz auf Grund der Vorstellungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer im Landtag eingebracht. Durch diesen Entwurf, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll die Wirtschaftsförderung in unserem Lande verrechtlicht, demokratisiert — ich bitte Sie, aufzupassen — und auf eine sachliche Grundlage gestellt werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Was heißt denn das?" — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Dr. Maitz: „Wo ihr nicht die Mehrheit habt, gibt es nichts!")

Unser besonderes Interesse gilt — passen Sie auf — nach dem Gesetz erstens der Erhaltung bestehender Dauerarbeitsplätze, zweitens der Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze, drittens der Förderung von Forschung und Entwicklung, viertens der Verbesserung der regionalen, branchenmäßigen und betrieblichen Struktur im Land und fünftens der Anhebung der Wirtschaftskraft in strukturschwachen Gebieten.

Durch unseren Gesetzesentwurf soll sichergestellt werden, daß in Zukunft eine Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln nur nach objektiven Kriterien erfolgen wird und daß vor allem die Verwendung der öffentlichen Mittel einer strengen Kontrolle unterliegt. (Abg. Marczik: „Das ist immer geschehen!" — Abg. Schrammel: „Sie reden ja gegen Ihren Finanzreferenten! Der Landesrat Klausner ist ein Ehrenmann!") Man versteht nichts! (Abg.

Ing. Stoisser: „Kennen Sie die Landesverfassung, Herr Präsident?" — Abg. Jamnegg: „Was wollen Sie denn?" — Abg. Pölzl: „Herr Abgeordneter Gnatsch, bereiten Sie den Referatstausch vor?")

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte hier eindringlich klarstellen: Wir treten in dieser Frage nicht als Bittsteller auf, um die Mitwirkung in Wirtschaftsfragen als ein politisches Geschenk zu erhalten. Wir sind auch nicht Unberufene, wie uns Landesrat Peltzmann in einem Artikel der Presse bezeichnet hat, sondern wir verlangen vom steirischen Landtag, daß ein legitimes Anliegen der steirischen Arbeitnehmerschaft endlich die Erfüllung findet. (Abg. Ing. Turek: „Klatschen!" — Abg. Ing. Stoisser: „Nicht einmal die Genossen klatschen!" — Abg. Pölzl: „Applaus!" — Beifall bei der ÖVP. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In weiser Voraussicht dessen, was möglicherweise kommen würde, habe ich dem Herrn Präsident Illeschitz hier einen Zettel hergelegt, auf den habe ich „BROM" daraufgeschrieben. Das sollte bedeuten, er soll sich beruhigen, bevor er sich erregt. Er hat meinen guten Rat nicht nehmen wollen und hat in einer, meiner Meinung nach, sehr unfairen und unsachlichen Art Dinge vermischt, die durchaus, das gestehe ich ihm gerne zu, ein echtes Anliegen sind. Aber man kann nicht durch eine plumpe und einfache Provokation glauben, daß deswegen die Argumente, die man vorzubringen hat, besser werden. Herr Präsident Illeschitz, oder Herr Kollege Illeschitz, Sie haben über verschiedene Dinge gesprochen, und ich möchte auch schon in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit nicht auf alles eingehen.

Es ist nicht üblich, ein abwesendes Regierungsmitglied des „Kneifens" zu bezeichnen — und ich kann mich an Anfragen erinnern an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, die nicht angenommen wurden, weil er nicht da war, an den Herrn Landesrat Gruber, die nicht angenommen wurden, weil er nicht da war — wir haben das zur Kenntnis genommen, und wir haben nie angenommen, daß ein Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zu feige ist, gleich welcher Fraktion, sich vor diesem Landtag hier zu verantworten. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Zweite: Sie haben gesagt, daß Politiker der ÖVP den Eintritt der verstaatlichten Betriebe in die Finalindustrie verhindert hätten. Das Thema ist schon so alt wie dieser Landtag seit dem Krieg (Abg. Illeschitz: „Aber leider wahr, es hat sich nichts geändert!"); und wir haben über dieses Thema schon zu Lebzeiten von Herrn Landeshauptmann Krainer hier gesprochen. Ich kann mich ganz genau erinnern, daß damals dieselben Namen, Oberegger usw. gefallen sind.

Herr Präsident, lesen Sie es nach in den alten Protokollen. Erstens: Der Herr Generaldirektor

Oberegiger war kein OVP-Politiker. (Landesrat Gruber: „Herr Abgeordneter, das dürfen Sie nicht sagen!“) Zweitens, und an das erinnere ich mich ganz genau — die VOEST in Linz ist unter denselben Voraussetzungen angetreten wie die Alpine-Montan, und die VOEST in Linz hat es sehr wohl verstanden, in die Finanzindustrie überzugehen, ist also offensichtlich nicht von den bösen OVP-Politikern daran gehindert worden.

Das, was mir aber am allerwesentlichsten daran erscheint, und das soll auch einmal ausgesprochen sein, von Kriegsende bis zur OVP-Alleinregierung hat stets ein sozialistisches Regierungsmitglied, als Minister verantwortlich, die verstaatlichte Industrie geführt. Und ich frage mich, was das für Waschlappen waren, wenn sie ihre Ministerverantwortlichkeit so wahrgenommen haben, daß sie wider besseren Wissens zum Schaden der Betriebe Verträge mit dem Koalitionspartner OVP abgeschlossen haben. (Lebhafter Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart, ich erteile es ihm.

Abg. Erhart: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es ist für mich als einen der jüngsten Abgeordneten in diesem Haus — ich bin ja erst seit einem halben Jahr angelobt — sicherlich kein Vergnügen, in dieser Angelegenheit jetzt sprechen zu müssen, vor allem deshalb nicht, weil wir schon am dritten Budgettag sind und weil wir zu fortgeschrittener Stunde sind, aber die Ausführungen meines Kollegen Marczik zwingen mich dazu, einige Korrekturen anzubringen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das wird schwierig sein!“)

Der Kollege Marczik hat in seinen Ausführungen behauptet, daß die Österreichische Volkspartei — wie hat es wörtlich geheißen — kein parteipolitisches Kapital aus der Situation Fohnsdorf schlagen will. Ich glaube, ich zitiere richtig, diese Behauptung wurde so aufgestellt. Nun, ich möchte behaupten, daß dem nicht so ist. Es gibt in der Entwicklung um die Schließung Fohnsdorf sehr wohl Akzente von seiten der Österreichischen Volkspartei, die doch darauf deutlich hinweisen, daß es ihnen um taktische Vorteile aus dieser für die Betroffenen in Fohnsdorf so unangenehmen Situation geht.

Diese Behauptung, sehr verehrte Damen und Herren der OVP, die kann ich Ihnen sehr wohl beweisen. Ich möchte sagen, daß die Sozialistische Partei mit dieser Meinung nicht alleine dasteht, sondern daß in dieser Frage eine Unterstützung durch die steirische unabhängige Presse sehr wohl vorhanden ist. Ich darf Ihnen nur ein paar Zeilen vorlesen, wie man, ich möchte sagen, im nichtsozialistischen Lager, über Ihre Einstellung denkt. Hier steht zum Beispiel eine Stelle, da heißt es: „Am Mittwoch fühlte sich nach Landesrat Peltzmann auch Landeshauptmann Niederl bemüht, zu betonen, die Schließung der Kohlengrube Fohnsdorf müsse mit Blick auf ihren Beitrag zur Energieversorgung Österreichs (0,7 Prozent) noch einmal überdacht werden. Man erinnert sich“ (Abg. Marczik: „Wer?“)

— ich zitiere nur diese Zeitung — „in diesem Zusammenhang, wie Niederl und Peltzmann“ — und jetzt passen Sie auf, bitte schön — „es eilig hatten, die Eumig-Ansiedlung in die Öffentlichkeit zu bringen, nur um Kreisky zuvorzukommen, der das Projekt entriert hatte.“ (Abg. Marczik: „Gott sei Dank!“) Das ist nicht meine Meinung, sondern hier habe ich zitiert mit der Überschrift, Herr Landeshauptmann, „Was soll das, Herr Dr. Niederl?“ in der „Kronen-Zeitung“ vom 14. Oktober 1976. (OVP: „Kronen Zeitung!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Darf ich dazu etwas sagen? Das war in voller Übereinstimmung mit der Bundesregierung und dem Bundeskanzler, das darf ich Ihnen sagen. Bringen Sie nicht als Zitat die ‚Kronen-Zeitung‘, sondern die Aussagen des Herrn Bundeskanzlers!“)

Ich werde Ihnen noch eine andere Zeitung zitieren, Herr Landeshauptmann. Hier heißt es, und dieser Meinung schließe ich mich dann gerne an, hier heißt es unter anderem: „Denn es ist niemand gedient, wenn unbegründete Hoffnungen oder unbewiesene Verdächtigungen im Raume stehen bleiben. Außer vielleicht einigen kurzsichtigen Parteitaktikern, die am verlöschenden Feuer von Fohnsdorf noch schnell ihr Süppchen kochen wollen, und diese Funktion sollte man allein den Kommunisten überlassen“, schreibt die „Kleine Zeitung“ am 16. Oktober. Wen meint die „Kleine Zeitung“ wohl? (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das wollen wir alle nicht!“ — Landesrat Peltzmann: „Zitieren Sie einmal richtig! Die ‚Kleine Zeitung‘ schreibt, der Kreisky hat das gesagt!“) Nein, das stimmt, nein, Herr Landesrat, ich kann Ihnen den ganzen Artikel dann zur Ansicht geben. Hier steht kein Wort. Hier wird nicht Kreisky zitiert, sondern das ist die Meinung von Redakteur Zankl in der „Kleinen Zeitung“ vom 16. Oktober 1976. (Abg. Marczik: „Es hat der Bundeskanzler selbst gesagt, daß das überprüft wird. Was reden Sie denn?“)

Aber schauen Sie, ich kann diese Feststellung nicht nur auf Grund dieser Zeitungsnotizen beweisen, sondern ich werde Ihnen noch eine andere Stelle aus einem Flugblatt bzw. aus einer Einladung vorlesen, und wenn Sie mir einen Moment zuhören würden, hier heißt es: „Die Fohnsdorfer Anliegen waren dem steirischen Landeshauptmann Doktor Friedrich Niederl so wichtig, daß er nicht nur eine Fohnsdorfer Delegation empfangen hat, sondern selbst mit dem zuständigen Referenten, Landesrat Kommerzialrat Peltzmann, in unseren Bezirk gekommen ist.“ Und hier heißt es weiter: „Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl war es auch“ — und jetzt hören Sie —, „der die ersten Kontaktgespräche mit der Firma Eumig über eine Betriebsansiedlung in Fohnsdorf geführt hat.“ Dieses Flugblatt wurde vom Wirtschaftsbund in Judenburg an Gewerbetreibende und Selbständige dieser Stadt verschickt, die zu einem Sprechtag eingeladen werden sollen. (Abg. Gratsch: „Darum geht es!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Darf ich Ihnen etwas sagen? Das Bundeskanzleramt hat mich angerufen, ob der Chef der Firma Eumig, der Kommerzialrat Fockenhuber, nach Graz kommen kann, um über Landesförderungsmittel zu sprechen. Dieses Gespräch hat stattgefunden. Das ist die Wahrheit

meine sehr verehrten Damen und Herren!" — Beifall bei der OVP.) Herr Landeshauptmann, Ihre Funktionäre draußen in den Bezirken haben das nicht so wie Sie gesagt, sondern stellen bewußt so hin, als wären Sie der Vater der Eumig-Sache. (Landeshauptmann: Dr. Niederl: „Das bin ich nicht!“)

Hier darf aber gesagt werden, daß der Schließungsplan, den die Bundesregierung im Falle Fohnsdorf nun vorgelegt hat, sich sehr wesentlich von den früheren Schließungsplänen unterscheidet, daß nämlich dieser Schließungsplan sehr wohl die Frage und die Sorge um Ersatzarbeitsplätze zum Gegenstand hat und es nicht nur um ein Sozialpaket geht und daß gerade die Ansiedlung der Firma Eumig mit 500 Arbeitsplätzen beweist, daß die sozialistische Regierung in diesem Fall vollkommen richtig gehandelt hat. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer, ich erteile es ihm. (Abg. Ing. Turek: „Schon wieder Statistiken. Du hast immer die falschen mit!“ — Abg. Sponer: „Kann passieren!“)

Abg. Sponer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde versuchen, ganz kurz zu sein. Die Ursache, warum ich mich gemeldet habe, ist die, daß eben der Vorredner unseres Bezirkes, der Kollege Marczik, meines Erachtens sehr eindeutig die Problematik in der Region Aichfeld-Murboden bzw. in Judenburg dargestellt hat und ich werde nun versuchen, von meiner Warte aus, diese Dinge zu ergänzen.

Ich darf noch einmal sagen, es ist noch nicht lange her, es sind nur einige Jahre her, wo man dieser Region vorausgesagt hat, daß sie in Kürze zu einem Industriefriedhof werden wird. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wir nicht!“) Auf Initiative der Gemeinden dieses Gebietes war es möglich, daß sie sich zusammengeschlossen haben und daß in weiterer Folge das Land wie auch der Bund diesem Zusammenschluß beigetreten sind. Daraufhin wurde von der Bundesregierung der sogenannte Modellfall Aichfeld-Murboden ins Leben gerufen, und das ist nämlich das, was noch nicht gesagt wurde und was unserer Meinung nach wirtschaftlich doch sehr bedeutungsvoll für diese Region ist, nämlich, daß im Rahmen dieses Modellfalls Aichfeld-Murboden zirka zwei Milliarden Schilling Bundesmittel in diesen Raum kommen, selbstverständlich auch Mittel des Landes. (Abg. Marczik: „Hauptsächlich, Herr Kollege!“) Nicht hauptsächlich. Mehr wie zwei Milliarden oder annähernd zwei Milliarden Schilling, lieber Freund, sind vom Land nicht in die Region gekommen. (Abg. Marczik: „Herr Kollege, ein Zwischenruf. Das ist ja ein Schmach, das ist falsch!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Ich darf aber, um mich nicht zu verzögern, weiter ausführen, meine Damen und Herren, und feststellen; es wurde nämlich auch in der Vergangenheit von dieser Stelle aus behauptet: „Zwei Milliarden Schilling würden versprochen und nicht gehalten, wo sind denn die Dinge, die damit ge-

baut werden sollen?“ Ich darf heute sagen, was bisher geschehen ist, ich darf (Abg. Marczik: „Wo sind die zwei Milliarden des Herrn Bundeskanzlers?“) sagen, was bisher gebaut wurde und was derzeit in Bau ist, meine Damen und Herren. Derzeit in Bau ist das Bundesschulzentrum in Judenburg. Fertiggebaut ist das Umschulungszentrum in Fohnsdorf, das sich bisher jetzt schon in der letzten Zeit bewährt hat und das sich auch in der Zukunft sehr bewähren wird. (Abg. Koiner: „Willst du die Kohlengruben umbringen?“) Ich darf weiter feststellen, meine Damen und Herren, daß ein wesentlicher Teil der 750 Wohnungen, die geplant sind, bereits festgestellt und auch schon bezogen sind. Ich darf weiter dazu sagen, daß die S 36, die Umfahrung Judenburg, in diesem Programm drinnen ist, und wie wichtig das ist, können sicherlich die ermesen, die in diesem Raume wohnen und die sich in diesem Raume bewegen müssen. Ich darf weiters sagen, meine Damen und Herren, daß aus diesem Titel die Firma Bauknecht in Spielberg gefördert wurde, die also mehr als 1000 Beschäftigte zur Zeit hat. Ich darf sagen, die Firma Wehr wurde gefördert, es wurde die Firma Siemens in Fohnsdorf gefördert. Zusammenfassend darf ich sagen, daß bisher auf Grund der Neubauten und auf Grund des Straßenausbaues und der Förderung zirka 2000 zusätzliche Arbeitsplätze in dieser Zeit geschaffen wurden.

Meine Damen und Herren, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat in seiner Schlußrede einen sehr bedeutenden Satz gesprochen, nämlich: (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Er hat nur bedeutende Sätze gesprochen!“) „Wir leben davon, daß wir im Ausland verkaufen.“ Meine Damen und Herren, damit möchte ich ganz kurz einige Bemerkungen zur VEW-Styria Judenburg sagen. Niemandem, ob das jetzt die Arbeiter und Angestellten in der VEW Judenburg sind, ob das die Arbeiter und Angestellten der VEW Böhler in Kapfenberg sind, ob es die Arbeiter und Angestellten der VOEST-Alpine sind, niemandem ist geholfen, wenn nur Worte gesprochen werden und wenn nur Schriften verfaßt werden. Meine Damen und Herren, auch hier kann ich sagen, daß Bundeskanzler Kreisky es in der jüngsten Vergangenheit war, der sich in Bewegung gesetzt hat, um zusätzliche Aufträge für unsere Stahlindustrie zu holen und ich kann heute mit Stolz sagen, daß zum Teil, oder zum Großteil, die Beschäftigung in Judenburg heute darauf basiert, daß eben Aufträge für Polen auf dem Fernsektor gekommen sind. Nur ein Beispiel. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Soll der Landeshauptmann es holen fahren?“)

Meine Damen und Herren! Wenn es uns ernst ist, wenn es uns um diese Dinge ernst ist, dann soll jeder versuchen, Tonnen, Tonnen Arbeitsaufträge in die Industrie zu bringen, nur damit können wir den Leuten helfen. Mit Worten und Versprechungen ist ihnen nicht geholfen. (Abg. Ing. Koiner: „Aber auch nicht mit der Änderung der Autobusabfahrtszeiten!“ — Abg. Marczik: „Er meint, daß sie schneller wegfahren können!“) Bitte, jetzt hab'

ich nicht verstanden. Da muß ich annehmen, Herr Präsident, daß Sie sich mit der Materie nicht beschäftigt haben, denn hätten Sie sich beschäftigt, dann würden Sie wissen, um was es hier geht. Aber das steht heute ja gar nicht zur Diskussion, das kommt in einer Vorlage bei einer der nächsten Sitzungen. Dort werden wir dann reden, da können Sie sich melden und ich werde auch meinen Standpunkt sagen. Zu den Investitionen, meine Damen und Herren! So kann ich nur für die Styria Judenburg sagen und feststellen, daß eben in den letzten fünf Jahren investiert wurde, nämlich in einem Ausmaß wie nie zuvor, und zwar immerhin 345 Millionen Schilling. (Abg. Pözl: „Der Gross sitzt schon auf der Regierungsbank und der Gruber sitzt unten!“)

Meine Damen und Herren, zum Abschluß hätte ich nur noch eine Frage. Und zwar an den Herrn Landeshauptmann Niederl. (Unverständliche Zwischenrufe.) Meine Herren von der ÖVP, wenn ihr so schreit, wird der Herr Landeshauptmann meine Frage nicht verstehen. Vielleicht ist er dann böse, und zwar: (Abg. Pözl: „Herr Abgeordneter Sponer, ich darf Sie aufmerksam machen: Der Abgeordnete Gross sitzt auf der Regierungsbank und der Gruber sitzt unten. Ihr könnt den Ileschitz ruhig wieder hereinholen!“) Der Herr Landesrat Peltzmann hat am 24. September in Judenburg erklärt, und zwar über Aufforderung von Herrn Landeshauptmann (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Eine Aufforderung? Wir sind eine demokratische Partei!“) — über Aufforderung des Herrn Landeshauptmannes, Herr Landeshauptmann, ich hab hier eine Information, die sogar von einem Abgeordneten dieses Hauses unterzeichnet ist, und da steht drin, sollte das nicht stimmen, würde ich Sie bitten, daß Sie an den Verantwortlichen, der das unterschrieben hat, sich wenden —, ich betone über Aufforderung von Herrn Landeshauptmann mitgeteilt hat und gesagt hat: „Es besteht die Aussicht, daß 600 Arbeitsplätze in Fohnsdorf von verschiedenen Firmen geschaffen werden.“ Meine Frage, Herr Landeshauptmann, wäre nun, können Sie heute mitteilen, ob in der Zwischenzeit echt zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Hier ist keine Fragestunde!“) Fragestunde ist das sicher keine. Das Problem Fohnsdorf ist glaube ich so ernst, daß man diese Frage sehr wohl richten kann. Danke. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Schlußwort zu dieser Gruppe spricht nun Landesrat Peltzmann. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident, ich möchte um Entschuldigung bitten für meinen erregten Zwischenruf, der dem Hause nicht angepaßt war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte doch eine Frage zuerst beantworten, bevor ich mir erlaube, in die Thematik einzugehen. Das war die Abwesenheit am 20. Oktober, das war ein Mittwoch. Ich hab mir da schon aufgeschrieben, als der Abgeordnete Hammerl das, und zwar in einer

Art Zwischenruf, nicht in einer beleidigenden Äußerung, das hat er ja dann dem Herrn Präsidenten der Arbeiterkammer überlassen, schon als Fragezeichen in den Raum gestellt hat. Im Frühjahr 1976 wurde die Landesräte-Wirtschaftskonferenz mit Termin 20. Oktober nach Wien einberufen. Ich habe bei der Landtagskanzlei anfragen lassen, ob ein Stück, das mich betrifft, bei dieser Sitzung vorliegt. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nein, ist keines vorgelegen!“) Ich bin dann zum Herrn Landeshauptmann gegangen und habe ihn um Beurlaubung gebeten. Und nun müssen Sie wissen, daß ein dringlicher Antrag erst eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung bekannt wird, bei der Obmännerkonferenz. Wenn ich es gewußt hätte, müßte es in Ihren Reihen einen Verräter geben, suchen Sie ihn, es ist Ihre Angelegenheit, nicht meine. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Hat es keinen gegeben!“) Ich habe es nicht gewußt. Mir tut nur leid, daß man mich nicht im Laufe des Vormittags in Wien verständigt hat. Ich hätte alles darangesetzt, hereinzukommen. (Abg. Pözl: „Das glaube ich auch!“)

Sie dürfen mir jede Unhöflichkeit vorwerfen, das liegt mir nicht ganz, aber Feigheit, die können Sie sich von mir aus selbst ins Stammbuch schreiben. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Er hat das ja nicht gesagt!“ — Abg. Ileschitz: „Ich habe nicht gesagt, Sie sind feig, ich habe zitiert, was eine Zeitung geschrieben hat!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Aber Herr Präsident!“) Schauen Sie. Der Ton macht die Musik. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sie haben gesagt, daß er es vorgezogen hat, nicht hierzusein. Das ist unkollegial!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Der Herr Landesrat ist am Wort!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist unkollegial!“ — Abg. Brandl: „Ihre Belehrungen brauchen wir nicht! Die behalten Sie sich!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist unkollegial! Bitte das Wort zur tatsächlichen Berichtigung! Ich habe gefragt, was für Waschlappen müssen das gewesen sein? Wenn sie zum Nachteil der Betriebe solche Vereinbarungen abgeschlossen haben, dann wären sie auch Waschlappen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten. — Abg. Pözl: „Ruhe!“ — Präsident: „Danke für die Unterstützung, ich bitte weiterzureden!“ — Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wirtschaftsstruktur unseres Heimatlandes wurde bereits von einem anderen Vorredner hinlänglich beleuchtet. Der Rohstoffvorteil, der uns gegeben wurde, hat natürlich zu einer Auswirkung im Rahmen der Industrie geführt, und zwar, daß wir ein Eisen- und Stahlland geworden sind. Und dieser ehemalige Rohstoffvorteil hat sich später zu einem gewissen Nachteil entwickelt. Es muß für uns eine Herausforderung darstellen, diese Schwäche, die dieser Rohstoffvorteil heute für uns bringt, als Herausforderung anzunehmen, und es liegt an uns, aus dieser Schwäche eine Stärke zu machen.

Wir haben daher diese Herausforderung angenommen und versucht, gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen zu setzen. Maßnahmen, mit welchen

nicht nur Arbeitsplätze geförderter Branchen und Regionen gesichert, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Daß wir dabei Erfolg gehabt haben, bestätigt uns das Institut für Wirtschaftsforschung, welches festgestellt hat, daß im Rezessionsjahr 1975 nur in Tirol, in der Steiermark und in Oberösterreich durch Neugründungen mehr industrielle Arbeitsplätze geschaffen werden konnten als durch Betriebsstillegungen verloren gingen. Ich habe hier die Unterlagen mit und Sie werden aus diesen Unterlagen ersehen, daß es praktisch dem Bundesland Kärnten nicht gelungen ist, den Verlust von Arbeitsplätzen wettzumachen, sondern, daß es im gleichen Zeitraum 15 Prozent der Arbeitsplätze in der Industrie verloren hat.

Das, glaube ich, zeigt, daß unsere Wirtschaftsförderung ja doch nicht so schlecht organisiert, so schlecht vollzogen werden konnte, wie einige der Herren das hier immer wieder behaupten. Und daß wir nicht die schlechtesten Förderungsideen entwickelt haben, zeigt eine Mitteilung, die wir über die Top-Information bekommen haben — und auch unsere Tageszeitungen haben sie aufgenommen —, die sagt uns, daß der Handelsminister Staribacher, aber ebenso, das ist die neueste Mitteilung von heute, der Bürgermeister von Wien unser Jungunternehmerförderungsgesetz fast vollinhaltlich übernommen haben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Strenitz: „Ihr habt das Sozialhilfegesetz ganz brutal abgeschrieben!“)

Meine Damen und Herren! Mit den Wirtschaftsansätzen des Budgets 1977 versuchen wir wieder Schwerpunkte zu setzen, wir versuchen wieder, der gesamten Wirtschaft — und wir machen keinen Unterschied zwischen klein, mittel und groß — die Hilfestellung zu gewähren, die die Bundesregierung in den letzten Jahren derart vernachlässigt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich höre Bundesmittel! Was in die Steiermark für die Wirtschaftsförderung an Bundesmitteln hereingeflossen ist, das können Sie, glaube ich, am Lohnstreifen eines Hilfsarbeiters messen. (Abg. Ileschitz: „Das ist doch unerhört!“ — SPO: „Na, na!“)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie behaupten, ERP-Mittel sind Bundesmittel, und ich selbst habe lange genug der ERP-Fonds-Verwaltung angehört, dann lügen Sie sich selbst in die Tasche. Das sind die Mittel der amerikanischen Hilfslieferungen, die dem Staat zur treuhändischen Verwaltung zur Verfügung gestellt wurden. (Abg. Gross: „Kollege Peltzmann, 1975 161 Millionen Schilling durch die Arbeitsmarktverwaltung allein in der Steiermark!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Die nehmen's und sagen nicht einmal dankeschön!“) Herr Kollege Gross, diese Zahl stimmt. Ich rede jetzt von den Betriebsförderungsmitteln, und die Zahl stimmt. (Abg. Prensberger: „Papierindustrie!“ — Abg. Ing. Turek: „Inflationsausgleich!“) Ich komme ja auf das noch. Ich bitte Sie, Sie brauchen die Erregung Ihres Präsidenten nicht überall nachmachen. Wir wissen sowieso, daß Sie immer versuchen, ihn zu beruhigen, und dann sagen Sie ihm falsch ein, und da liegt der Fehler. (Abg. Ileschitz: „Mir braucht niemand etwas einsagen!“ — Abg. Zinkanell: „Ein Format ist das, das ist ja unerhört!“)

Schauen Sie, Herr Gross, aber Sie müssen zugeben, daß das diesbezügliche Gesetz für die Arbeitsmarktförderung von der Frau Minister Rehor stammt. Nichts Neues, Herr Kollege Gross. Euch ist bestimmt nichts Neues eingefallen. Ihr habt das Glück, ein gutes Gesetz vollziehen zu dürfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun ein paar Dinge, glaube ich, die passen jetzt hier herein, zum Problem Fohnsdorf. Herr Gratsch hat dem Herrn Landeshauptmann einen Zickzackkurs vorgeworfen. Der Herr Landeshauptmann braucht keine Verteidigung, aber in unserem Klub wird Kameradschaft immer noch großgeschrieben, das fehlt bei Ihnen schon längst. (Beifall bei der ÖVP.) Wir sprechen uns alle diese Dinge aus, das Für und Wider. Und wenn wir einen Weg für richtig erkannt haben, dann gehen wir auch gemeinsam, da brauchen wir nicht einmal eine Tageszeitung dazu, das machen wir sogar so.

Nummer eins: Der Gesellschafter der Firma Eumig, der Herr Kommerzialrat Fockenhuber, ist Bundeskammerrat, und wir kennen uns schon sehr, sehr lang. Meine Damen und Herren! Ich habe auch hier vom Amte der Steiermärkischen Landesregierung seit Jahren schon das Vergnügen, mit ihm und seinen Mitarbeitern verhandeln zu dürfen. So kam es bereits am 25. Mai 1970 zum ersten Industrieansiedlungsvertrag mit der Firma Eumig, und in der Zeit bis heute konnten rund 500 neue Arbeitsplätze im Raume von Fürstenfeld im gemeinsamen Bestreben geschaffen werden. Wir haben auch die Danubia aufgefangen mit der Firma Eumig. Und, meine Damen und Herren als es darum ging, einen neuen Produktionszweig in Fürstenfeld zu installieren, wurden die Verhandlungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl und in seinem Auftrag teilweise von mir mit Herrn Kommerzialrat Fockenhuber und mit seinen Mitarbeitern geführt. Damals schon haben wir die Grundkonzeption der Eumig-Werke vorgetragen bekommen, Hauptschwerpunkte Wiener Neudorf und Fürstenfeld, und damals schon stellte die Werksleitung ein Projekt, das die Zusammenfassung ihrer jetzt den verschiedenen Betrieben zugeteilten Werkzeug- und Formenbau in einem Betrieb vorsah, bei uns zur Diskussion. (Abg. Ileschitz: „Aber nicht in der Steiermark!“) Was glauben Sie, für wen ich verhandle? Das mag vielleicht der Präsident der Arbeiterkammer machen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ileschitz: „Für Fürstenfeld!“) Irgend etwas kann nicht stimmen. (Abg. Ileschitz: „Herr Landesrat, jetzt möchte ich Ihnen etwas sagen! Sie haben keine Ahnung gehabt, daß ein solcher Betrieb entstehen soll. Das ist unter Kreisky gewesen!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das stimmt ja nicht!“ — Abg. Ileschitz: „Das ist geboren worden beim Kreisky!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Aber hören Sie auf! Regen wir uns nicht auf!“ — Abg. Ileschitz: „Das ist unerhört!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Die Eumig-Leute haben gesagt, sie waren beim Kreisky!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Gemeinsam, Herr Kollege!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Als zweiter!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Niemand ist der Vater, das sage ich Ihnen! Gemein-

sam — merken Sie sich das! Wir werden dort etwas schaffen, wenn wir es gemeinsam tun!" — Abg. Gratsch: „Zuerst haben Sie probiert, der Vater zu sein!" — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Hören Sie auf!" — Abg. Ileschitz: „Ich konzidiere Ihnen Fürstenfeld, aber sonst nichts!" — Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Ich vergönne dem Landesrat selbstverständlich eine Ruhepause, aber es wäre doch im Interesse, glaube ich, des ganzen Hohen Hauses, wenn er fortfahren könnte!"

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist uns bei diesen Dingen nie um die Vaterschaft, sondern um die Betriebe gegangen. Und ich darf doch noch feststellen: Ich wurde von der Firma Eumig informiert, daß Herr Bundeskanzler den Herrn Kommerzialrat im Ausland sucht, und mir wurde auch bei diesem Anruf gesagt, warum der Herr Bundeskanzler den Herrn Kommerzialrat Fockenhuber sucht. Ich wurde dann von Herrn Kommerzialrat Fockenhuber angerufen, er hat den Herrn Landeshauptmann nicht erreicht, der Herr Landeshauptmann war abwesend, und er sagte mir, der fahre jetzt zum Herrn Bundeskanzler, und er wäre bereit, das Programm Werkzeugbau — da war vom Formenbau noch nicht die Rede — bezüglich Fohnsdorf mit dem Herrn Bundeskanzler zu diskutieren. Was glauben Sie, was mir passiert ist? Nicht nur der Herr Abgeordnete Schrammel, auch der Bürgermeister von Fürstenfeld ist zu mir gekommen, um mir Vorwürfe zu machen. Ich sage das nur, weil ich ja keinen Dunst habe, was da hinunterkommen sollte. Aber die Dunstlosigkeit herrscht bei Ihnen, Herr Präsident, bei uns weniger. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ileschitz: „Herr Landesrat, ich verwahre mich dagegen. Die 400 Arbeitsplätze sind mit Ihnen besprochen worden. Aber von der Gründung in Fohnsdorf haben Sie keine Ahnung gehabt!" — Abg. Gratsch: „So etwas sitzt auf der Regierungsbank!" — Abg. Ileschitz: „Sie sind unkorrekt in Ihrer Aussage!" — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Der Herr Bundeskanzler ist nicht so unfair!") So unfair ist nicht der Herr Bundeskanzler, so unfair ist auch nicht der Herr Handelsminister. Beide sind auf dem Standpunkt gestanden — sie haben am gleichen Tag dann eine Pressekonferenz gemacht —, daß wir das gemeinsam machen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Jawohl, genau so ist es!") Und ich war bei den Finanzierungsverhandlungen draußen, und da muß ich sagen, die Aufstockung von 250 auf 500 Betriebe hat die Bundesregierung ermöglicht. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Selbstverständlich!") Stimmt vollkommen. Kurz schalten ist halt sehr schwierig. (Abg. Ileschitz: „Ich könnte mehr sagen, weil ich dabei war!")

Und nun bin ich auch gefragt worden: „Welche Betriebe?" Acht Betriebe haben wir hier erfaßt, die alle bereit wären, in den Raum Fohnsdorf zu gehen, und beim Sprechtag am Montag war der Bürgermeister von Fohnsdorf bei mir (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Darf er das?" — Abg. Pözl: „Ohne Ileschitz?" — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wir haben keine Diktatur, wir haben eine Demokratie!") und hat mich gebeten, mitzuwirken und mitzuarbeiten, schon deswegen, weil er berechtigte Angst hat, daß die eine oder andere Bewerbungsfirma nur

wegen der Vorteile, aber weniger aus unternehmerischem Ehrgeiz dort hinziehen würde. (Abg. Prensberger: „Ja, das ist richtig!") Ich habe dem Herrn Bürgermeister gesagt, daß ihm unsere ganze Abteilung selbstverständlich jederzeit zur Verfügung steht, und habe dem Herrn Bürgermeister auch gesagt, daß wir im Falle Fohnsdorf bereit sein werden, bei den Aufschließungskosten, nicht nach dem Schlüssel 50 : 50, sondern wenn es sein muß 70 : 30 und im Notfall auch 100 Prozent zu geben. Bitte, fragen Sie den Herrn Bürgermeister. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Dorfer: „Da klatscht ihr nicht einmal!" — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das wollen Sie ja nicht!" — Landesrat Dr. Krainer: „Sie dürfen ja nicht!" — Abg. Pözl: „Wir haben ja auch sozialistische Regierungsmitglieder!" — Abg. Gerhard Heidinger: „Wir sind ja keine Marionetten, die klatschen, wenn ihr es wollt!" — Abg. Brandl: „So weit kommt es noch, daß wir uns das Klatschen vorschreiben lassen von Ihnen! Trotz der ÖVP-Mehrheit, so weit sind wir noch nicht!" — Abg. Prensberger: „Wenn ein Erfolg ist, werden wir gerne klatschen!" — Abg. Buchberger: „Du schon, aber die anderen nicht!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Es kommt ja noch ganz anders, das ist ja erst der Anfang.

Nun, meine Damen und Herren! Wie Sie aus der Presse vor etlichen Wochen entnehmen konnten, haben sich erstmalig die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark zusammengesetzt, um ein Regionalprogramm zu erstellen, und zwar über die Region Eisenwurzen, eine Region, die praktisch vor 200 Jahren das industrielle Eisenzentrum dargestellt hat, eine Region, die durch die Entwicklung, durch das Abwandern der Eisenindustrie in kostengünstigere Räume heute teilweise gewisse Strukturschwächen zeigt. Sie wissen, daß es bei uns den Gerichtsbezirk St. Gallen betrifft, es dürfte Ihnen auch bekannt sein, daß dort drei Betriebsgründungen mit Hilfe des Landes Steiermark vonstatten gingen, und Sie wissen auch, daß zur Zeit das Problem der dortigen Papierfabrik einer guten Lösung zugeführt werden konnte. Aber trotzdem geht es darum, in dieser Region weitere Möglichkeiten für die jungen Menschen zu schaffen, und hier fehlt es in erster Linie an Ausbildungsplätzen. Wir werden gemeinsam mit dem Land Niederösterreich und dem Land Oberösterreich eine Ausbildungsstudie entwerfen, um dort den jungen Menschen nicht das Abwandern, sondern das Daheimbleiben zu ermöglichen, um dort einen Beruf erlernen zu können. Wir haben aber auch der Rechtsabteilung 4 den Auftrag gegeben, ein solches Programm für das Gebiet Wies, Eibiswald, Soboth, Deutschlandsberg zu entwerfen. (Beifall des Abg. Hammerl: — Abg. Dr. Schilcher: „Schließt ihr ihn jetzt aus?" — Abg. Hammerl: „Ich bin halt dankbar!")

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich ein paar Richtigstellungen noch machen.

Wenn wir von Wirtschaftsförderung sprechen und wenn erklärt wird, von 50 Prozent wisse die gute SPÖ nicht, was die ÖVP mache, dann muß man noch einmal sagen, wie sich die Wirtschaftsförde-

rung in diesem Lande darlegt. Wir kennen die Kammer-Landaktion, ich glaube, sie wurde 1954 beschlossen, der Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian dürfte ja damals schon dem Landtag angehört haben. Wir haben dann die Jungunternehmerförderung, und wir haben die Wirtschaftsförderung. Und ich glaube, daß wir die Kammer-Landaktion ausklammern können, und trotzdem muß ich mich mit dieser Aktion etwas mehr beschäftigen, weil, glaube ich, aus Unkenntnis Ihrer eigenen Landtagsbeschlüsse es zu Fehleinschätzungen, Fehlurteilen Ihrerseits kommt. Daß dort die Kammer mitspricht ist selbstverständlich, sie zahlt ja auch mit. Die Kammer-Landaktion: Zuerst war das Verhältnis 50 : 50 und seit 1960, glaube ich, sind die Anteile 40 : 60. Und meine Damen und Herren, dort hat die Sozialistische Partei — schade, daß der Erste Vorsitzende der Sozialistischen Partei nicht anwesend ist —, ja selbst über den Freien Wirtschaftsverband einen Delegierten in diese Kommission entsandt, ich glaube, es ist der Herr Müller, wenn ich nicht irre, und er ist 14 Jahre drinnen, so lange ich dieser Kommission vorsitze. Und ich darf auch sagen, in dieser Kommission hat es keinen einzigen Fall gegeben, wo die Minderheit überstimmt worden wäre. (Abg. Loidl: „Der ist ja auch ein Kammermitglied!“) — Abg. Ing. Stoisser: „Sekretär ist er vom Freien Wirtschaftsverband!“ — Abg. Loidl: „Er ist ein Kammermitglied!“) Ich lade die Arbeiterkammer herzlichst ein, ebenfalls eine solche Aktion ins Leben zu rufen und wir sind gerne bereit, ich habe noch nie Geld abgelehnt, das der Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt wurde. (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn ihr die Mehrheit hättet in der Handelskammer, wäre das sicher nicht drin!“ — Abg. Prensberger: „Flugblattaktion!“ — Abg. Ileschitz: „Beschließen wir unseren Entwurf zum Wirtschaftsförderungsgesetz, und wir werden uns verstehen! Warum setzt ihr uns den Stuhl vor die Türe?“) Ich komm schon noch auch dazu. Ich habe geglaubt, ein Gesetz wird in einer eigenen Landtagssitzung behandelt, aber bitte, wenn Sie es bei der Budgetgebate haben wollen, machen wir es auch.

Aber meine Damen und Herren! Als wir 1973 das Jungunternehmerförderungsgesetz beschlossen haben, (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist ein Entwurf, über den beraten wir noch lange!“ — Abg. Ileschitz: „Welcher?“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist ja die neue Methode!“ — Abg. Ileschitz: „Wir nehmen dem Land die Arbeit ab, damit es leichter geht!“ — Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Herr Landesrat Peltzmann spricht, meine Herren!“) habe ich dem Herrn Finanzminister angetragen, die Abwicklung dieses Förderungsgesetzes in Form einer Fondsverwaltung durchzuführen, da wäre automatisch ein Kuratorium letztlich, so wie bei der Kammer-Landaktion, verantwortlich gewesen. Herr Landesrat Klausner, es steht mir nicht zu, zu sagen, es stimme nicht, aber es wurde gesagt, das sei nicht möglich, denn wenn nur das Land selbst die Mittel zur Verfügung stelle, sei es nur über die Landesvoranschläge, wie es jetzt geschieht, voll abwickelbar.

Aber nun muß ich doch noch zu etwas kommen, (Abg. Gerhard Heidinger: „War es bisher nichts? Sie haben gesagt, jetzt muß ich noch zu etwas kommen!“) das ich mir lieber vorgenommen habe, nicht zu bringen. Aber da doch hier gewisse Vorwürfe gefallen sind, werden Sie auch mir erlauben, die Tatsachen richtig in den Raum zu stellen. Bei dieser Sitzung im Oktober, in der die dringliche Anfrage behandelt wurde, hat der Herr Präsident der Arbeiterkammer grundsätzliche Feststellungen getroffen, und zwar hat er folgendes gesagt: „Die Zwischenrufe haben jetzt ein paar Minuten gedauert“ — wie bei mir —, „ich möchte also grundsätzlich eines feststellen, ich habe in diesem Haus schon einmal zu diesem Problem gesprochen, das war ein Riesenkravall, und da hat man genau wie jetzt gerufen, nennen Sie Betriebe, und ich habe gewarnt davor. Was mußte ich am nächsten Tag in der ‚Tagespost‘ lesen: Es war noch nie jemand hier, der so unfair war und Namen von Betrieben nannte, die insolvent waren oder die in Konkurs gegangen sind.“ Eine eigenartige Einstellung. „Aber ich kann jetzt Betriebe nennen,“ hat er gesagt, wenn ich nicht als unfair betrachtet werde, so würde ich aus dieser Liste von damals (Abg. Doktor Dorfer: „Sehr viele Unwahrheiten!“ — Unverständliche Zwischenrufe. — Landesrat Dr. Krainer: „Eigene Worte!“) ich hab sie hier, ich kann sie noch weiter vorlesen, nur brauche ich einige Zeit dazu, gleich einige Betriebe jetzt nennen, ich nenne nicht alle, ich habe so viele davon. (Abg. Ileschitz: „Weil Sie mich aufgefordert haben!“) Da hat er wahrscheinlich die Konkursliste von der Gebietskrankenkasse erwischt.

Nun, meine Damen und Herren, müssen sich von den sechs Betrieben fünf Betriebsinhaber gefallen lassen als insolvente Firmen im Hohen Haus genannt zu werden von einem Mann, den die Immunität schützt, daß man ihn nicht vor den Kadi ziehen kann, dort wo er hingehören würde. Fünf Firmen. Ich lese jetzt jede Firma vor. Herr Präsident, Sie haben einen Fehler gemacht, Sie haben eine so hervorragende statistische Abteilung in der Arbeiterkammer, (Abg. Pölzl: „Sie haben eine falsche Liste!“) warum haben Sie denn nicht gefragt, dann wäre Ihnen das erspart geblieben. Aber ich lese alles vor, Herr Präsident.

Die Arbeiterkammer hat sich auch an die Gemeinde Knittelfeld gewandt. Ich auch. (Abg. Doktor Dorfer: „Was ist mit den Firmen?“) Es stimmt bei einer, ich möchte die Firma nicht nennen. Die Betriebsansiedlung war 1963, den Akt dürfte Ihr verstorbener Landeshauptmannstellvertreter, den ich echt geschätzt und geliebt habe, Schachner-Blazizek, unterschrieben haben. (Abg. Ileschitz: „Jetzt!“) Ich meine, er ist ein weit Verwandter von meiner Frau, das habe ich nie abgestritten, meine Herrschaften, daß euch nichts weh tut, ihr könnt euch bei der Nase nehmen, aber ich habe das ja nie abgestritten, keinen Tag, wo wir beisammen waren, und auch sein Sohn weiß das. Aber nun, meine Herren, den Akt hat er unterschrieben. In der Obersteiermark sagt man zu so etwas Leichenflederei. (Abg. Ileschitz: „Das ist

unerhört!" — Abg. Dr. Dorfer: „Und die Firma hat einen guten Nachfolgebetrieb!"

So, das nächste. Die Firma Fometa, Metall- und Elektrowarenfabrik, mußte von Fohnsdorf aussiedeln, was glauben Sie warum? Weil er die nötigen Facharbeiter nicht bekommen hat. Er ist nach Aussee gegangen und ist ein expandierender Betrieb in Aussee, ist dem Land überhaupt nichts schuldig, keinen Groschen. (Abg. Schrammel: „Das ist beim Präsidenten so wie beim Dienstauto!")

Aber nun kommen die nächsten, die Firma Styles-Tex in Knittelfeld: Wir haben uns heute noch einmal in Verbindung gesetzt mit der Steuerberatungsfirma, die Firma Styles-Tex hat nie vom Land Steiermark eine Förderung erhalten und auch nie darum angesucht. (Abg. Pözl: „Unerhört!" — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Und der Ileschitz nennt sie!")

Ich nenne die nächste Firma, Herr Ileschitz. Die Firma Hering KG. erzeugt in Knittelfeld Handschuhe und erhielt ein Kommunaldarlehen in Höhe von 2 Millionen Schilling, und jetzt kommt es, und eine Haftung von einer Million der Gemeinde Knittelfeld. Mit dem Lande Steiermark wurde nie Verbindung aufgenommen. (OVP: „Kolossal!") — Landesrat Dr. Krainer: „Es ist ungeheuerlich!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe bei der OVP.) Sie werden sie beraten haben wahrscheinlich, Herr Präsident. Ich kann es mir anders ja nicht vorstellen. Vom Bürgermeisteramt ist die Nachricht heute. Sie haben ja auch angerufen. (Abg. Ileschitz: „Ja, ja, ich komme schon!" — Abg. Ing. Stoisser: „Das ist aber peinlich!" — Abg. Dr. Dorfer: „Wie können Sie Firmen nennen, die gar nicht angesucht haben beim Land! Das ist der Beweis für die schlechte Wirtschaftsförderung des Landes!" — Landesrat Dr. Krainer: „Das ist ungeheuerlich!" — Abg. Ingenieur Turnek: „Das ist stark, wenn es stimmt!" — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Es kommt das nächste. Lieber Herr Präsident, die Firma Montana besteht seit 1957. Nach Aussagen des derzeitigen Geschäftsinhabers der Firma Montana, Herrn Ing. Hans Haspl bzw. Herrn Horst Haspl, wurde die Firma Montana vom Land Steiermark nie gefördert.

Und jetzt kommt es. Die Firma Altmann. Ja, also den Brocken haben wir doch wenigstens noch. Irgendwas wird doch übrig bleiben, daß das Lügengebäude nicht total sichtbar wird in diesem Hause. Die Firma Altmann erzeugt in Leoben Strick- und Wirkwaren in der Rechtsform einer Ges. m. b. H. Der Hauptsitz war im Wien. Die Zweigniederlassung in Leoben wurde am 18. Dezember 1964 gegründet und der Standort am 1. März 1965 von der Pestalozzistraße 59 in die Dorfstraße 9 verlegt. Mit 30. Juni 1969 wurde die Firma Altmann, Zweigniederlassung Leoben, an die Firma Mäser verkauft. Sie beschäftigt derzeit 107 Mitarbeiter. Der Firma Mäser wurde ein Darlehen von 1,7 Millionen im Jahre 1970 gewährt — und jetzt hören Sie zu —, der Kredit ist zur Gänze bereits zurückbezahlt. Wo ist da die Insolvenz, wo ist da der Konkurs, das möchte ich wissen. (Abg. Pözl: „Peinlich, peinlich! Herr Präsident, Sie können zurücktreten!" — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten. — Abg. Schrammel: „Die arme

Arbeiterkammer!" — Abg. Marczik: „Der Präsident der Arbeiterkammer!" — Abg. Dr. Schülcher: „Sie wollen mitsprechen!" — Abg. Ileschitz: „Wir werden schon noch kommen!" — Abg. Ing. Stoisser: „Ihr wollt mitbestimmen, wer was bekommt!" — Weitere zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Jetzt kommt die fünftgenannte Firma, meine Herren, es ist ja noch nicht aus. Warum sollen Sie sich schon vorher aufregen? Ich bitte Sie, sich zu beruhigen. Ich kann mir das vorstellen, ich kann Ihnen nachfühlen. Ich bitte Sie wirklich, sich zu beruhigen. Die Firma Terlep, Pöls, Maschinenstrickgewerbe, gewerbebesteuert vom 8. Februar 1966. Der Mann — hören Sie genau zu, meine Herren Kollegen, das könnt ihr wirklich überprüfen — hat sein Gewerbe 1968 zurückgelegt, seit 17. Februar ist es als ruhend gemeldet. Und jetzt kommt es: Herr Terlep wohnt im Kinderfreundehaus in Pöls, siedelt sich nachher nach Graz, Elisabethstraße 18, um, Telefon bitte 36 11 63. Nach Aussagen des Herrn Terlep hat er nie um eine Förderung angesucht und auch keine erhalten. Sehen Sie. Bitte. (Abg. Dr. Dorfer: „Das war wieder ein Beweis! Wo nehmen Sie denn das her?" — Abg. Schrammel: „Das muß ja gerichtlich verfolgt werden!" — Abg. Pözl: „Die Staatsanwaltschaft gehört eingeschaltet!" — Landesrat Dr. Krainer: „Das ist ungeheuerlich!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Aber ich habe auch meine Abteilung beauftragt, die Buchhaltung und die Rechtsabteilung 10 einzuschalten, Herr Präsident, die Aussagen sind die gleichen wie die der Rechtsabteilung 4. Sie hätten es etwas einfacher gehabt. Wenn Sie ihren Kollegen Klausner gefragt hätten, hätten Sie sich die Blamage erspart. (Abg. Schrammel: „Der neue Skandal in der Steiermark!" — Abg. Dr. Maitz: „Treten Sie zurück, Herr Präsident Ileschitz!" — Abg. Buchberger: „Die Arbeiter waren noch nie so schlecht vertreten wie in der jetzigen Situation!") Wir wären auf die weitere Liste neugierig von Ihnen. (Abg. Ileschitz: „Das müssen Sie sagen! Wir werden schon noch darüber reden, meine Herrschaften!") Es geht noch weiter. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist ja Ehrabschneidung!" Das ist Ehrabschneidung, das steht einwandfrei fest. Das müssen sich österreichische Steuerzahler gefallen lassen. Im offenen Haus, Herr Präsident, dem Sie selbst einmal in hoher Stellung vorgesessen haben. (Abg. Ileschitz: „Ich kann ja auch noch etwas sagen!")

Nun, meine Herren, ganz kurz noch ein paar Dinge aus der Entwicklung unserer Wirtschaftsförderung. Ich habe durch die Rechtsabteilung 4 über alle 385 Firmen, die seit dem Jahre 1967 gefördert wurden, eine statistische Erhebung durchführen lassen, auch bei den negativen Firmen. Diese statistische Erhebung hat ergeben, daß diese Firmen vor ihrer Erstförderung 23.242 Personen beschäftigt haben und gegenwärtig 34.256 Personen beschäftigen, das heißt ein Mehr von 11.014 Arbeitsplätze. Darüber hinaus haben wir die Kleingewerbeförderungsabteilung genauso beauftragt, und das hat ergeben, daß die Förderung eine Neuarbeitsplatzbeschaffung von 5224 mit sich gebracht hat, und durch die Jungunternehmerförderung wurden 417 neue Arbeitsplätze geschaffen. Da sind die Arbeitsplätze vom

Herrn Kollegen Wegart gar nicht dabei aus dem Fremdenverkehr. Das ergibt die Zahl 17.000, die Sie ja angeblich nicht geglaubt haben.

Nun, lieber Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian; zur Elin. Was Sie gesagt haben, ist richtig, aber eines, glaube ich, war entscheidend, das ist im Akt: Wir sind auf der Landesbahn Weiz bis Gleisdorf der Zulieferer zur Bundesbahn, Sie haben erklärt, das stimme nicht bei Kleinmotoren usw. Ihre Auskunft war richtig. Aber die Elin teilt uns ja selbst mit, wenn diese Verstärkung nicht vorgenommen wird, kann sie weiterhin die großen Maschinen nicht bauen. Ich glaube, das möchte ich hier auch nur ganz richtiggestellt haben. Ich bezichtige Sie keiner Unrichtigkeit. Das nur als Ergänzung zu Ihrer Aussage, Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Dann können wir die ganz großen Maschinen bauen!“)

Nun muß ich aber doch eines sagen, und das stört mich auch irgendwie. Nach einer Aussage, die der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, und zwar, glaube ich, beim „Direkten Draht“, gemacht hat, und wir brauchen gar nicht auf den „Direkten Draht“ zurückgehen, ich schätze diese Sendung vom Österreichischen Rundfunk. Ich finde es ja auch bei dieser ominösen Sitzung. Hier sagt der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter: „Die sozialistische Regierungsfraktion bekommt einen Akt über die Förderung eines Unternehmens überhaupt nur zu Gesicht, wenn dieses Unternehmen auch ein Darlehen in Anspruch nimmt.“ Das geht mir zwar nicht ganz ein. Mit Haftungen habe ich nichts zu tun. Also ist das sinnverwirrend dargelegt worden. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Der Klausler!“) Ansonsten würden Sie nicht informiert. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ja!“) Nun, meine Damen und Herren, wie schaut es da in Wahrheit aus? Im Budgetansatz 1976, und den gleichen haben wir haargenau im Budget 1977, sind im außerordentlichen Voranschlag für die Wirtschaftsförderung — ich habe eigenis gesagt, Kammer—Land ist das Mitspracherecht, Kammer—Land wurde auch nie angezogen — 11,6 Millionen vorhanden. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Im ordentlichen!“) Im ordentlichen Haushalt. Aber nun, lieber Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter! Das sind 3 Prozent der Fälle. Bei 97 Prozent der Fälle hat der Landesfinanzreferent ein absolutes Vetorecht. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Aber Herr Kollege, im Jahr vorher waren es 30 Millionen!“) Vorher, entschuldigen. Ich rede vom heurigen und nächstjährigen Budget. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Es geht um die Dinge, die vorher waren!“) Aber nein, stimmt ja nicht. Das hätten Sie dann genauer sagen müssen, auch beim „Direkten Draht“, Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter. Das ist ja keine Relation. (Abg. Buchberger: „Da sind wir als Zuhörer beim ‚Direkten Draht‘ falsch informiert worden!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Jetzt waren es 11, früher 30!“) Aber nun, das steht im § 32 Abs. 2 des Landesverfassungsgesetzes 1960, in Ver-

bindung mit § 4 der Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom Juli 1975.

Schauen Sie, ich möchte nur eines sagen, und ich glaube, die Rechtsabteilung 10, jetzt lasse ich meinen politischen Kollegen Klausner ein bisschen in Ruhe, wird uns bestätigen müssen, wenn sie eine andere Stellungnahme als die bearbeitende Abteilung vorgeschlagen hat, wurde sie zu 100 Prozent zur Kenntnis genommen, aber der Akt wurde zurückgestellt. Sehen Sie, und dann sagt man, das machen sich der Niederl und der Peltzmann aus. das ist klar. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Ja, freilich!“) Selbstverständlich gehe ich zu meinem Boß und sage: „Das und das habe ich vor.“ Aber die Transparenz, die fehlt bei euch restlos, sonst kann leider Gottes ein so uraltes Regierungsmitglied so etwas nicht behaupten. (Beifall bei der OVP. — Heiterkeit)

Aber, Herr Landeshauptmann, so etwas kann passieren in der Hektik, das ist möglich. Ich habe auch schon einmal beim „Direkten Draht“ vielleicht nicht das genau gesagt, was ich sagen wollte.

Ja, meine Herren, mir ist das nicht ganz klar. Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann nur eines noch ganz kurz in Erinnerung rufen. Es gibt hier einen Zeitungsausschnitt, Herr Landeshauptmann, obwohl ich mich nicht sonst auf Zeitungen berufe, bei Gott nicht, ich werfe das einem Journalisten nie vor, der, was weiß ich, stundenlang ein Gespräch führt und dann fünf Zeilen machen soll. Das ist eine Kunst, die ich gar nicht zuwege bringen würde. Und da können halt gewisse Verschiebungen der Akzente vorkommen. Aber dann kann man sich nicht nur darauf berufen.

Aber heute erlauben Sie mir doch eines, weil der Streit um die Wirtschaftsförderung hat nämlich in der Arbeiterkammer stattgefunden, und dort hat der Erste Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian noch den Mut gehabt, seinen Abgeordneten mitzuteilen, wenn man Beschlüsse mitherbeiführt, müssen wir auch zu diesen Beschlüssen stehen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Dazu stehe ich auch!“) Aber davon hat sich der Arbeiterkammerpräsident restlos gedrückt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Nein, nein!“) Und ich möchte noch appellieren, meine Herren der SPO. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Dort, wo wir mitbeschlossen haben, dazu stehen wir!“) Oh, Herr Landeshauptmann, ich werde am den Hohen Landtag appellieren, vielleicht ginge es einmal, daß man die Zeit aufbringt und den Präsidenten bittet, eine eigene Diskussion über das Vorhaben Junior hier zu führen. Ich habe nichts zu verschleiern, das können Sie mir glauben. Dann können wir die Dinge auf den Tisch legen, wie sie wirklich sind. Nur haben wir sie nicht aufgespielt.

Das ist der Unterschied, letztlich einen Mann von einem Waschweib unterscheidet, daß man auch zu Beschlüssen steht, wenn sie unangenehm sind, und sich nicht dann drückt und davonrennt und so wie der Hund das Türkl hinten beim Zaun verläßt. Wir stehen auch zu diesen Beschlüssen. Natürlich sind Fehler geschehen, wer streitet es ab? Aber, meine Damen und Herren, die SPO-Fraktion schreibt

wohl, wenn etwas gutgeht: „Dann haben wir mit-beschlossen“, aber wenn etwas einmal schiefgeht, und es liegt halt schon einmal im menschlichen Bereich, daß nicht alles positiv ausgeht, es gibt halt immer wieder negative Akzente, wer will das ändern, das ist uns halt mit dem Menschenwerden mitgegeben worden, aber dann einfach feige davon-zulaufen, muß ich ehrlich sagen, das ist keine tap-ferere Haltung bei manchen der Kollegen da drüben. Ich habe immer Freundschaften, auch Freundschaften über Parteiliniien hinweg, verteidigt. Das hat mit der parteilichen Überzeugung nichts zu tun, das ist jedem seine eigene Sache. Ich habe nie jemandem das Messer vom hinten hineingehaut. Aber es gibt etliche, die machen es in der eigenen Partei, dann darf man sich nicht wundern, wenn sie es bei der anderen auch probieren. Sie kommen ja gar nicht mehr heraus von diesen Dingen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ja ein Skandal, was Sie da treiben!“ — Abg. Marczik: „Wer ändert eine Grube gräbt . . .!“ — Glockenzeichen des Präsidenten: — Abg. Gerhard Heidinger: „Das geht ihn einen Schmarren an, nehmen Sie das zur Kenntnis! Das ist unsere Angelegenheit!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Das ist eine Geschmacklosigkeit!“ — Weitere un-verständliche Zwischenrufe. — Präsident: „Jetzt ist endlich einmal Schluß!“ — Glockenzeichen — Präsident: „Lassen Sie doch endlich den Herrn Lan-desrat zu Ende kommen!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte nur ganz kurz zwei Dinge, weil sie auch noch angezogen wurden, hier Ihnen darlegen. Das erste ist einmal, daß der Herr Bundeskanzler, glaube ich, bei einer Tagung, ich weiß nicht einmal wo, vor der Presse folgende Äußerung gegeben hat. Ich weiß nicht einmal, ob es wahr ist, deswegen traue ich es mir fast gar nicht zu sagen. Aber nach einer Pressemeldung hat er den Peltzmann gleich mit dem Muhri verglichen. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, nocheinmal, ich stelle hier ein Fragezeichen und stelle keine Behauptung auf. Ich werde Gelegenheit haben, das können Sie mir glauben, mir das mit dem Herrn Bundeskanzler selbst auszumachen und ihn zu fragen, wie er dazu kommt.

Jetzt zu der ominösen Bergbau- und Schließungs-geschichte. Kein Mensch, kein Landeshauptmann Dr. Niederl, kein Landesrat Peltzmann, hat jemals gesagt, Fohnsdorf muß, wie es ist, weiterbestehen bleiben. Ich habe der Regierung darüber berichtet, und die Regierung hat auch einstimmig beschlossen, mich zu beauftragen, die offenen Fragen abzuklären. Einstimmig beschlossen. Hier haben Sie den unter Verschuß gehaltenen Akt vom 19. Oktober 1976 der Landesamtsdirektion.

Der Herr Landeshauptmann hat, was in der Presse gestanden ist, dem Herrn Bundeskanzler geschrieben, und was schreibt der Herr Landeshauptmann: „Ich habe bereits mit meinem Schreiben vom 9. September 1976 besonders darauf verwiesen, daß meines Erachtens eine genaue Prüfung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines Verzichtes auf die Fohnsdorfer Kohle unter Berücksichtigung der künftigen Entwicklung auf dem internationalen Energiesektor vor Verwirklichung der Schließungsabsicht veranlaßt werden müßte.“ Nun schreibt der Herr Landeshaupt-

mann, das war die Einleitung, „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!“ — das war die Überschrift — „Nun höre ich aus ernst zu nehmenden Fachkreisen“ — bitte, nun höre ich —, „daß die Aufrechterhaltung des Bergbaues im Bereiche des Karl-August-Schachtes durchaus gerechtfertigt ist, da die Kohlenflöze in einer ökonomisch abbaufähigen Tiefe liegen sol-len. Einige hundert Bergleute könnten auf Jahr-zehnte weiter beschäftigt werden.“ Und jetzt kommt die Bitte: „Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Bundes-kanzler, nochmals ersuchen, diese Möglichkeit durch Experten eingehend untersuchen zu lassen.“ Nichts mehr ist geschehen, nichts mehr ist von uns aus-gesagt worden. Und wenn da und dort das ver-kehrte drinnen steht, dann können Sie es mir glau-ben, von uns ist es nicht gesagt und publiziert worden. (Beifall bei der OVP.) Sehen Sie, so schauen dann die Dinge aus, wenn man sie wirklich nimmt.

Der zweite Punkt, ich habe eingangs gesagt, als ich angesprochen wurde bezüglich eines Gesetzes-entwurfes, den die Fraktion der sozialistischen Lan-dtagsabgeordneten eingebracht hat, daß wir dann bei der Gesetzeswerdung in den Ausschüssen ja genügend Zeit haben, über dieses Thema zu diskutieren, aber da Sie es ja hier gesagt haben, könnte es als ein Nicht-wissen ausgelegt werden, nicht zu antworten. Ja, meine Herren, was unterscheidet dieses Gesetz von unserem? Schauen Sie, was wollen wir? Wir wollen den Menschen, die Förderung für die Arbeitsplätze, für das Unternehmen in seiner Gesamtheit, und wir wollen das, so weit es geht, unbürokratisch. Nur, der Vorschlag enthält von den §§ 5 bis 12 folgende Vor-schläge: Vor Gewährung einer Förderung soll die Stellungnahme der Wirtschaftsförderungskommission durch die Landesregierung eingeholt werden, die aus 18 Mitgliedern und einem Vorsitzenden be- stehen soll. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmit- glied zu stellen. Die Geschäftsführung der Kom- mission soll durch eine Geschäftsordnung geregelt werden, die mit Vierfünftel-Mehrheit zu beschlie- ßen ist und der Prüfungsausschuß soll jedes Förde- rungsansuchen einer Vorprüfung unterziehen und dann ein Gutachten erstellen. Also, um was geht es: Um die Arbeitsplätze oder um eine neue Bürokratie? Ich glaube, um eine neue Bürokratie. Ich darf Ihnen sagen, daß unsere Beamten, unsere Mitarbei- ter, aber auch die Arbeitsmarktverwaltung, die in jedem Fall von uns zu Rate gezogen worden ist, in jedem Einzelfall Rücksprache mit der Gewerk- schaft der Betriebe, mit den Betriebsratsobmännern gehalten haben. Ich darf Ihnen sagen, daß das ja anders gar nicht möglich ist, das wissen Sie. Aber eine verbürokratisierte Arbeiterkammer mit einem Präsidenten, dem ich kein Wort mehr glaube, der seine Wahrheit ja nur dadurch beweist (Glockenzei- chen des Präsidenten. — Abg. Ileschitz: „Landesrat, jetzt hör auf!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt dreht er durch! Herr Landesrat, beruhigen Sie sich! Jetzt haben Sie alle männisch gemacht! Jetzt können Sie zufrieden sein!“), das ist für uns sehr schwierig. (Abg. Gratsch: „Das ist eine Schweinerei! Hören Sie auf! Steigen Sie herunter!“ — Zahlreiche unver- ständliche Zwischenrufe.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ver- stehe die Erregung, die nicht Sie betrifft, und nicht

Ihre Fraktion habe ich angegriffen, sondern einen Mann, der das nicht widerlegen kann. Wenn ihm das gelingt, wäre ich sehr glücklich. Glück auf! (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu dieser Gruppe liegt nicht vor. Ich erteile dem Herrn Berichtenstatter das Schlußwort. (Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Zinkanell: „Ich muß sagen, das ist enorm, er kann tun und lassen was er will!“ — Abg. Pölzl: „Ihr habt ja Narrenfreiheit!“ — Abg. Ileschitz: „Wir kriegen das Wort nicht!“ — Abg. Schilcher: „Der Abgeordnete Gross hat sich gemeldet!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Es kommen noch weitere Wortmeldungen. Ich beantrage aber vorher eine Unterbrechung!“)

Wir kommen zur Wortmeldung des Herrn Präsidenten Gross, der geglaubt hat, nachdem jetzt die Sitzung unterbrochen wird, daß er nachher zu diesem Kapitel weiterspricht. Da ich aber das Kapitel abschließen will, erteile ich ihm das Wort mitten in der Prozedur der Abstimmung.

Abg. Gross: Es ist der Antrag gestellt worden, daß diese Sitzung unterbrochen wird und die Frage, ob ich meine Wortmeldung aufrecht erhalte. Ich bin persönlich der Meinung, daß Sie wahrscheinlich mit einigem guten Willen nicht als Provokation betrachtet wird. Ich möchte hier nur einige Dinge sehr kurz richtig klarstellen, so wie ich sie sehe.

Ich möchte zuerst einmal sagen, daß heute wiederholt in der Diskussion das Arbeitsmarktförderungsgesetz angesprochen worden ist als ein sehr gutes, ausgezeichnetes Gesetz, das in der OVP-Regierung geschaffen worden ist. Wir wissen das. Wir bekennen uns dazu.

Bitte, erlauben Sie mir dazu eine sachliche Feststellung. Das Gesetz hat die Basis für viele Maßnahmen geschaffen, die es uns ermöglicht haben, schwierige wirtschaftliche Zeiten besser zu überwinden als je zuvor. Darüber besteht gar kein Zweifel. Nur, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen hier einige Zahlen nennen. Dieses Gesetz war im Rahmen der Arbeitsmarktförderung im Jahre 1969 mit 16 Millionen Schilling dotiert, und es war im Jahre 1975 mit 161 Millionen, nur was die Steiermark anbelangt, dotiert. Im Jahre 1976 hat es im Bundesrahmen bereits finanzielle Mittel, im Rahmen dieses Gesetzes, in der Höhe von 800 Millionen Schilling gegeben und im Jahre 1976 wird die Steiermark davon, sie hat es ja bereits schon, 180 Millionen Schilling erhalten. Das heißt, meine Damen und Herren, ich möchte damit unter Beweis stellen, daß es der Bundesregierung sehr wohl bewußt ist, in welcher schwierigen wirtschaftlichen Randlage gerade wir uns in der Steiermark befinden und daß hier verstärkt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einsetzen müssen.

Und für das Budget des Jahres 1977 darf ich Ihnen auch sagen, werden wir die Traumgrenze überspringen. Über eine Milliarde Schilling Arbeitsmarktförderung ist allerdings ein Ausdruck auch all des Ungewissen, das in uns schlummert was kommt denn auf uns zu und müssen wir nicht dafür gerüstet sein.

Und ich glaube, meine Damen und Herren, gerade in einer solchen Situation möchte ich als Gewerkschafter sagen, und das soll nicht als Phrase wirken, bekennen wir uns zur Zusammenarbeit, zur Sozialpartnerschaft in diesem Lande absolut. Sie hat seit 1945 einen wesentlichen Anteil. (Allgemeiner Beifall.) Meine Damen und Herren, sie hat einen wesentlichen Anteil an diesem relativen Wohlstand, den wir gemeinsam in diesem Lande geschaffen haben. Sie hat einen wesentlichen Anteil daran, daß der soziale Friede, daß so viel Bereitschaft auch ausländischer Unternehmen vorhanden war, in der Wirtschaft hier zu investieren, weil man vor Streiks und Unruhen relativ sicher war. Wir alle haben das zu verantworten gehabt und zu dieser Politik werden wir uns auch in Zukunft als Gewerkschafter bekennen. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Bravo!“)

Ich darf jetzt etwas, bitte Kollege Fuchs, entschuldigen Sie, es ist der Abschluß, aber ich muß doch noch etwas auch hier richtigstellen, aber das ist bereits wieder eine politische Auslegungssache, das gestehe ich Ihnen zu. Es ist hier zum Beispiel im Rahmen der Diskussion über die Finalindustrie gesagt worden: „Der Herr Oberregger, das ist ja kein Mandatar von uns.“ Bitte, gestehe ich Ihnen zu, Sie haben recht, er ist kein Mandatar von Ihnen, nur ist er von der OVP in diese Position entsandt worden. Nur eine Klarstellung.

Das zweite: Wenn Sie sagen, sozialistische Minister, die die Verstaatlichte immer geführt haben, wären Waschlappen gewesen, wenn sie das nicht durchgesetzt haben, so war das nicht als Beleidigung gemeint. So habe ich das aufgefaßt. Ich weiß, Kollege Fuchs, wie Sie das gemeint haben, nur eines muß ich Ihnen jetzt dazu sagen — ich komme gar nicht auf die Waschlappen —: Das waren sozialistische Minister für die verstaatlichte Industrie in einer Koalitionsregierung mit einer OVP-Mehrheit. Und diese Minister konnten nichts tun, wo es nicht einen Beschluß der Bundesregierung gegeben hat. Auch das soll hier klargestellt werden. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichtenstatter das Schlußwort.

Abg. Dr. Eichinger: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Annahme dieser Gruppe.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich Sie um ein Händchen.

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung auf 30 Minuten, das ist bis 20.50 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 20.20 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung: 21 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Während der Pause hat eine Obmännerkonferenz stattgefunden. Sie ist zu folgendem Beschluß gekommen: Die umstrittenen Fälle, die Ihnen

aus der vorangegangenen Debatte, vor allem in der Auseinandersetzung zwischen Landesrat Peltzmann und Herrn Präsident Ileschitz bekannt sind, werden im Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß behandelt werden. Ich werde nach Abschluß dieser Verhandlungen über das Ergebnis im Hohen Haus berichten. Ich danke, daß Sie das zur Kenntnis genommen haben.

Gruppe 8: Dienstleistungen

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Leopold Johann Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus, die Gruppe 8, Dienstleistungen, umfaßt die Ansätze Liegenschaften, Wohnungsbau, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, wirtschaftliche Unternehmungen. In dieser Gruppe 8 sind laut Voranschlagsentwurf 1977 Einnahmen im Gesamtausmaß von 42,602.000 Schilling und Ausgaben im Ausmaß von 119,183.000 Schilling vorgesehen.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, den Ansätzen der Gruppe 8 zuzustimmen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gross, ich erteile es ihm.

Zweiter Präsident Gross: Herr Präsident, meine Damen und Herren.

In der Gruppe 8 sind unter anderem 30 Millionen Schilling als Teilzahlung eines Gesamtbetrages von voraussichtlich 130 Millionen Schilling für den Neubau eines Kongreßzentrums in Graz vorgesehen. Ich möchte jetzt vor allem nicht, nach der Situation, die hier entstanden ist, eine Diskussion in Gang zu bringen versuchen, die vielleicht wieder emotional aufgeladen wäre, ob der Standort richtig ist und über all diese Fragen, die eine Rolle spielen. Ich möchte nur für die sozialistische Fraktion erklären, daß wir uns für diese finanziellen Mittel andere Prioritäten hier in der Landeshauptstadt Graz vorstellen könnten. Wenn man immer wieder sagt, daß diese Landeshauptstadt Graz eine sehr finanzschwache Stadt wäre und man ihr helfen müßte, so sehen wir Sozialisten in diesem Kongreßzentrum nicht die erste Priorität, sondern wir sehen sie momentan in der Schaffung von Grün- und Naherholungsflächen, Kinderspielplätzen, im Bau von Schulen, der Errichtung von Bädern — wir wissen, welche Schwierigkeiten wir im Stukitzbad haben — und der Gewährung von Zuschüssen für die geriatrische Klinik in Graz, die so notwendig, aber ständig überfüllt ist.

Wir haben im Finanz-Ausschuß eine Resolution eingebracht, die keine Mehrheit gefunden hat. Wir haben daher neuerlich einen Antrag überreicht, und in diesem Antrag fordern wir, daß der Stadt Graz im Laufe von Jahren im selben Ausmaß, wie das für das Kongreßzentrum geschieht, entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um auch die so notwendigen Vorhaben im Interesse der Grazer Bevölkerung verwirklichen zu können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Meine Damen und Herren!

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich die Sitzung verzögere, aber ich möchte doch, glaube ich, als Fremdenverkehrsreferent ein Wort zum Kongreßzentrum sagen. Ich möchte betonen, ich sage es sehr spontan: Herr Abgeordneter Gross, ich glaube, wir werden uns in der Frage sehr rasch finden. Was diese Stadt zuallererst braucht — wir haben es unentwegt in Diskussionen, in Reden, wo immer wir zusammenkommen, gehört — ist eine wirtschaftliche Aufrüstung. Ich halte das für das A und O unserer Landeshauptstadt. Ihre Randlage ist das Problem, das sie durch den Friedensschluß 1919 bekommen hat, sie ist eben in eine Sackgasse geraten, und ich glaube, daß wir diese Randlage dadurch aufbrechen können, indem wir möglichst viel Menschen herbringen. Ich darf Ihnen aus meiner Beobachtung sagen: Sooft wir einen Kongreß hier haben, gewinnen wir regelmäßig neue Freunde für diese Stadt und für dieses Land. Ich will nicht bestreiten, daß Grünanlagen, ich will nicht bestreiten, daß vieles andere auch notwendig ist. Ich glaube, wir sollten zuerst einmal das tun, was unbedingt notwendig ist, in zweiter Reihe, was nützlich ist, und in dritter Reihe, was angenehm ist. Aber für notwendig halte ich die wirtschaftliche Aufrüstung.

Das Kongreßzentrum wird uns sicher Tausende — und das muß man auch sagen — hochqualifizierte Leute in das Land bringen, in diese Stadt, wird uns Freunde bringen und wird vor allem für eines sorgen, daß wir die Stadt wirtschaftlich befruchten können. Sie brauchen ja nur die Steuereinnahmen anschauen, die verzerre Struktur des Budgets dieser Stadt ist ja nicht jetzt geboren, sie ist ja während eines langen Zeitraumes entstanden. Ich verstehe, daß Ihre Fraktion in der Stadt Graz, bedingt durch die Situation jetzt ein bisserl abweicht, aber in Wahrheit ist es so, daß, wenn Sie in dieser Frage vernünftig denken würden, müßten Sie sagen: „Wir helfen mit, wo wir können, die Stadt wirtschaftlich aufzurüsten.“ Das Kongreßzentrum ist nach meinem Dafürhalten ein Ast in dieser wirtschaftlichen Aufrüstung, nehmen Sie mir bitte das als Fremdenverkehrsreferent ab, weil ich Ihnen sage, ich glaube, wir würden hier eine große Tat für diese Stadt setzen, und deshalb würde ich um Verständnis auch dafür bitten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der Form halber frage ich den Herrn Berichterstatter, ob er das Schlußwort zu sagen wünscht.

Abg. Dr. Dorfer: Meine Damen und Herren, ich ersuche nochmals um Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe 8.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 8 ist angenommen.

Gruppe 9: Finanzwirtschaft

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gesamtansätze der Gruppe 9 Finanzwirtschaft betragen für die Gesamtausgaben 1.244.598.000, Gesamteinnahmen 6.210.334.000 Schilling.

Der Finanz-Ausschuß hat sich auch mit den Ansätzen dieser Gruppe eingehend befaßt, und namens des Ausschusses ersuche ich Sie, diesen Ansätzen zuzustimmen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Christoph Klausner. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Klausner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich gestehe gerne zu, daß gut die Hälfte dessen, was ich eigentlich sagen wollte, die Fragen der Wirtschaftsförderung betroffen hätte, ich verzichte auf Ausführungen zu diesem Thema, weil wir uns ja im Hohen Haus damit sicher noch beschäftigen werden. Ein paar Bemerkungen zu einigen Äußerungen, die im Laufe der Budgetdebatte gefallen sind.

Der Kollege Ritzinger hat die Kantinenfrage für das Personal, für die Bediensteten, angeschnitten, allerdings — leider — ohne sich vorher über den Stand der Angelegenheit zu informieren. Es ist zwar richtig, daß über die Räume der Handelskammer mit einer Ferialverfügung vom 17. August 1976 Zuweisungen erfolgt sind. Diese Ferialverfügung ist jedoch nach vorherigen Verhandlungen und Besprechungen mit dem Herrn Landeshauptmann hinausgegangen, und wir waren uns über den Inhalt dieser Zuweisungen einig. Die Personalvertretung ist allerdings nachher gekommen und hat gewünscht, daß ihr einige Räume, die als Vortragssäle verwendet wurden und auch weiterhin als solche verwendet werden sollen, für Kantinenzwecke zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir haben die Herren daraufhin zur Besichtigung der vorhandenen Küche und Kantineneinrichtung in die Gendarmerie am Karmeliterplatz gebeten. Diese Besichtigung ist auch erfolgt, dort ist eine komplett eingerichtete Kantine vorhanden, die — ich weiß jetzt nicht genau — zum 1. Jänner oder 30. März aber jedenfalls sehr bald, von der Gendarmerie geräumt und uns zur Verfügung gestellt wird. Wenn oben eine Reihe von Dienststellen untergebracht werden würde, wird sich diese Kantine etwa im Schwerpunkt der Tätigkeit der im Komplex Karmeliterplatz, Gendarmerie, Burg bzw. Burggasse tätigen Bediensteten befinden. Ich hoffe, daß die Lösung dort erstens zweckmäßig und zweitens billig ist. Ich weiß nicht, ob Sie andere Informationen haben, Herr Kollege Ritzinger, ich kann mir eigentlich schwer vorstellen, was gegen die sachliche Richtigkeit dieser Überlegungen sprechen sollte. (Abg. Ritzinger: „Zu klein!“) Wenn Sie meinen, daß das zu klein ist, so höre ich das zum ersten Mal, die Bedarfsberechnung, die mir vorgelegt wurde, gibt ein anderes Bild. Im übrigen muß ich auf eines aufmerksam machen. Der Größenvergleich zwischen Burggasse und den Gendarmeriegebäuden in diesen Belangen spricht auch für die Lösung Karmeliterplatz.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, betrifft die Äußerung des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs, der gemeint hat, die Landesregierung und daher auch die sozialistische Fraktion habe dem Entwurf des Landesentwicklungsprogramms zugestimmt. Zugestimmt haben wir der Aussendung. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das habe ich nie behauptet!“) Herr Kollege, das ist wieder einmal ein Fall, wo die Zeitungen falsch berichten, es steht so in der „Südost-Tagespost“ vom Tag darauf. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Bitte um Entschuldigung! Ich schreibe nicht die „Südost-Tagespost!“) Ja, ich kenne das, ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie das nicht behauptet haben. Es hat offensichtlich eine falsche Berichterstattung in der „Südost-Tagespost“ stattgefunden. Sagen möchte ich, daß wir der Aussendung im Anhörungsverfahren zugestimmt haben.

Was das ganze Problem des Landesentwicklungsprogramms anlangt, auch zu den Fragen, die der Herr Kollege Dr. Krainer aufgeworfen hat, möchte ich doch auf eines hinweisen: Ich hielt es für sehr notwendig und wünschenswert, wenn sich die damit Befassten zu sachlichen Gesprächen zusammenfinden könnten. Ich muß aber doch sagen, daß unserer Fraktion etwas viel zugemutet wird, wenn uns immer wieder in diesem Zusammenhang Verzögerungstaktik vorgeworfen wird und wenn der am 12. Juli zur Aussendung vorgelegte Entwurf dann in einer Weise vom Herrn Landeshauptmann in einer Pressekonferenz, mit einem anderen Umschlag versehen, vorgestellt wird, die das ganze doch sehr mit dem Anstrich einer Parteiaktion versieht. Ich bedaure das, weil das sachlichen Gesprächen im Weg steht. Auf der anderen Seite sind wir uns sicher darüber einig, davon bin ich überzeugt, daß ein Weg gefunden werden sollte, diese Fragen, Landesentwicklungsprogramm und Fachprogramme, auf eine Art und Weise zu einer Lösung zu bringen, der uns eine gemeinsame Beschlußfassung ermöglicht. Ich bitte doch zu bedenken, daß die Verzögerungsvorwürfe auf der einen Seite und der Einsatz des Landesentwicklungsprogramms quasi als ein neues Modell Steiermark dem nicht gerade sehr förderlich sind.

Herr Kollege Dr. Krainer hat auch gemeint, ich möge doch in der Frage Pyhrnautobahn und Südautobahn nicht die Finanzierung der Südautobahn — na ja — beinahe gefährden. Meine Damen und Herren, in die Finanzierungsverhandlungen oder in das, was mit dem Gutachten des Herrn Professor Aita zusammenhängt, das ich nicht kenne, will ich mich gar nicht einmischen. Ich bleibe aber dennoch bei meiner Meinung, daß die Pyhrnautobahn für die steirische Wirtschaft von wesentlich größerer Bedeutung ist und daß der Anschluß an die Donau und nach Westdeutschland in seinem Gewicht kaum zu übertreffen ist.

Was das Budget selbst anlangt, so könnte ich ja mit Befriedigung darauf hinweisen, daß an dem vorgelegten Entwurf kaum irgendwo etwas anderes ausgesetzt wurde, als daß hält nicht genug da ist, und selbst da sind nicht allzu viele Äußerungen in diese Richtung gefallen.

Der Herr Kollege Turek hat allerdings in seinem

Beitrag in der Generaldebatte die Vorgangsweise an sich kritisiert. Ja, meine Damen und Herren, ich bin nicht der Erfinder dieser Vorgangsweise, ich bekenne mich aber dazu, weil wir ja immer noch die Budgetdebatten in den letzten Jahren als Anregung und Beitrag für die kommenden Budgetverhandlungen sehr wohl aufgefaßt haben, aber uns durchaus darüber im klaren waren, daß die Praxis, wie sie noch unter Krainer und Horvatek üblich war, nichts bringt. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich das so kraß formuliere. Eine Auseinandersetzung, die sich über Tage erstreckt und die dann erst recht wieder in einem Patt endet, ist halt wirklich eine problematische Angelegenheit. Ich glaube daher, doch sagen zu können, daß ich mir eigentlich keine zielführendere Art und Weise vorstellen könnte. (Abg. Ing. Turek: „Also, es bleibt beim Friß oder Stüß!“)

Herr Kollege Turek, der Finanz-Ausschuß ist ja dazu da, um alle Fragen beantworten zu können, die etwa auftauchen. Ich kann mich aber nicht erinnern, daß ich von Ihnen im Finanz-Ausschuß Fragen gehört hätte. (Abg. Ing. Turek: „Von Dienstag bis Freitag war die Chance, drei Tage, Herr Landesrat, und an die Fragen, die die Kollegen dort gestellt haben, können Sie sich auch erinnern, sie waren nicht besonders inhaltsschwer!“) Herr Kollege Turek, ich kann nichts dafür, daß die FPÖ in der Landesregierung nicht vertreten ist, das ist nicht meine Schuld. (Abg. Ing. Turek: „Das ist das Recht eines jeden Abgeordneten. Außerdem steht in der Verfassung: zwei Monate vorher. Warum halten Sie nicht das ein, was in der Landesverfassung steht?“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Kollege, weil dann das Budget unreal wäre und auf völlig unrichtigen Ziffern beruhen würde. (Abg. Ing. Turek: „Dann ändern wir die Landesverfassung!“) Sie könnten ja den Antrag stellen. Wenn Ihnen jemand beitrifft, bitte. Ich bin nicht zuständig für diese Fragebeantwortung. (Abg. Ingenieur Turek: „Der Gesetzgeber hat sich ja Gedanken gemacht!“)

Ich kann nur sagen, Herr Kollege, daß es mir nicht anders möglich ist, weil ich auf die Bundesziffern warten muß. Sonst würde sich der Landtag mit einer Farce befassen, mit einem Budget, das auf völlig falschen Voraussetzungen beruht. (Abg. Ing. Turek: „Dann muß die Verfassung revidiert werden!“) und dessen Ziffern von A bis Z falsch wären, weil ich sie erfinden müßte, ohne Unterlagen dafür zu haben. Im übrigen ist es ja nichts Neues, daß wir uns in Österreich, was die verfassungsrechtliche Seite betrifft, in einer Situation befinden, in der die Wirklichkeit mit dem geschriebenen Recht in einem breiten Bereich nicht übereinstimmt. (Abg. Ing. Turek: „Dann strapazieren wir sie doch nicht!“) Auch das ist nicht meine Sache, Herr Kollege. Ich erläutere nur, wie die Situation ist. (Abg. Ing. Turek: „Bei Lehrlingsbeihilfen muß die Verfassung herhalten!“)

Im übrigen möchte ich noch einmal darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß wir zwar die Kategorisierung im außerordentlichen Haushalt haben, daß aber die wirtschaftliche Entwicklung darüber entscheiden wird, ob es möglich ist, die Bedeckungen in diesem Ausmaß vorzunehmen. Kein

Mensch und auch kein Redner hier in diesem Hohen Haus hat riskiert, hier eindeutige Vorhersagen oder Prognosen anzustellen. Ich bin auch heute nicht in der Lage, mehr zu sagen als bei der Budgeteinbegleitung. Die Positiva und die Negativa, die einem zur Verfügung stehen, halten sich durchaus nach wie vor die Waage in einem Sinn, der im großen und ganzen einer mäßig positiven Entwicklung entspricht. (Abg. Ing. Turek: „Aber Sie haben sich an die Mitteilungen des Bundes ja trotzdem nicht gehalten!“) Das ist auch nicht meine Aufgabe, Herr Kollege. Wenn ich mich ziffernmäßig daran gehalten hätte, würden Sie mir heute vorhalten, ich schreibe vom Bund ab. Wir machen uns unser eigenes Urteil auf Grund der Grundlagen. (Unverständliche Zwischenrufe des Abg. Ing. Turek. — Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Meine Herrschaften, so geht es nicht. Zwischenrufe sind gestattet, aber Dialoge können wirklich nicht geduldet werden. Aber es steht Ihnen ja frei, Herr Abgeordneter, sich zu Wort zu melden. Bitte, Herr Landesrat, fortzufahren!“)

Wir ermitteln die Ziffern, die wir dem Budget zugrunde legen, auf Grund der Information, die wir vom Bund, von der Verbindungsstelle und aus unseren eigenen Unterlagen entnehmen können. Es würde völlig falsch sein, sich eindeutig auf jemand anderen festzulegen und zu verlassen. Genauso falsch wäre es, ohne diese Unterlagen Ziffern in die Gegend zu stellen, die man auf nichts gründen kann und die man nur als Schätzung bezeichnen könnte. So leichtfertig verfahren wir nicht. Die Bestätigung für diese Vorgangsweise sehe zumindest ich darin, daß das Budget in dieser Form und mit diesen Ansätzen dem Hohen Haus zur Beschlußfassung vorliegt und im übrigen ja bereits bis auf die Gruppe 9 genehmigt wurde.

Ich hoffe, daß dieser Haushalt uns allen die Möglichkeit bietet, einen Weg zu finden, der für dieses Land das bringt, was wir von unserer Arbeit erwarten. Ich hoffe, daß bei aller Auseinandersetzung es möglich ist, auch dort zu Lösungen zu kommen, wo das, vielleicht auf Grund der Debatte, die wir gerade erlebt haben, vielleicht derzeit etwas wagemutig ist, eine solche Hoffnung auszusprechen. Ich habe sie trotzdem. In diesem Sinne bin ich doch guten Mutes, was die zukünftige Arbeit dieses Hohen Hauses anlangt.

Ich möchte mich bei den Damen und Herren der Rechtsabteilung 10 bedanken, ich möchte mich bei den Damen und Herren dieses Hauses bedanken und bei den Kollegen in der Regierung für die Art und Weise, wie wir dieses Budget erarbeitet haben, und ich wünsche denen, die es zahlen, davon auch profitieren und an den Erfolgen der steirischen Verantwortlichen teilhaben zu können. In diesem Sinne möge dieses Budget auch vom Hohen Hause beschlossen werden. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, ich bitte um ein Händchen, wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen.

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Außerordentlicher Haushalt

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hans Brandl, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren. Im Namen des Finanz-Ausschusses darf ich ersuchen, den Ansätzen des außerordentlichen Voranschlages für das Jahr 1977 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Sie hörten den Antrag des Herrn Abgeordneten Brandl. Ich lasse abstimmen und bitte um eine Händezichen, wenn Sie zustimmen.

Der außerordentliche Haushalt ist angenommen.

BeschluBanträge des Landesvoranschlages 1977

Ich schlage unter Berücksichtigung der einzelnen Unterstützungen vor, in zwei Gruppen abstimmen zu lassen, und zwar: als erste Gruppe die 27 Beschlusanträge, welche von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt werden, sowie die fünf Beschlusanträge, welche von der ÖVP und FPÖ unterstützt werden, denen die SPÖ jedoch zustimmt. Und in der zweiten Gruppe, die zwei Beschlusanträge, welche von der SPÖ abgelehnt werden. Es handelt sich um zwei Anträge zur Gruppe 2, und zwar den Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst dahingehend vorstellig zu werden, daß die Härten des Erlasses bezüglich Dienstpostenbewirtschaftung an höheren berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen beseitigt werden und an allen Schulen des Landes die gesetzlich vorgesehenen Unterrichtsgegenstände, auch Freigegegenstände, unterrichtet werden; sowie den Antrag betreffend die Aufforderung an die Landesregierung, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die geplante und vorbereitete Gewerbeakademie raschest zu realisieren; diese Schulform ist gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt der dringend notwendigen Förderung der beruflichen Ausbildung eine wichtige Ergänzung des vorhandenen Ausbildungsangebotes.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußfassung in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Brandl: Ich bin mit diesem Vorgang einverstanden.

Präsident: Ich ersuche nun die Damen und Herren, welche den 32 Beschlusanträgen der ersten Gruppe des mündlichen Berichtes Nr. 46 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Beschlusanträge der ersten Gruppe sind somit angenommen.

Ich ersuche nun die Abgeordneten, welche den zwei Beschlusanträgen der zweiten Gruppe zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, daß auch diese Beschlusanträge angenommen sind.

Dienstpostenplan

Berichterstatter ist der Abgeordnete DDr. Stepantschitz, dem ich das Wort erteile.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Im Dienstpostenplan 1977 sind 27.156 Dienstposten vorgesehen. Das sind um 412 mehr als im vergangene-n Jahr.

Ich darf im Namen des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen, dem Dienstpostenplan zuzustimmen.

Präsident: Es ist keine Wortmeldung, ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hans Brandl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Brandl: Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan für das Land und seine Wirtschaftsbetriebe liegt den Damen und Herren vor, wurde im Finanz-Ausschuß beraten. Ich darf den Antrag stellen, auch hier die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, wenn Sie zustimmen.

Der Antrag ist angenommen. Damit ist auch der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/1, abzustimmen, und ich erteile dazu Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

Abg. Brandl: Ich wiederhole meinen Antrag auf Annahme dieser Regierungsvorlage.

Präsident: Wer mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Damit ist der Landesvoranschlag 1977 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl das Wort zum Schluß.

Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl: Hohes Haus! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Landesrat Dr. Klauser, ich freue mich persönlich, daß wir dieses Budget für das Jahr 1977 wieder zusammengebracht haben. Es war eine harte und ernste Arbeit, und es waren viele Besprechungen, die stattgefunden haben, und die drei Tage, die wir hier gesessen sind und die wir diskutiert haben, sind eine lange Zeit.

Jene, meine sehr verehrten Damen und Herren, die einen solchen demokratischen Vorgang wie die Budgetdebatte für zu aufwendig halten, werden meinen, es habe sich nicht gelohnt. Wer sich jedoch zur pluralen Demokratie bekennt, wird anerkennen, daß der beachtliche Inhalt des Landesbudgets und die Summe der Landesaufgaben eine konstruktive Auseinandersetzung darüber gerechtfertigt er-

scheinen lassen. Zumindest wird vor aller Öffentlichkeit sichtbar, was die Landespolitik alles zu verantworten hat. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß es in Österreich nicht an Bemühungen mangelt, das, was die Länder leisten und hervorbringen, ein wenig in den Schatten zu stellen.

Schließlich wird dabei auch eines deutlich: In der Politik ist nicht derjenige auf Dauer glaubwürdig, der publikumswirksam agiert, sondern der eine Antwort auf die Lebensfragen des Landes weiß und echte Lösungen anbietet. Aus der nunmehr zu Ende gehenden Budgetdebatte lassen sich eine Reihe von Schlußfolgerungen ziehen, die die Arbeit in der Landesregierung in den nächsten zwölf Monaten zweifellos beeinflussen werden. Dafür wird sich nicht allein durch Worte, sondern durch Tatsachen jeweils der Beweis antreten lassen. Jetzt und hier geht es mir darum, das herauszustellen, was den Menschen dieses Landes unter die Haut geht und von profilierten Repräsentanten dieses Hauses auch überzeugend vertreten wurde: die Probleme der Wirtschaftspolitik einschließlich der Landwirtschaft und des Verkehrs, des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens.

All die anderen Bereiche sind deswegen nicht abgeschlagen. Es tritt nur mehr das Existentielle, das, was der Mensch unserer Zeit für die Gewährleistung seines Daseins braucht, hervor. Die wirtschaftlichen Aussichten wurden in den vergangenen Tagen je nach Standort auch beleuchtet. Bedauerlicherweise hat es da und dort eine Unterbelichtung gegeben, als ob jemandem damit geholfen wäre, wenn man einfach übersieht, was alles auf uns zukommt.

Jedenfalls ist wiederum klar zutage getreten, daß dieses steirische Land nicht allein auf dieser Welt ist, auch nicht in unserer österreichischen Welt, sondern daß wir mitten drinnen sind in der österreichischen Innen- und — wenn Sie wollen — auch Außenpolitik, die schließlich doch unser Dasein in vielem beeinflusst.

Etwas zu wenig ist hervorgekommen, daß die Ergiebigkeit des staatlichen Handelns und der Aktivitäten der öffentlichen Hand überhaupt in der Wirtschaftspolitik schwächer ist, als wir glauben. Eines möchte ich hier dazu feststellen: Machen wir uns keine Illusionen über das, was der Staat, das Land und die Gemeinden wirklich leisten können. Zweifellos ist ein Vielzahl von Förderungsmaßnahmen und vor allem der Ausbau der Infrastruktur immer eine selbstverständliche Notwendigkeit. Die Ohnmacht der öffentlichen Hand äußert sich aber dann, wenn es an den Entscheidungen der Unternehmungen fehlt, an Entscheidungen, die das Investieren und den Konsum betreffen.

Es läßt sich auch mit anderen Worten sagen: Nicht von einigen Schreibtischen aus wird entschieden, ob es gut oder schlecht geht, sondern abgesehen von internationalen Abhängigkeiten bestimmen Hunderttausende in unserem Lande den Gang des wirtschaftlichen Geschehens. Wenn das einmal nicht sein sollte und diese arbeits- und entscheidungsfreudigen Menschen sich von ihrer Verantwortung absentieren müßten, weil sie nicht anerkannt und berücksichtigt werden, wäre es schlecht um die Zukunft unseres Landes bestellt. Dieses Aufeinan-

derangewiesensein will ich betonen und darauf verweisen, daß die Verzahnung der öffentlichen und privaten Entscheidungsvorgänge unerlässlich ist. Dies vor allem dann — und das wollen doch schließlich alle —, wenn wir unsere freie demokratische Ordnung weiter garantiert sehen wollen.

Die Gegenüberstellung des sogenannten Konjunkturverlaufes mit den wirtschaftlichen Schwankungen läßt erkennen, daß so manche Maßnahme, die für die Stabilisierung des Konjunkturverlaufes gedacht war, sehr häufig Ursache zur Instabilität wurde. Denken wir nur an Inflationsraten, auch wenn sie noch so bagatellisiert werden, oder an die Störung des Preisgefüges, gleichgültig von wem immer. Daraus können wir nun den Schluß ziehen, daß hektische Sprünge in der sogenannten Konjunkturpolitik so weit als möglich durch eine bescheidene, realistische Wachstumspolitik ersetzt werden sollten. Damit nützen wir, so glaube ich, den Menschen in unserem Lande mit ihren Anliegen mehr.

Eines sollte weiters in der Beurteilung aller Wünsche und Forderungen auf allen Ebenen beachtet werden. Es muß immer dafür gesorgt werden, daß wir mit den ökonomischen Gesetzen nicht in Konflikt geraten und daß das ausschließliche Denken in Ansprüchen, die sogenannte Anspruchsinflation, nur schädlich auf den Standard unseres gesamten Volkes wirkt. Den öffentlichen Mandataren wird heute gerne vorgeworfen, daß sie, wenn nachhaltig eine Forderung von einer starken Gruppe vertreten wird, sofort umfallen. Das mag da und dort seine Richtigkeit haben. Wir haben uns daher, gleichgültig welcher politischen Anschauung wir sind, stärker in Pflicht zu nehmen, und zwar ist es unsere Aufgabe, die Anliegen der Allgemeinheit des gesamten Volkes gegenüber hochgeschaukelten Gruppenegoismen zu vertreten. Gelingt das nicht, wird die wirtschaftliche Substanz unseres Landes Schaden nehmen. Denn wer genau und kenntnisreich die Situation in einzelnen Branchen abwägt, weiß, daß wir in manchen von der Substanz leben und vermutlich das nicht mehr lange durchstehen werden. Ein Nobelpreisträger hat einmal gesagt, die ökonomischen Kräfte sind stärker als schlechte Ideen.

Ich möchte das nicht bestreiten, aber wir dürfen uns darauf nicht verlassen, sondern haben dafür zu sorgen, daß die Kraft vorhanden ist, und zwar der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, damit vor allem daraus eines resultiert, was fehlt: die Lust zu investieren. Wenn es heute schon viele Unternehmungen gibt, wo die Älteren den Jüngeren eines sagen: „Schaut euch um einen anderen Beruf um, wo ihr weniger Sorgen habt“, so mag es sein, daß diese Entwicklung da und dort vielleicht in ein Konzept paßt. Wir sollten jedoch klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß unser steirisches Konzept die Weckung, Förderung und Stärkung aller Kräfte in diesem Lande zum Ziele hat, damit wirtschaftliche Aktivität und soziale Verantwortung ineinander übergreifen können. Es gibt genug Gelegenheit, im Laufe eines Budgetjahres eine solche Gesinnung zu beweisen oder sich ihr entgegenzustellen.

Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen vor Finanzausgleichsverhandlungen. Ich will nicht mit einem Ziffern- und Zahlenwerk aufwarten, sondern nur einem Wunsch Ausdruck geben, und zwar sehr ernst. Es möge uns gelingen, mitzuwirken, daß eine Objektivierung der Verhandlungsposition erreicht werden kann, damit durch einen neuen Finanzausgleich nicht neue Ungleichgewichte in Österreich entstehen. Insbesondere ist zu fordern eine Zuordnung des Finanzausgleichs in Richtung auf eine Aufgabenorientierung und mehr interregionale Verteilungsgerechtigkeit. Das Element des Ausgleichs müßte mehr zum Tragen kommen, damit es nicht hochentwickelte und weniger entwickelte Regionen in unserer Republik gibt. Weiters sollte der Verteilungsschlüssel sowohl den Finanzbedarf als auch die Finanzkraft beinhalten.

Es war vor einiger Zeit davon die Rede, daß die Versachlichung der Diskussion durch Beiträge der Wissenschaft gefördert werden soll. Wir sind zu einer solchen fruchtbaren Auseinandersetzung im Interesse unseres Landes bereit. Ich habe allerdings kein gutes Gefühl, wenn ich rekapituliere, was sich alles im Zuge der Finanzierung oder, besser gesagt, Nichtfinanzierung des Krankenanstaltenwesens tut. Seit geraumer Zeit liegen Vorschläge auf. Es wird in absehbarer Zeit verhandelt, und ich hoffe sehr, daß in unserem Interesse, und ich meine das Bundesland, eine Einigung erreicht wird. Ich denke daran, daß schon zweimal unter dem Titel Gesundheitswesen die Zigarettenpreise erhöht wurden. Aber Hunderte von Millionen Schilling werden nicht dem Zweck entsprechend verwendet.

Die Länder, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben viele Aufgaben, die für alle bedeutungsvoll sind, zu erfüllen. Vieles von dem, was unsere Gesellschaft trägt, muß von uns im Lande verantwortet werden. Ein Beispiel: Das Netz der sozialen Sicherheit, tatsächlich nun schon von der Sozialhilfe über die Zuschußrentner bis zu den Krankenanstalten, muß das Land weitgehend, wenn nicht schon zur Gänze, führen. Es wird daher über kurz oder lang wohl die Einsicht Platz greifen müssen, daß mit emotionellem Schlagabtausch nichts getan ist. Ich bin — und glaube, daß Sie mit mir einer Meinung sein könnten — der Auffassung, daß es hoch an der Zeit ist, den Verhandlungstisch und nicht allein die Medien zu frequentieren.

Schließlich haben wir auch an die Gemeinden zu denken. Die steirische Landespolitik hat immer auf der Aktivität unserer Bürgermeister und Gemeinderäte und auf den Grundlagen der Kommunalpolitik aufgebaut. Die österreichischen Gemeinden haben beim diesjährigen Gemeindetag gefordert, daß ein finanzielles Soforthilfeprogramm beschlossen werden soll. Dieses reicht von der Erhöhung der Zweckzuschüsse über die Beibehaltung der Bundeszuschüsse zu den Betriebsabgängen der öffentlichen Krankenanstalten in der Höhe von 28 Prozent bis zu einer Aufstockung des Beitrages zum Krankenhausbetriebsaufwand. Schließlich stimmen wir mit den Gemeinden auch überein, daß die Beteiligungen an den Mehreinnahmen des Bundes, die den be-

stehenden Finanzausgleich bereits unterhöhlen, sichergestellt werden müssen.

Die Aussichten, daß darauf eingegangen wird, sind gering, weil — wie wir alle wissen —, die finanzielle Lage des Bundes bedrückend ist und wir als Land immer wieder Beiträge für die Erfüllung von Pflichtausgaben des Bundes leisten müssen, um für die Steiermark Entwicklungen sowohl am schulischen Sektor als auch im öffentlichen Verkehr zu sichern. Sie werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, über all diese Leistungen, die wir zwangsläufig erbringen müssen, im Laufe des nächsten Jahres sicher wieder Gelegenheit haben, Berichte zu hören.

Insgesamt scheint mir der Tenor richtig zu sein, daß wir bei aller Kritik an bestehenden Mängeln selbst die größten Anstrengungen unternehmen, um unseren Aufgaben in der Wirtschaft, in der Raumordnung, im Umweltschutz, im Sozialwesen usw. gerecht zu werden. Es gilt eine sehr differenzierte Strategie zu entwickeln.

Mit dem gewerblichen Mittelstandsförderungsgesetz werden wir im Hinblick auf unsere mittelständische Wirtschaft, natürlich unter steter Beachtung der industriellen Belange und vor allem der Rohstoffsicherung, abgestimmte Maßnahmen treffen können.

Im Fremdenverkehr zum Beispiel zeichnet sich, wie bereits zu erkennen ist, ein kluger Zugriff von seiten der Verantwortlichen ab. Gezielt werden Gruppen — wir hörten es heute bereits —, die als Gäste in Frage kommen, angesprochen. Alles läuft darauf hinaus, jene Gäste in unser Land zu bekommen, die die Anhebung des Qualitätsangebotes honorieren. Die Förderungs- und Kreditpolitik des Landes wird sich darauf einstellen. Auch ein Fremdenverkehrsgesetz, wie Sie wissen, ist konzipiert und wird im nächsten Jahr zur Behandlung kommen.

Legislative und Exekutive haben daher ein großes Arbeitsprogramm vor sich. Strukturell und sektoral werden wir in der Wirtschaft engagiert sein müssen, wobei ich glaube, daß wir langfristig damit rechnen können, jene Forschungsergebnisse von der Montanistischen Universität verfügbar zu haben, die uns in die Lage versetzen, Neues zu schaffen, damit im Gefolge dessen nicht nur Arbeitsplätze verfügbar werden, sondern unsere Abhängigkeit von Rohstoffen gemildert wird.

Die Steiermark ist ein selbständiges Land in unserer Republik. Das sollten wir nie vergessen und auch unserer Jugend immer wieder bewußtmachen: Selbständigkeit bedeutet für uns nicht Eigenbrötlei. Selbständigkeit bedeutet Verantwortung, Mobilisierung der eigenen Kräfte und das fortgesetzte Bemühen, auch in schwierigen, politischen und wirtschaftlichen Situationen das Beste für unser Land herauszuholen.

Das ist eine Devise für die steirische Politik, damit wir den Interessen der Menschen in diesem Lande dienen können. Deswegen haben wir auch eine Föderalismuskommission in Bewegung gesetzt und Vorschläge erarbeitet, damit eine weitere Stärkung des bundesstaatlichen Aufbaues unseres Vaterlandes erreicht werden kann, damit es bei uns nie so weit kommt wie in anderen zentralistisch-

orientierten Staaten, wo die Frage der Regierbarkeit und Nichtregierbarkeit ernstlich zur Diskussion steht.

Mir kommt es nun zu, Dank zu sagen allen, die am Zustandekommen des Budgets mitgewirkt haben, den gewählten Mandatären, den Beamten und Vertragsbediensteten und — Herr Kollege Doktor Klauser, Sie verzeihen mir, daß ich persönlich werde — Regierungsrat Ramschak. Ich nenne sonst keinen Namen, weil es schwierig ist und man leicht einen vergißt, aber ich darf das in diesem Fall deshalb sagen, weil es sein 31. Budget ist, das er gemacht hat. Ich erinnere mich sehr gerne an die Zeit, als ich mit ihm zusammen als Rechnungsrevident unter der Führung des Rechnungsdirektors Wladar, des Abteilungsvorstandes Hofrat Dr. Pestemer und des politischen Referenten, des damaligen Landesrates Horvatek, tätig war, und ich möchte meine Verbundenheit mit ihm zum Ausdruck bringen. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle haben sich angestrengt, um sich mit den brennenden Finanzierungsfragen auseinanderzusetzen. Mit diesem Dank verbindet sich auch der Wunsch an die steirische Bevölkerung, daß die Milliarden dieses Budgets in gemeinsamer Arbeit gut verwertet werden können und daß es uns in einer guten Gesinnung gelingen möge, die Entwicklung der Steiermark wieder ein Stück nach vorwärts zu bewegen.

In knapp drei Wochen können wir Weihnachten in einer friedlichen, wunderbaren steirischen Heimat feiern. Dieses Glück dürfen wir miteinander erleben, daher ein herzlicher Glückwunsch allen Steirerinnen und Steirern, Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Ihren Angehörigen und Freunden. Es möge uns gemeinsam gegönnt sein, das neue Jahr gut und glücklich zu gestalten und jene Erfolge zu erreichen, die uns helfen, Gegenwart und Zukunft unserer Steiermark zu meistern. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich werde Ihre Geduld nicht mehr lange in Anspruch nehmen, aber ich muß doch nach altem Herkommen einige statistische Angaben machen. Nach einer Dauer von fast 33 Stunden haben sich 55 Abgeordnete und 9 Regierungsmitglieder zu insgesamt 105 Wechselreden gemeldet.

Damit hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1977 beendet und das Arbeitsjahr 1976 abgeschlossen.

Es wurden in diesem Jahre 1976 109 Anträge von Abgeordneten, 173 Regierungsvorlagen, davon 17 Gesetzesvorlagen, 2 Anzeigen, 1 Auslieferungsbegehren und eine dringliche Anfrage eingebracht sowie 214 Beschlüsse gefaßt. Außerdem wurden bei 4 Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, 66 Anfragen von Abgeordneten eingebracht.

Am 12. Oktober 1976 fand ein gemeinsamer Festakt des Steiermärkischen Landtages mit dem Stift Rein aus Anlaß des 700jährigen Gedenktages an die erste beurkundete Sitzung steirischer Landstände statt.

Von besonderer Bedeutung war auch die Arbeit der Landtags-Ausschüsse, welche in 60 Sitzungen die vom Landtag beschlossenen Vorlagen vorbereitet haben.

Nun, meine Damen und Herren, verschone ich Sie davor, die herkömmliche Adventstrophe des Präsidenten anhören zu müssen, aber mit aller Herzlichkeit möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, allen gesegnete Weihnachten und ein glückliches neues Jahr wünschen. Jedem einzelnen von Ihnen Gesundheit und jene innere uneingeschränkte Bereitschaft, dem Lande Steiermark zu dienen, in der wir uns im kommenden Jahr, so Gott will, wieder zusammenfinden wollen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung: 21.50 Uhr.